

Wildcat-Zirkular

Nr. 59/60 Juli / August 2001

8 Mark



Bradford, UK, 8. Juli 2001

... Migration

»Bewegung gegen Globalisierung«

Globale Bewegungen ...

Wildcat-Zirkular Nr. 59/60

Juli / August 2001

Inhalt

Editorial 2

Migration

Was ist dran am »Paradigmenwechsel«? 6

Wende in der EU-Einwanderungspolitik und Perspektive der Kämpfe 9

Überblick: Migration nach Deutschland seit 1945 19

Einwanderer im Arbeitskampf (Euskirchen, Januar 2001) 21

Seeleutestreik in Hamburg (Juni 2001) 28

Spanien: Regularisierung, Verschärfung des Ausländergesetzes
und Widerstand der MigrantInnen – zwei Artikel 30

Antifa-Kongress – »The revolution will not be napsterized« 47

»Antiglobalisierung«

Offener Brief an Herrn Ramonet (ATTAC) 55

Demaskiert die weißen Überzieher 57

Zapa-Chaos: hinter den Kulissen 62

No Logo! Buchbesprechung 65

Weltweite Bewegung

Algerien: »Alles was nach Staat aussieht, wird zerstört.« 71

Bolivien: Aufstand im Armenhaus Lateinamerikas 81

Weltstreiks – in der Luftfahrt / Aerolíneas Argentiniens 85

Brighton: »We kehrt nicht mehr for you ...« 91

Indonesien: Nach der Krise ... / Antifa in Jakarta 103

Solidarität mit Werner Braeuner 122

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin – jaa@wildber.aball.de

Shiraz e.V., Postfach 301 206, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325, 20327 Hamburg

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen, suba@wildcat.rhein-neckar.de,
<http://www.rhein-neckar.de/~wildcat/>, Tel. 0621-65 77 46

Archiv: <http://www.wildcat-www.de>

Abos: Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V. und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50. *V.i.S.d.P.: P.Müller*

Migration, Antikapitalismus und Revolution

Sonntag abend, 22. Juli 2001

Fertiggestellt haben wir dieses Zirkular am Wochenende 21./22. Juli, als in Genua bei den Protesten gegen den G8-Gipfel ein Demonstrant von den Bullen erschossen und viele andere brutal zusammengeknüppelt wurden. Es ist zu früh, um aus der Zuspitzung der Situation in Genua schon Schlußfolgerungen zu ziehen. Aber soviel scheint klar – nach Genua wird auf allen Seiten ein intensiver Diskussionsprozeß darüber einsetzen, wie es weitergehen kann.

Den Herrschenden dämmert es, daß sie ihre »feierlichen« Gipfeltreffen dem Publikum nicht mehr verkaufen können, wenn sie sich nur noch mit Todesschüssen, Polizeibrutalität und militärischen Notstandsgebieten durchsetzen lassen. Eine bürgerliche Zeitung kommentierte hämisch, angesichts der Tatsache, daß bei diesen Gipfeln ohnehin nur die Unfähigkeit demonstriert werde, die Probleme der Welt – sprich: des Kapitalismus und seiner Barbarei – in den Griff zu bekommen, sei der Preis etwas zu hoch. Mit all ihrer Repression, die sie jetzt vor allem in Göteborg und Genua in aller Öffentlichkeit vorgeführt haben, gelingt es ihnen nicht mehr, der von ihnen verteidigten Gesellschaftsordnung irgendein Ansehen zu verschaffen. Wenn sie schon für ihre Gipfel-Shows Tote einkalkulieren müssen, wirft dies ein deutliches Licht auf ein Weltsystem, das täglich massenhaft tötet. Gleichzeitig bröckelt die Legitimation dieses Systems überall auf der Welt. Ausgehend von den USA rutscht die Weltwirtschaft nach dem Ende der Illusionen über Börsen- und Internet-Ökonomie immer rasanter in eine umfassende Krise – es war bezeichnend, daß sich die Staatschefs über diese Frage in Genua schon nicht mehr einigen konnten.

Im Gegensatz dazu hat sich in den letzten zwei Jahren eine Kette von Mobilisierungen entwickelt, die die Frage der revolutionären Veränderung wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat. Sie beinhalten den Anspruch auf eine weltweite Veränderung, aber in ihrem Bezug auf die Repräsentation von Regierungsgewalt fehlt ihnen der Zusammenhang zu den materiellen Kräften, auf denen eine solche Umwälzung allein beruhen kann.

Um diesen Anspruch und die Widersprüche und Sackgassen innerhalb der Mobilisierungen geht es in den Texten dieses Zirkulars. Als wir es konzipierten, wollten wir Material und Thesen zusammenstellen für die aktuellen Diskussionen über eine neue Perspektive der sozialen Revolu-

tion, die in vielen bisherigen »Teilbereichen« aufgebrochen sind. Vor dem Hintergrund der Zuspitzung in Genua mag einiges davon überholt oder ergänzungsbedürftig erscheinen – wir denken aber, dass die Texte auch für die jetzt anstehende Debatte Material liefern können.

Die aktuelle Krise politischer Praxis hierzulande hat sich im Spannungsfeld zwischen zwei Verschiebungen entwickelt, die sich oberflächlich so beschreiben ließen: der Staat scheint nach »links« gerückt zu sein und Widerstand hat wieder einen »revolutionären« Klang bekommen. Vor dem Hintergrund eines staatlich verordneten »Antifaschismus« und »Antirassismus« in Verbindung mit dem sogenannten »Paradigmenwechsel« (Süssmuth) in der »Zuwanderungspolitik« sind die Hauptfelder linker und linksradikaler Politik der 90er Jahre in die Krise geraten. Was einstmals noch als mobilisierungsfähige Variante gesellschaftsverändernder Politik gedacht oder behauptet war, verlor seinen Biß. Auf der anderen Seite hatten sich aus den zunächst zahnlos-reformistischen Kampagnen gegen Freihandel und Neoliberalismus militante Gipfelstürme entwickelt, die wieder von »Antikapitalismus« und gelegentlich auf von »sozialer Revolution« sprachen. Dabei ist aber noch nicht ausgemacht, ob »Antikapitalismus« nur zu einem neuen oder weiteren Teilbereich des politischen Geschäfts werden wird, oder ob es tatsächlich wieder um Revolution geht. Auf drei Ebenen haben wir zu dieser Frage Texte zusammengestellt:

1. zur Bedeutung der **Migration** sowohl für die Zukunft des Kapitalismus als auch für die Perspektiven der Befreiung. In einem längeren **Thesepapier** betonen wir den Zusammenhang zwischen der Wende in der Einwanderungspolitik und den sozialpolitischen Reformen, mit denen die rotgrüne Regierung der stockenden Akkumulation des Kapitals entgegensteuern will. Nur als Streit um die nationalen und regionalen Ausprägungen eines globalen Klassenverhältnisses lassen sich die tagespolitischen Wendungen in der Migrationspolitik begreifen, ohne uns selber in den Fallstricken dieser oft sehr oberflächlich geführten Debatte zu verstricken. Dem Thesepapier haben wir daher ein paar Überlegungen zum aktuellen Streit um die Süssmuth-Kommission vorangestellt. Es folgen Artikel über einen **Arbeitskampf von Flüchtlingen** in einer Zuliefererkliksche bei Euskirchen, über den **Widerstand der EinwanderInnen in Spanien** gegen die Verschärfung des Ausländerrechts und die Bedeutung der rassistischen Angriffe auf und die Gegenwehr von maghrebinischen Landarbeitern in **El**

Ejido, sowie ein kurzer Bericht über einen **Streik von Seeleuten** im Hamburger Hafen, der einen Blick auf die Bedingungen dieser internationalen Transportarbeiter wirft.

2. zu den Entwicklungen und Debatten in den politische Mobilisierungen: wir drucken die zentralen Thesen zur **Kritik der Antifa** aus einem Flugli, das wir auf dem Göttinger Kongreß verteilt haben. Aus den mittlerweile umfangreichen Diskussionbeiträgen zur »**Antiglobalisierungsbewegung**« haben wir vier Texte ausgewählt, die sich kritisch mit bestimmten Tendenzen auseinandersetzen: einen **Offenen Brief** an den Gründungsvater von ATTAC aus Frankreich, zwei kritische Beiträge zu den »tute bianche« in Italien. Auf den Text **Demaskiert die weißen Überzieher** und einige andere kritische Beiträge sind die »tute bianche« mittlerweile in einer Erklärung (bei indymedia) eingegangen und weisen bestimmte Anschuldigungen zu ihrem praktischen Verhalten zurück. Wir können nicht beurteilen, wer hier recht hat – aber in ihren Aussagen zu ihrem Politikverständnis bestätigen sie nur den politischen Kern der Kritik. Und dann haben wir uns das fast schon zur Bibel der »Antiglobalisierer« erkorene Buch **No Logo!** mal genauer angesehen.

3. zur Realität der weltweiten Kämpfe: Das größte Problem der Mobilisierungen gegen »Globalisierung« und »Neoliberalismus« liegt nicht in ihren ideologischen Widersprüchen, sondern in der Getrenntheit von der Breite der proletarischen Kämpfe auf der ganzen Welt. Diese Getrenntheit reflektiert die entscheidende Schwäche dieser Kämpfe selbst: sie bleiben isoliert voneinander, gefangen in den Grenzen ihrer Nationalität, ihrer Branche, ihrer Lokalität oder ihres jeweiligen Bezugs auf die staatliche Gewährung von Rechten. Das Klassenverhältnis existiert seit der Existenz des Weltmarkts nur als globales Verhältnis, aber es wird tausendfach gebrochen durch Spaltungen, Konkurrenzbeziehungen und staatliche Regulierungen. So sehr in jedem einzelnen Konflikt oder Kampfzyklus das dahinter stehende proletarische Klassenverhältnis sichtbar wird, so sehr reproduzieren sich diese Spaltungen und Hierarchien zunächst in den Kämpfen und nehmen ihnen immer wieder ihre Sprengkraft. An die Wurzeln des verhaßten Systems zu gehen, kann aber nur bedeuten, sich auf diese Ausbrüche des Klassenantagonismus zu beziehen, sie ernstzunehmen, zu untersuchen und in ihnen präsent zu sein. Sonst läuft jede »Politik« Gefahr, sich am

Geschäft der staatlichen Regulierungen gewollt oder ungewollt zu beteiligen.

Das gesamte Szenario von Krisenangriff, verschärfter Ausbeutung und Proletarisierung auf der einen, Rebellion, Streik und Widerstand auf der anderen Seite ist weit breiter als wir es hier darstellen können. Es lassen sich auch noch keine allgemeinen Linien oder Tendenzen dieser Kämpfe herauschälen. Zu so wichtigen Entwicklungen wie z.B. den jüngsten Riots im United Kingdom, zuletzt in Bradford, der aktuellen Streikwelle in Spanien, die die alten Gewerkschaften immer mehr in die Krise treibt, oder der weltweiten Entlassungswelle in den jüngst noch als Hoffungsbranchen des Kapitalismus gefeierten IT-Branchen können wir hier noch nichts sagen. Zusammengetragen haben wir einige Facetten der Situation: die Aufstände in **Algerien** und **Bolivien** (die inzwischen den Stand der Artikel schon wieder überholt haben), die tatsächlich globale **Streikwelle in der Luftfahrt**, ein Rückblick auf die Entwicklung der Kämpfe in **Indonesien** seit der Asienkrise. Aus **Brighton** haben wir einen spannenden Bericht über einen kleinen lokalen Kampf bei der privatisierten Stadtreinigung bekommen, der international nicht bekannt geworden ist, aber beispielhaft für die Konflikte ist, die sich überall an der Umstrukturierung der Dienste entzünden.

Zum Abschluß dokumentieren wir den Solidaritätsaufruf für einen Menschen, der sehr aktiv in der Erwerbslosenbewegung war und vor allem mit Gruppen in Frankreich in Kontakt stand. Er wird Anfang August angeklagt, weil er in purer Verzweiflung den Direktor des örtlichen Arbeitsamtes getötet hat. Als diese Meldung in Deutschland in den Kreisen herumging, die zumindest über Mailinglisten Kontakt zu ihm hatten, dominierte sofort die Angst vor eigener Kriminalisierung und vor der Benutzung dieser Tat zur Diffamierung der Erwerbslosenbewegung die Szene. Es bedurfte erst der Anstöße aus der Bewegung in Frankreich, damit diese Haltung kippte und nun auch hier eine Reihe von Gruppen Werner Brauner unterstützen und die billige Hetzkampagne in den Medien umdrehen zu einer Kampagne gegen dieses System.

Was ist dran am »Paradigmenwechsel«?

– Vorbemerkung zum Migrations-Teil –

»So bleibt nur die Wahl zwischen einer maßvollen Zuwanderung mit dem Ziel, die Probleme zu mildern, die bei abnehmender Bevölkerung entstehen, oder dem Versuch, die Verhältnisse auch ohne Zuwanderung stabil zu halten. Der zweite Weg erscheint allerdings wenig realistisch angesichts wachsenden Migrationsdrucks aus Ländern der Dritten Welt, der in Zukunft kaum geringer werden dürfte.« (Klaus Natorp, Weniger werden wir auf jeden Fall, FAZ 30.11.00)

»Sicher ist es der *Wille* des Kapitalisten, zu nehmen, was zu nehmen ist. Uns kommt es darauf an, nicht über seinen *Willen* zu fabeln, sondern seine *Macht* zu untersuchen, die *Schranken dieser Macht* und den *Charakter dieser Schranken*.« (Karl Marx)

Als am 4. Juli 2001 die von der Regierung bestellte Kommission »Zuwanderung« ihren Bericht vorlegte, blieb alles so unklar wie bisher. Die Unternehmer reagierten prompt mit dem Vorwurf, ihr Bedarf an zusätzlicher Arbeitskraft werde von der Kommission mit der genannten Größenordnung von zunächst 50 000 Zuwanderern weit unterschätzt, und zudem habe sie die notwendigen Reformen des Arbeitsmarktes vernachlässigt, mit denen mehr Druck auf das hier ansässige Arbeitskraftpotential gemacht werden müsse – allerdings hat die Kommission dieser Frage sogar ein eigenes Kapitel gewidmet und betont den Zusammenhang zwischen neuen Zuwanderungskonzeptionen und durchgreifenden Reformen des Sozialstaats und Arbeitsmarktes. Die CDU verwarf den Bericht der Kommission rundweg, obwohl die inhaltliche Nähe zu ihren eigenen Überlegungen kaum zu übersehen war. Hier geht es in erster Linie um die noch nicht entschiedene Frage, ob Migration und Rassismus als leicht zu bedienendes Thema für den Bundestagswahlkampf offengehalten werden soll.

Verunsicherung beherrscht auch die Diskussionen in Flüchtlingsgruppen und antirassistischen Initiativen. Obwohl die Kommission selbst vom »Paradigmenwechsel« spricht, scheinen ihre Vorschläge in Frage zu

stellen, ob es tatsächlich zu einer grundlegenden Änderung kommen wird. Die genannte Größenordnung von zugelassener Einwanderung bleibt weit hinter dem zurück, was in den letzten Monaten von Kapitaleseite oder aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung an Bedarf angemeldet wurde, und wirkt wie eine bloß moderate Ausweitung des »Green-card«-Konzepts für Hochqualifizierte. Im Gegenzug widmet sich die Kommission ausführlichst der Beschleunigung der Asylverfahren, der lückenloseren Überwachung und Kontrolle von Einwanderern (z.B. durch den Ausbau des Ausländerzentralregisters) und der forcierten Abschiebung der Illegalisierten. Sie versucht nach allen Seiten hin einen politischen Kompromiß zu formulieren – sicher auch in Hinblick auf die Bundestagswahl, um eine Entwicklung wie in Hessen zu verhindern. Den Unternehmern wird eine allmähliche Ausweitung im Rahmen der nun »gestalteten Zuwanderung« versprochen, humanitäre Gruppen werden mit Vorschlägen zu Schulbesuch und Gesundheitsversorgung von »Illegalen« sowie »antirassistischer« Aufklärungsarbeit bedient, der politischen Mobilisierung des Rassismus wird der Ausbau des Grenz- und Abschiebungsregimes und die deutliche Unterscheidung zwischen erwünschten, d.h. nützlichen, und unerwünschten Einwanderern entgegengehalten.

Dabei ist die Unklarheit der Situation nicht nur durch den anstehenden Wahlkampf bestimmt, sondern ebenso durch die Ungewißheit der weiteren Wirtschaftsentwicklung: in einer Situation wirtschaftlicher Krise und steigender Arbeitslosigkeit wird die Frage der Migration nochmal ganz anders diskutiert werden, als in den letzten Jahren, als in vielen Bereichen tatsächlich Engpässe an Arbeitskräften auftauchten – zumindestens an solchen, die zu den gebotenen Bedingungen zur Arbeit bereit waren. Dies bedeutet aber nicht, dass die Gier des Kapitals nach neuer Arbeitskraft damit obsolet würde – wie es eine rein technisch-rechnerische Betrachtung des Arbeitsmarktes unterstellt. In der ganzen Zuwanderungsdebatte geht es nie allein um die Frage des zahlenmäßigen Ausgleichs »fehlender« Bevölkerung oder Arbeitskräfte, sondern um eine neue Durchmischung der Klassenbeziehungen und das Aufbrechen von Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt. In dem nachfolgenden Thesenpapier gehen wir genauer darauf ein.

Die Verunsicherung innerhalb der antirassistischen Politik beruht auch darauf, dass der sichtbare Schwenk in der politischen Diskussion genauso wie im Bereich »Antifa« das eigene Lager polarisiert: nach Jahren der

Niederlagen in den eigenen Kampagnen gegen das staatliche Grenzregime keimt bei den einen die Hoffnung, nun mit dem Rückenwind der unternehmerischen Interessen wenigstens kleine Verbesserungen der Einwanderungsmöglichkeiten »erreichen« zu können und sich daher mit Legalisierungskonzepten direkt oder indirekt an dieser Wende der staatlichen Politik zu beteiligen. Bei anderen, die den Zusammenhang zwischen Rassismus und dem Gesellschaftssystem des Kapitals nicht ganz aus den Augen verloren haben, fordert gerade dieser Rückenwind zur Kritik heraus, bedeutet er doch die systematischere Selektion der Einwanderer nach den Kriterien der Verwertbarkeit, d.h. ihrer Nützlichkeit für die Ausbeutung. In der Parole »Jeder Mensch ist ein Experte« schwingt dieser positive Bezug auf die Nützlichkeit mit: »Experten« sind Menschen immer nur im Hinblick auf egal wie bestimmte äußerliche Anforderungen; wenn ich für was auch immer »Experte« sein muß, um Zutritt zu bestimmten Lebensbedingungen zu erhalten, liegt darin schon die Negation meiner eigenen Bedürfnisse.

Hinter diesem Streit bleibt aber das grundsätzlicher Dilemma verborgen, dass beide Seiten nicht den Rahmen einer auf den Staat bezogenen Kampagnenpolitik »für Flüchtlinge« verlassen. Auch wir plädieren in den folgenden Beiträgen massiv dafür, uns mit den Veränderungen in der Einwanderungspolitik auseinanderzusetzen – aber in einem anderen Sinn. Statt im Bezug auf den Staat den Mythos der Machbarkeit und Planbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu zementieren – das ist eines der wesentlichen propagandistischen Anliegen der Süßmuth-Kommission: »Gestaltung«! –, geht es uns um die *Grenzen ihrer Macht und Machbarkeit*. Wir plädieren dafür, uns auf die Konflikte und Kämpfe zu beziehen, die sich mit der absehbar zunehmenden Einwanderung (ob »legal« oder »illegal«) entwickeln werden. Dabei geht es uns gerade nicht um eine Beteiligung an der staatlichen Ausgestaltung dieser Zuwanderung, sondern um den Bezug auf die Momente von Rebellion und sozialem Kampf, die mit der proletarischen Neuzusammensetzung verbunden sind. ■

Wende in der EU-Einwanderungspolitik und Perspektive der Kämpfe

Die Linke auf der Suche nach dem »Teilbereich Antikapitalismus«

Spätestens seit den 80er Jahren ist linksradikale Politik in Teilbereichen organisiert: die Antifas bekämpfen die Faschisten, die Flüchtlingsgruppen »kümmern sich« um die Einwanderer, die Arbeitslosengruppen »betreuen die Opfer« des Sozialstaatsumbaus. In dieser Konstellation tendiert jedes politische Engagement zur »Sozialarbeiterei« und zum Appell an den Staat, die Linke wird zur Bremse bei der Entfaltung von Kämpfen. Das wird heutzutage »selbstkritisch« diskutiert: Den Antiimperialisten sind die »guten Nationalstaaten« abhanden gekommen, die sie gegen die bösen Supermächte unterstützen könnten; den Antifas ist ihre Rolle gegenüber den Nazis abhanden gekommen, seit sich der Staat als der bessere Antifaschist präsentiert; Antirassisten und Flüchtlingsgruppen sind verunsichert, wie sie sich zu der angekündigten neuen »Zuwanderungspolitik« verhalten sollen.

Mit dem folgenden Papier wollen wir versuchen, ins Gespräch mit GenossInnen zu kommen, die darüber ins Schwanken geraten sind und wieder eher auf die »ganze Gesellschaft« oder sogar auf die »ganze Welt« schauen. Nach den bisherigen Diskussionen ist zu befürchten, dass »organisatorische Lösungen« und die Begeisterung über die eigene mediale Präsenz eher zu einem weiteren »Politikfeld« (»Ökonomie«, »soziale Frage«/Antikapitalismus oder »Antiglobalismus«) führen. Aber wir sollten nicht locker lassen, diese reformistischen Sackgassen zu kritisieren, zweitens zu erklären, wie die Welt wirklich zusammenhängt und drittens auf die Kräfte hinzuweisen, die wirklich etwas ändern können.

Es steht nicht »Teilbereichspolitik« gegen »Haupt- und Nebenwiderspruchspolitik«! Haupt- und Nebenwiderspruchspolitik geht immer davon aus, dass ein Hauptwiderspruch zunächst gelöst werden muss (Aufbau des Sozialismus, die nationale Befreiung ...) und erst danach alle anderen Widersprüche. Sich auf Teilbereiche zu beziehen und irgendwie die Ein-

schätzung zu haben, dass der »Teilbereich Ökonomie« der wichtigste hier ist, tappt in ne ganz ähnliche Falle. Die Alternative ist nicht Teilbereichs- oder Haupt-und-Nebenwiderspruchs-Politik, sondern man muss das Kapitalverhältnis als totalitäres verstehen, das jeden Widerspruch in dieser Gesellschaft prägt.

So wie die einzelnen Kämpfe ihre Defensive (die z.B. schon darin besteht, Arbeitsplätze zu verteidigen) nur überwinden und ihre eigene Stärke nur entdecken können, wenn sie sich als Teil einer weltweiten Auseinandersetzung sehen, so können wir selber nur aus der Defensive rauskommen, indem wir uns auf die Widersprüche im globalen Kapitalverhältnis beziehen. Nur das kann unsere Rolle den vielen Konflikten und kleinen Kämpfen gegenüber sein – und eben nicht, die Leute auf staatliche Garantien zu verweisen! Wir können uns auf ihr explosives Potential nur beziehen, wenn wir uns nicht als Unterstützer, als etwas von außen sehen, sondern als Teil dieser Widersprüche begreifen und unsere eigene Wut auf die Verhältnisse einbringen.

One World

Es geht nicht um Strategien im Rahmen des Nationalstaats, sondern um die ganze Welt. Im kapitalistischen Weltsystem hat sich die Unterscheidung in Erste (»industrialisierte«), Zweite (»realsozialistische«) und Dritte (»unterentwickelte«) Welt aufgelöst. Die Ausbeutung hat sich stufenartig nach Branchen über die Welt verteilt: Maschinenbau in der BRD, Waschmaschinenproduktion in Spanien und Italien, Autozulieferer in Polen und Rumänien, Turnschuhe und Festplatten in den asiatischen Tigerstaaten, Cash Crops und Abfallhalden in Afrika. Die einzelnen Stufen dieser Treppe sind nicht einheitlich: es gibt breite Armut und Sweatshop-Produktion in den USA und modernste Fabrikanlagen in Indonesien; das wird oft als »Leopardenfell« beschrieben. Diesen Unterschieden zwischen den Ländern und in ihrem Inneren entspricht ein Gefälle von Löhnen und sozialstaatlichen Leistungen, das durch die staatliche Regulierung nationaler Arbeitsmärkte nach Außen wie nach Innen vermittelt wird.

Trotz der Ausbeutung all dieser Unterschiede steckt der globale Kapitalismus seit etwa 30 Jahren in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Auf der »anderen Seite« ist in diesen 30 Jahren eine ganze Menge passiert: die Menschen sind in riesigen Wanderungsbewegungen in die Städte gezogen

und bilden gigantische Belagerungsringe um die Metropolen (Mega-Cities). Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit stellen nicht mehr Bauern die Mehrheit. Angesichts dieser Situation drückt sich die Krise des globalen Kapitalismus nach zwei Seiten aus: In seiner bisherigen Geschichte konnte er solche Krisensituationen immer wieder durch Sprünge überwinden, bei denen einerseits sehr viel mehr Menschen als zuvor in die kapitalistische Akkumulation einbezogen wurden, und andererseits die Ausbeutungsintensität in den Zentren erhöht wurde (i.d.R. durch einen zunehmenden Einsatz von Kapital, d.h. eine Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals). Heute ist die Situation dadurch gekennzeichnet, dass die Akkumulationsraten zurückgehen, in den Metropolen eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit von etwa zehn Prozent fortbesteht, und in den drei Kontinenten die Anzahl der Menschen, die vom Land in die Stadt aufbrechen, bei weitem die Anzahl derer übertrifft, die in die weltweiten Produktionsketten neu hereingezogen werden. Die Intensivierung der Ausbeutung durch niedrigere Löhne, mehr (teilweise unbezahlte) Überstunden und höheren Arbeitsstress ist keine Lösung dieser Krise – aber eine bittere Realität für uns ArbeiterInnen, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Einwanderungsoffensive und Sozialstaatumbau

Das Klassenverhältnis ist ein globales Verhältnis von dauerndem Kampf: Wenn ansässige ArbeiterInnen sich weigern, bestimmte Drecksarbeiten zu machen oder für Niedrigstlöhne zu arbeiten, sollen Einwanderer an ihre Stelle treten. Wenn bessere Bedingungen am Arbeitsplatz durchgesetzt worden sind, wird der Betrieb (oder die ganze Branche) nach Osteuropa verlagert. Das Kapital ist aber nicht beliebig mobil (die »Globalisierung« war vor allem eine Propagandaoffensive), die Zentren der Akkumulation bleiben in den Metropolen, und viele Auslagerungen dienen nur dazu, den alten Belegschaften Druck zu machen; zuweilen reicht bereits die Drohung auszulagern, um neue Bedingungen durchzudrücken. Dadurch wird aber die Produktion nicht wirklich umgewälzt, es kommt zu keinem neuen Akkumulationsmodell, sondern meistens werden alte Anlagen nach Osteuropa verlagert; für diese in Gang befindlichen Auslagerungsprozesse soll die EU Ost-Erweiterung das infrastrukturelle Regelwerk schaffen.

Die Wende der Schröder-Regierung wie aller EU-Staaten zu mehr Einwanderung *und* die Reformierung des Sozialstaats (Rente, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Krankenversicherung) sind Bestandteile einer Gesamtstrategie zur Steigerung der Ausbeutungsrate. Es geht nicht darum, den absehbaren Rückgang der Bevölkerung aufzuhalten, sondern um eine drastische Senkung der Reproduktionskosten bei gleichzeitiger Steigerung der abgepressten Arbeitsmenge. Nachdem die Zuwanderung in die BRD in den Jahren 1997 und 1998 leicht negativ war, soll nun eine massenhafte und qualitativ veränderte Einwanderung organisiert werden: nicht mehr nur in die Jobs, die von ansässigen Arbeitskräften verweigert werden (Landwirtschaft, Gastronomie usw.), sondern als direkte Konkurrenz zum Angriff auf die Löhne in der Industrie, und auch in hochqualifizierte Bereiche wie mit der Greencard-Regelung. Bisherige Rigiditäten sollen durch eine massive Neuzusammensetzung aufgebrochen werden. Dem entspricht die weitere Aufsplitterung sozialstaatlicher Leistungen, z.B. mit der Gewährung von Sozialleistungen nach dem »Heimatlandprinzip« im Rahmen der EU-Ost-Erweiterung, um die Zuwanderung auf LohnarbeiterInnen zu beschränken. (Damit wir nicht missverstanden werden: das sind die *Pläne!* – was nachher in der Realität davon umgesetzt werden kann, ist eine andere Frage!)

Der kapitalistische Kern der Reformprojekte

Die multinationale Zusammensetzung der Arbeiterklasse spielte in einem Land wie der BRD immer eine wichtige Rolle – um die Löhne zu drücken und die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen, aber auch als explosiver Motor von Kämpfen. Beispiele dafür sind so unterschiedliche Situationen, wie Streiks von Flüchtlingen gegen workfare-Programme in den 80er Jahren, Kämpfe in Großfabriken, die Neuzusammensetzung im Bausektor Anfang der 90er Jahre, Widerstand gegen Lagerunterbringung und Zwangsverpflegung, oder die zunehmende Illegalisierung der Arbeit von ImmigrantInnen in den 90er Jahren (siehe die Materialien auf www.wildcat-www.de). Immer wieder hat das Regime Stiefel-Nazis und ausländerklatschende Glatzen ermutigt und vor seinen Karren gespannt, um solche Situationen zu eskalieren, ImmigrantInnen einzuschüchtern, Gesetzesverschärfungen und polizeiliche Aufrüstung zu legitimieren usw.. Seit einem Jahr macht sich die Bundesregierung zum Fürsprecher verstärkter Ein-

wanderung und verordnet im gleichem Atemzug einen »Antifaschismus der Anständigen«. Was ist da passiert?

In den 90er Jahren wurden die industriellen Sektoren umstrukturiert und Teile der Produktion ausgelagert. Relativ abgetrennt davon wurde die Arbeitskraft von Zugewanderten und Illegalisierten ausgebeutet. Kämpfe in diesen Bereichen blieben isoliert und entsprechend schwach (Streik der Bahnreiniger in NRW 1999, Streik bei Vemiko/Euskirchen). Noch stärker segmentiert ist die Arbeit in der Landwirtschaft; lediglich im Bausektor kam es zur offenen Konkurrenz zwischen Ansässigen und Zugewanderten bzw. Wanderarbeitern, was zu rassistischen Ausfällen, aber auch zu Kämpfen führte, die den Staat schließlich zu einer Regulierung in Form des Mindestlohns zwangen.

Sozialpolitik besteht immer darin, das Antagonistische an Klassenkonflikten rauszunehmen und in Ansprüche auf Einkommen umzuwandeln (Rente, Mindestlohn, Sozialhilfe usw.). Solche »Verfestigungen« sind die Basis für die Politik der Gewerkschaften. Sie werden aber heute von vielen Unternehmern als Hemmnis empfunden, weil z.B. Arbeitslosenhilfe und Sozialkohle dazu führen, dass Leute mit deutschem Pass bestimmte Jobs nicht annehmen.

In der Tagespolitik werden die verschiedenen Hebel zur Steigerung der Ausbeutungsrate als politische Alternativen gehandelt und mystifizieren damit den Zusammenhang und klassenpolitischen Kern dieser Reformprojekte. Zum Beispiel machen die Befürworter der Einwanderung das Angebot: »mehr Einwanderung zur Rettung der Rente«, die Gegner sagen: »wir bewahren euch vor der Einwanderung, dafür müsst ihr aber länger arbeiten und den Gürtel enger schnallen«. In Wirklichkeit sind das keine Alternativen, sondern die zwei Backen derselben Zange: Der DGB beteiligt sich am wachsenden Druck auf Arbeitslose und bringt die Rentenreform über die Bühne (mit dem Hinweis, dann brauchen wir keine Zuwanderung). Grüne oder SPDler fordern die Absenkung der Tarife und einen Niedriglohnsektor sowie Zuwanderung als wichtigen Hebel zu deren Durchsetzung. Der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) verlangt eine jährliche Zuwanderung von 450 000 Arbeitskräften, damit die Industrie auf einen »flexibleren Arbeitsmarkt« zugreifen kann; denn nur durch massive Neueinstellungen können sie gefestigte Strukturen innerhalb der Betriebe aufweichen.

Die gegenwärtigen Bemühungen des Schröder-Regimes, mehr Zuwanderung ins Land zu holen, gehen über die »Unterschichtung« des hiesigen Arbeitsmarkts durch begrenzte Segmente von billiger Arbeitskraft hinaus. Die Zahlen des BDI zeigen, dass heute eine andere Form von Arbeitsmigration angestrebt wird, die auch in die industriellen Zentren hereingeholt werden und die Ausbeutungsbedingungen insgesamt verschärfen soll.

In den Medien wird der Ruf nach Einwanderung von Arbeitskraft mit dem absehbaren Schrumpfen der europäischen Bevölkerung und der damit verbundenen Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme begründet. Das ist Quatsch, denn die sozialen Sicherungssysteme sind nicht materiell gefährdet. Auch wenn der Anteil älterer oder nicht-arbeitender Menschen steigt, gibt es aufgrund der gestiegenen Produktivität keine Versorgungsprobleme. Die Strategen des Regimes sagen offen, worum es geht: die »Beschäftigungsquote«, d.h. den Anteil der Arbeitenden an der Gesamtbevölkerung. Dies ist nur ein geschönter Ausdruck für die gesamtgesellschaftliche Ausbeutungsrate, also für das Verhältnis der gesamten Menge an lebendiger Arbeit zu den gesamten Reproduktionskosten der Bevölkerung. Im Vergleich z.B. zu den USA sei diese Quote in Europa zu niedrig und müsse gesteigert werden. Das Strategiepapier des EU-Kommissars für Einwanderung (www.materialien.org/migration/kurswechsel/vitorino.html) nennt als Zielgröße eine Anhebung von aktuell 61 auf 70 Prozent bis zum Jahr 2010.

Um das Verhältnis zwischen Arbeitsmenge und Reproduktionskosten zu steigern, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder man steigert die Arbeitsmenge, oder man senkt die Kosten. Entscheidend ist immer das Verhältnis, solange ein teurer Sozialstaat dazu führt, dass in entsprechendem Maße mehr gearbeitet wird, sind die Kosten dafür kein Problem (nebenbei gesagt ist das der Kern des Sozialstaatsgedankens jenseits aller humanitären Floskeln). Zu den möglichen und aktuell gleichzeitig diskutierten Hebeln gehören: *Verlängerung der Lebensarbeitszeit*, d.h. früher anfangen zu arbeiten (kürzere Ausbildung) und später aufhören (Anhebung des Rentenalters – indirekt wird das mit der Teilprivatisierung der Rente betrieben, weil dann einfach länger gearbeitet werden muss, um genug Geld für die Rente anzusparen zu können); einen größeren Teil der *Frauen in Lohnarbeit* bringen; höhere *Einwanderung* mit einer entsprechenden Selektion nach Arbeitsfähigkeit, Alter und Qualifikation. Durch diese Selektion wird die

Erwerbsquote dieser Migranten höher als die der ansässigen Bevölkerung, und die auf sie entfallenden Kosten für Erziehung, Ausbildung und je nach Regelung auch für Krankheit oder Arbeitslosigkeit niedriger; *Intensivierung der Arbeit und Senkung der Lohnsumme* – wofür die stärkere Aufspaltung in gute und schlechte Jobs, in hohe und niedrige Löhne gebraucht wird; auch dafür ist *Einwanderung aus Niedriglohnländern ein zentraler Hebel*, indem durch sie gezielt eine Konkurrenz der Arbeitskraft organisiert wird (nach ILO-Angaben existiert an der deutsch-polnischen Grenze das weltweit höchste Lohngefälle mit 1:11 noch vor der Grenze zwischen den USA und Mexiko mit 1:10).

Was kann »die Politik« tun?

»Migrationspolitik« muss die Balance finden zwischen dem Bedürfnis der Kapitalisten nach zusätzlicher billiger, flexibler Arbeitskraft und dem »sozialen Frieden« (dem wichtigsten »Standortvorteil« der BRD!); Konflikte zwischen Ansässigen und Zugewanderten *können* für das Kapital nützlich sein, *müssen* aber nicht! ImmigrantInnen müssen oft für Sachen kämpfen, für deren geregelten Ablauf ansonsten Institutionen sorgen: Sie werden um den Lohn betrogen, sie haben keine Wohnung, kein Aufenthaltsrecht ... Deshalb haben neu Zugewanderte in der Geschichte oft eine entscheidende Rolle für das Zustandekommen von Kämpfen und die politische Neuzusammensetzung der Klasse gespielt.

Anders ausgedrückt: wir freuen uns, dass der BDI sich gezwungen sieht, massenhafte Einwanderung auch in die industriellen Zentren zu organisieren. Sie werden nach aller Erfahrung nicht nur Freude an der neuen, unbekannteren Arbeitskraft haben. Sämtliche auf Hochtouren arbeitende Partei- und Regierungskommissionen zur Migration wissen oder ahnen wenigstens, dass ihre Versuche, Einwanderung bürokratisch zu regulieren, an der Phantasie von Tausenden Frauen und Männern scheitern werden: ihre Suche nach einem besseren Leben wird weder an Grenzen noch an Kontingenten halt machen. Es wird sich zeigen, dass Wanderungsbewegungen nicht so einfach technokratisch je nach Arbeitsmarktlage manipuliert werden können, wie es von den Strategen eines neuen »Migrationsmanagements« (Strategiepapier des EU-Kommissars) dargestellt wird.

Die Steigerung der Ausbeutungsrate – selbst wenn sie gelingt – ist noch keine Lösung der kapitalistischen Krise

Die Zuwanderung stark auszuweiten und zu einem breiten Angriff auf die unteren Schichten der Arbeiterklasse zu benutzen, ist noch kein erfolgreiches Modell zur Lösung der Akkumulationskrise – wie sich aktuell in den USA zeigt. Der »Boom« der letzten zehn Jahre hatte sich auf einen drastischen Anstieg der legalen wie illegalen Einwanderung gestützt: in den 80er Jahren kamen 7,3 Millionen Menschen legal ins Land, in den 90ern über 9 Millionen; weiter 6 Millionen sollen sich mittlerweile illegal dort aufhalten – die höchste Zuwanderung, die es in absoluten Zahlen in die USA je gegeben hat. Aber auch dieser Zugriff auf massenhaft neue Arbeitskraft konnte nicht verhindern, dass die tiefe Krise der kapitalistischen Akkumulation nun offen zutage tritt, die durch den Boom an den Finanzmärkten nur verdeckt war. Die aktuell von den USA ausgehende Krisendynamik ist von einer solchen Wucht, dass in nächster Zeit womöglich die Karten im Klassenkampf sowieso komplett neu ausgegeben werden, die Situation ist offen.

Die Verhältnisse zum Tanzen bringen, statt uns in ihnen zu etablieren!

In der öffentlichen Diskussion um die Arbeitsmigration prallen Standpunkte aufeinander, die die von Staat und Unternehmern vorgegebenen Spaltungslinien nicht verlassen: der DGB wehrt sich gegen Einwanderung und verlangt lange Übergangsfristen bei der EU Ost-Erweiterung, um die Löhne zu verteidigen. Flüchtlingsgruppen sehen darin nur den Rassismus und kritisieren die egalitäre Parole »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« als faktische Ausgrenzung der Migrant*innen vom Arbeitsmarkt. Auf den ersten Blick haben beide Positionen ihre Berechtigung – die Schwäche beider liegt darin, dass sie an eine staatliche Regulierung appellieren und das Problem als eine Konkurrenz um »Arbeit« betrachten. Die Konkurrenz ist aber nur die *Form*, in der die Abpressung von Arbeit forciert wird – dies abzusichern ist die allgemeine Aufgabe des Staats.

Der Widerstand der ansässigen ArbeiterInnen gegen »Schmutzkonkurrenz« aus dem Ausland (wie ihn etwa US-amerikanische Gewerkschaftsbosse in Seattle propagierten) ist als solcher nicht gut und unterstützenswert; die erklärte Absicht einer Flüchtlingsgruppe, Flüchtlinge

auch dann bei der Arbeitssuche zu unterstützen, wenn sie dabei »Lohn- und Arbeitsstandards unterbieten«, greift sich einen anderen Teilaspekt der Klassenrealität raus und rennt damit in die Sackgasse! Dass Staatsorgane wie der DGB eine solche Politik machen, ist ihr Geschäft (»Interessenvertretung«; Klassenspaltung; Aufrechterhaltung des produktiven sozialen Friedens); dass linksradikale Gruppen in solche Fallgruben stolpern, ist Ausdruck ihrer strategischen Defensive.

Was kann heute »Überwindung der Teilbereichspolitik« heißen? Aktuell lassen sich die wichtigsten Konfliktlinien so skizzieren:

- Mobilisierungen gegen WTO usw. aus ihrem »Antikapitalismus« herausholen
- Kämpfe um Lohn, Einkommen und Lebenszeit gegen die Arbeit
- Bezug auf Migration als Bezug auf die globale Klassenfrage statt Legalisierungspolitik im Nationalstaat

Statt die von Staat und Unternehmern vorgegebenen Spaltungs- und Konkurrenzlinien nachzuvollziehen, müssen wir die brüchigen Stellen (unter)suchen. Dafür ist es notwendig, die Konflikte in der BRD als Momente der Widersprüche im globalen Kapitalverhältnis zu verstehen. Es geht nicht darum, abstrakte Einheits- und Solidaritätsappelle zu verbreiten, sondern wir müssen uns an den Punkten von Widersetzlichkeit, Kampf und Rebellion orientieren. Kämpfe entzünden sich meist an einzelnen Punkten und weiten sich aus, wenn sich andere ArbeiterInnen spontan in ihnen erkennen und sich deshalb »solidarisieren«. Solche Dynamiken sind heute wieder leichter möglich, weil der Kapitalismus nicht mehr als das »überlegene System« erscheint und Kämpfe eher als berechtigt empfunden werden als noch vor zehn Jahren.

Wir müssen daran anknüpfen, wie sich die ProletarierInnen informell organisieren und welche Ansprüche sie in ihren Kämpfen entwickeln. Diese Ansprüche gehen oft weit über das hinaus, was von Linken als arbeitsrechtliche Standards oder gewerkschaftliche Absicherung ins Spiel gebracht wird. Auch wenn es auf den ersten Blick oft nur darum zu gehen scheint, die Einhaltung der Regeln durchzusetzen, artikuliert sich in diesen Konflikten der globale Gegensatz von Ausgebeuteten und Kapital. Wer solche Konflikte in die vorgegebenen Bahnen institutioneller Vermittlung kanalisiert, raubt ihnen gerade das, was über die Absicherung eines Status

quo der Ausbeutung hinausweist. Dann werden solche Kämpfe leicht zur Forcierung der Klassenspaltung!

Wir sollten uns genauer anschauen, welche Möglichkeiten die hart umkämpfte EU-Osterweiterung (Übergangsfristen für die vollkommene Freizügigkeit von ArbeiterInnen – auch immer ein Streitpunkt bei der Annäherung der Türkei an die EG) in sich birgt: wer wird hierher in welche Branchen kommen, wie verändern sich dadurch die Kräfteverhältnisse, welche Erfahrungen bringen sie mit?

Heute setzen viele Bewegungen weltweit den Antikapitalismus wieder auf die Tagesordnung. Das ist eine gute Entwicklung, sie darf nur nicht dabei stehen bleiben, denn dann hätten wir nach Antiimperialismus und Antifa nur eine neue Mode-Ideologie. Es ist richtig: Faschismus, Krieg und Hunger lassen sich nur ausrotten, wenn wir die Ausbeutung abschaffen. Aber das werden wir paar Linke nicht alleine können, sondern das kann in letzter Instanz nur die Sache *aller* Ausgebeuteten sein.

Statt »Betreuung von Opfern« gemeinsamer Kampf um Befreiung!

**Die Widersprüche in der kapitalistischen Ausbeutung
(unter-)suchen und in sie eingreifen!**

Migration nach Deutschland seit 1945

Nach der Diskussion über die Abschottungspolitik der letzten Jahre – Abschaffung des Asylrechts, ›Festung Europa‹, Militarisierung der Aussen Grenzen, usw. – erscheint der derzeitige Ruf nach Zuwanderung als etwas völlig Neues. Daß Deutschland seit hundert Jahren ein Einwanderungsland ist, gerät dabei in Vergessenheit. Der Anteil von ›AusländerInnen‹ an der Bevölkerung hat sich in den letzten dreissig Jahren verdreifacht (1968: 3,2 Prozent; 1998: 9 Prozent). Wir skizzieren hier nochmal kurz die verschiedenen Etappen der Ausländer- und Arbeitskraftpolitik nach 1945.

Flüchtlinge aus dem Osten: Nach der Befreiung der ZwangsarbeiterInnen sorgten zehn Millionen MigrantInnen aus dem Osten (Vertriebene, DDR-Flüchtlinge, rückkehrende Kriegsgefangene) für den Aufschwung. Der Mauerbau 1961 beendete diese Migration.

GastarbeiterInnen: Zwischen 1955 und 1973 wurden 14 Millionen ArbeitsmigrantInnen durch Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit in die Fabriken der BRD geholt. Anwerbeabkommen gab es mit Italien (1955), Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Der Aufenthalt war von beiden Seiten als vorübergehend geplant: Der Staat setzte auf ein Rotationsverfahren, und die meisten ›GastarbeiterInnen‹ hatten ebenfalls nicht vor, sich dauerhaft hier niederzulassen. Elf Millionen MigrantInnen kehrten wieder zurück. Aber das Modell geriet von beiden Seiten in die Krise. Die Unternehmen beschwerten sich darüber, ständig neue Leute einarbeiten zu müssen, und viele Träume, hier durch Arbeit schnell zu Geld kommen zu können, zerschellten an der Realität. Als die Regierung 1973 bei steigender Arbeitslosigkeit den Anwerbestopp verfügte, entschlossen sich viele MigrantInnen, in der BRD zu bleiben und ihre Familien nachzuholen. So konnte zwar die Zahl der erwerbstätigen ›AusländerInnen‹ reduziert werden (1973: 2,6 Mio; 1979: 1,8 Mio), aber die Zahl der hier lebenden Menschen ohne deutschen Paß stieg weiter an (von 1972 bis 1980 um eine Million).

Flüchtlingspolitik: 1974 kamen erstmals die Mehrzahl der Flüchtlinge aus Ländern der ›Dritten Welt‹, und nicht mehr aus dem Osten. Die Zahl der Asylsuchenden stieg an (1980 über 100 000; 1992 438 000) und die Anerkennungquote stürzte ab (von 90 Prozent 1968 über 15 Prozent 1978 auf

inzwischen 3 Prozent). Hetzkampagnen gegen die »Asylantenflut« (1986), Sammellager, Sozialhilfekürzung und Arbeitsverbote sollten in den 80er Jahren die unkontrollierte Immigration durch Abschreckung eindämmen, und waren die Vorbereitung für die faktische Abschaffung des Asylrechts (1993). Gleichzeitig wurde aber bereits über den zukünftigen Arbeitskraftmangel diskutiert. Das Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen (1980: 1 Jahr, 1982: 2 Jahre, 1987: 5 Jahre) wurde 1991 abgeschafft. Der sog. Blüm-Erlaß von 1993, mit dem die Bevorrechtigung von Deutschen und EG-BürgerInnen auf dem Arbeitsmarkt verschärft wurde, sorgt dafür, daß AsylbewerberInnen nur die miesesten Jobs bekommen. Sie landen meist in den dreckigen Dienstleistungsjobs, ebenso wie die sogenannten Illegalen, die ArbeiterInnen ohne Papiere.

Als weiteres Potential frischer Arbeitskraft wurden die Deutschblütigen im Osten entdeckt, die ab 1989 verstärkt als AussiedlerInnen aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR kamen (1990-1997: 2 Millionen). Und gleichzeitig zur Abschottung und ›Grenzen-zu-Propaganda‹ wurden ArbeiterInnen aus Osteuropa mit dreimonatigen Saisonarbeitsverträgen oder Werkverträgen auf deutsche Baustellen und Felder geholt – ein striktes Rotationsmodell, das ausschließt, daß die Arbeitskräfte sich hier niederlassen.

Die Kommission: Nachdem der Bedarf des Kapitals an frischem Blut nun offiziell verkündet ist, hat die sog. Süsmuth-Kommission erste Vorschläge vorgelegt, wie die Migration ausbeutungsgerecht gesteuert werden könnte. Sie unterscheiden ›Einwanderer‹ (›junge, gut ausgebildete Menschen‹), deren Nützlichkeit nach einem Punktesystem beurteilt wird, und die – sofern sie auserwählt werden – sofort einen Daueraufenthaltsstatus mit Perspektive auf Einbürgerung bekommen sollen, und andererseits ›Zuwanderer‹, die »kurzfristige Engpässe am Arbeitsmarkt überbrücken« sollen, ohne Daueraufenthaltsrecht. Besonderer Wert wird bei allen MigrantInnen auf Deutschkenntnisse gelegt. Die Teilnahme an Deutschkursen soll zur Pflicht werden.

Lesetips:

Einen ausführlicheren und guten Abriß der Einwanderungsgeschichte der BRD gibt es auf der Webseite von Kanak Attak:

www.kanak-attak.de

Und wer es ganz genau wissen will, kann sich das neu herausgegebene und aktualisierte Standardwerk besorgen von

Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland.*

Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge.

München 2001, 448 S., DM 58.-

Einwanderer im Arbeitskampf – Streiks in einer Zulieferklitsche

Seit dem letzten Sommer zeichnet sich eine Wende in der EG- und BRD-Migrationspolitik ab: die Industrie verlangt eine stärkere Zuwanderung von Arbeitsmigranten, um auf ein größeres Potential von billiger Arbeitskraft zurückgreifen zu können. Im Zuge der Umstrukturierung der Betriebe in den letzten 20 Jahren wurden immer mehr Bereiche der Produktion ausgelagert, an Subunternehmer vergeben und in Klitschen verlagert. Prekäre Beschäftigung über Sklavenhändler wird gezielt gefördert. Das Lohngefälle in der BRD soll weiter aufgefächert, besonders die untersten Löhne für unqualifizierte Arbeiten gesenkt werden. Sie liegen noch bei 70 Prozent des Durchschnittslohns und damit im internationalen Vergleich (USA: 30 Prozent) laut Regierung und Unternehmern entschieden zu hoch. Die Unternehmer verlangen seit Jahren die Etablierung eines »Niedriglohnsektors«, wofür ein neuer Einwanderungsschub gebraucht wird.

Die ArbeiterInnen in den »alten Fabriken« werden damit unter Druck gesetzt, für geringere Löhne und Sozialleistungen intensiver zu arbeiten. In den ausgelagerten Bereichen werden vor allem ArbeiterInnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und unter prekarierten Bedingungen ausgebeutet. Da sie aus tariflichen und gewerkschaftlichen Regulierungen herausfallen, wird ihre Situation kaum wahrgenommen. Selbst von Konflikten in diesen Bereichen erfährt mensch nur zufällig – wie im hier geschilderten Fall. Dabei dürfte er kein Einzelfall sein; in der Untersuchung »Illegal in Deutschland« (Karlsruhe 1999) von Jörg Alt werden die verschiedensten Methoden des Lohnklaus und des Widerstands dagegen beschrieben: vom Streik über Sabotage bis zur gewaltsamen Eintreibung. Mit der Wende zu einer verstärkten Arbeitsmigration wird es in den nächsten Jahren öfter zu solchen Auseinandersetzungen kommen. Darin liegt auch die Perspektive, daß solche Kämpfe aus ihrer Isolation herauskommen und Anstöße für einen breiteren Aufstand gegen die intensivierte Ausbeutung geben.

Der kleine Konflikt in einem Provinznest bei Bonn hat die ganze Bandbreite von Fragen aufgeworfen, mit denen wir in diesem Bereich von Ausbeutung konfrontiert sind:

- Liegt in diesen Kämpfen eine Perspektive der Ausweitung – oder bleiben sie in ihrer Isolation stecken?
- Wie verhalten sich verschiedene Fraktionen der Arbeiterklasse zueinander?
- Welche Position nehmen Unterstützungsgruppen von Flüchtlingen in solchen Kämpfen ein?
- Was ist die Rolle der Gewerkschaften und der staatlichen Arbeitsbürokratie in diesen Konflikten?
- Und vor allem: was können wir tun, um solche Kämpfe zu unterstützen oder Verbindungen zwischen ihnen herzustellen?

Multinationale Belegschaft und Ausbeutung des Asylstatus

Euskirchen ist eine kleine Industriestadt in der Nähe von Bonn, wo in einem Gewerbepark Unternehmen wie der Hausgerätehersteller Miele oder der zum Nestlé-Konzern gehörende Tiernahrungshersteller Latz/Friskies Fabriken betreiben. In den letzten Jahren wurden Verpackungsarbeiten oder Vormontagen ausgelagert und werden heute in Kleinbetrieben mit deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen ausgeführt. Einer davon ist die Firma *Vemiko* in Satzvey, einem kleinen Dorf etwa zehn Kilometer von Euskirchen entfernt. Bis zum Sommer 2000 hieß die Firma noch Nickipack und wurde vermutlich aus finanziellen Gründen in *Vemiko* überführt. Die rechtliche Konstruktion ist undurchsichtig. So schließt nicht *Vemiko*, sondern eine Firma *Logiserv* die Verträge mit den Auftraggebern. Kurz bevor die Zahlungsunfähigkeit von *Vemiko* deutlich wurde, hatte die Firmenleitung alle Maschinen im Betrieb mit Aufklebern »*Logiserv*« versehen, um sie aus der Konkursmasse herausnehmen zu können. Es sind die üblichen rechtlichen Tricks, um risikolos ein Maximum an persönlichem Profit herausholen zu können.

Die Firma beschäftigt in der Produktion fast ausschließlich AusländerInnen ohne festen Aufenthaltsstatus, viele noch mitten im Asylverfahren: sie kommen aus Äthiopien, Nigeria, Marokko, Kosovo-Albanien, der Türkei; ein Drittel sind Frauen, lediglich zwei deutsche Männer haben wir in der Produktion angetroffen. Auch die Vorarbeiterposten werden mit

Ausländern besetzt, wobei es auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit und angepaßtes Verhalten ankommt. Das lokale Arbeitsamt hat für diesen Betrieb eine Sonderregelung: ausländische ArbeiterInnen bekommen sofort eine Arbeitserlaubnis, ohne daß der Betrieb wie sonst vorgeschrieben für offene Stellen zunächst nach Arbeitskräften aus der BRD oder einem EU-Land suchen muß.

Im Sommer letzten Jahres sollen über hundert Leute bei Vemiko gearbeitet haben. Im Januar, kurz vor den Auseinandersetzungen waren es noch etwa 70. Obwohl der Job beschissen ist, nehmen viele der ArbeiterInnen tägliche Fahrzeiten von mehreren Stunden in Kauf, um hier zu arbeiten. Es sei sehr schwierig, andere legale Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Einige arbeiten schon mehrere Jahre in diesem Betrieb.

Stücklohn, Antreiberei und Lohnbeschiß

Die Firma Vemiko besteht aus einer großen Halle, die aus Kostengründen nicht beheizt wird. Für die Arbeit gibt es nur wenige kleine Maschinen, das meiste ist Handarbeit: Hundeknochen zusammenstecken und einpacken, Trockenfutter für die Katze abfüllen, Pralinen in Schachteln einlegen, Teile für Staubsaugermotoren vormontieren. Bezahlt wird im Stücklohn, d.h. für jede Arbeit wird pro Stück ein Pfennigbetrag festgesetzt (manchmal erst im Nachhinein), und der Lohn kann dementsprechend schwanken. In Extremfällen sei es so beschissen gewesen, daß sie nur 20 oder 30 Mark am Tag rausbekamen; um den Stücklohn gab es ständig Konflikte. Zudem stimmten oft die abgerechneten Stückzahlen nicht mit den von den ArbeiterInnen selbst aufgeschriebenen überein. Regelmäßig beschwerten sie sich über solche falschen Lohnabrechnungen. Im Schnitt kämen sie allerdings – je nach Steuerklasse und Akkordsätzen – auf 1500 bis 2000 Mark netto.

Laut Arbeitsverträgen wird der Lohn am 15. des Folgemonats ausgezahlt, aber selbst dieser späte Zahltermin wurde bei Vemiko fast nie eingehalten. Eine weitere Form von Lohnsenkung, da sich die ArbeiterInnen regelmäßig verschulden müssen, um z.B. ihre Miete zahlen zu können. Schon im September letzten Jahres hatten die ArbeiterInnen wegen ausstehender Löhne einmal die Produktion angehalten, was damals aber außerhalb des Betriebs nicht bekannt geworden war.

Arbeitskampf und humanitäre Hilfe

Im Januar kam der Dezemberlohn wieder nicht pünktlich. Ein Aushang kündigte die Lohnzahlung (die übrigens immer per Scheck oder Bargeld erfolgte, was die ArbeiterInnen als diskriminierend empfinden) für Freitag, den 19. Januar an. Am Freitag hing ein neuer Zettel im Flur: wahrscheinlich könne die Lohnzahlung erst am Montag oder Dienstag erfolgen. Von der Geschäftsleitung ließ sich niemand blicken. Gegen 14 Uhr legten die ArbeiterInnen daher die Arbeit nieder; normalerweise wird je nach Akkord bis 16 oder 17 Uhr gearbeitet.

Am Wochenende setzte sich einer der Arbeiter mit einer Flüchtlingsgruppe aus dem regionalen Flüchtlingsrat in Verbindung, deren Sprecher sich am Montag morgen mit den ArbeiterInnen vor dem Betrieb traf. Er rief – laut Zeitungsbericht (KStA vom 23.1.) – die ArbeiterInnen zur Besonnenheit auf und forderte sie auf, »an die Arbeitsplätze zu gehen, da ein wilder Streik arbeitsrechtliche Konsequenzen haben könnte«. Selbst rein rechtlich gesehen, war das zuviel der Fürsorge: bei ausstehenden Löhnen existiert sehr wohl ein Arbeitsverweigerungsrecht, auf das der Unternehmer lediglich ausdrücklich und förmlich hingewiesen werden muß.

Politisch gesehen ist dieses Verhalten aber geradezu fatal. Der fürsorgliche Paternalismus rät den ArbeiterInnen, ihre Probleme an die Behörden zu delegieren, und hintertreibt damit jeden Versuch, ihren eigenen Kampf zu entwickeln. Statt zu überlegen, wie die ArbeiterInnen selber Druck ausüben und ihre Sache publik machen könnten, wandte sich die Flüchtlingsgruppe an das örtliche Arbeitsamt und die Gewerkschaften, ohne damit irgendwas erreichen zu können. Der Presse gegenüber »drohten« sie damit, sich die Einleitung eines Konkursverfahrens vorzubehalten.

Der Firmenchef Peter Wassong kündigte für den nächsten Tag (Dienstag, 23.01.) eine Abschlagzahlung an, die dann mit 200 Mark sehr bescheiden ausfiel. An diesem Punkt gelang es den ArbeiterInnen offensichtlich nicht mehr, zu einem gemeinsamen Verhalten gegen diese Provokation zu kommen. Ein Teil wollte streiken, andere fürchteten, dann erst recht den Arbeitsplatz zu verlieren. Daher gingen die einen einfach nach Hause bzw. zum Sozialamt, um Geld für ihre Miete zu bekommen, andere arbeiteten lustlos weiter. Im Grunde war hier bereits die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gekippt; es hatte bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Unter-

stützung gegeben, die sie darin ermutigt hätte, trotz der multinationalen Zusammensetzung und den weit auseinanderliegenden Wohnorten ein gemeinsames Vorgehen zu organisieren. Alle ihnen »kompetent« erscheinenden deutschen Helfer verwiesen sie lediglich auf das tolle deutsche Rechtssystem – das in solchen Fällen aber außer der zwangsläufigen Individualisierung des Konflikts wenig zu bieten hat.

Die Auszahlung des Restlohns war für den kommenden Freitag versprochen worden, aber auch diesmal kam kein Geld. Daraufhin legten die ArbeiterInnen erneut die Arbeit nieder. Obwohl es ihnen nicht gelungen war, einen durchgehenden Streik zu organisieren, war ihnen selber viel klarer, worauf es ankam und wo sie ansetzen konnten, als ihren deutschen UnterstützerInnen. Zum Beispiel hatten sie schon vor Beginn des Konflikts über die Gefahr von Entlassungen diskutiert, und es gab den Vorschlag, daß beim ersten Rausschmiß alle sofort die Arbeit einstellen sollten. Eine Haltung von Solidarität, die bei Gewerkschaftern oder Betriebsräten, denen die Spielregeln des Kündigungsschutzgesetzes in Fleisch und Blut übergegangen sind, schwerlich zu finden ist!

Ebenso klar war ihnen, an welchen Punkten sie wirksam Druck machen konnten: dies war die Vormontage für *Miele*, weil diese integraler Bestandteil der gesamten Mieleproduktion war. Oft genug waren einige von ihnen zu Nachbesserungsarbeiten in die Miele-Fabrik in Euskirchen geschickt worden und kannten den dortigen Produktionsablauf. Von den ArbeiterInnen dort wußten sie, daß bei einer Produktionsunterbrechung bei Vemiko über 100 Miele-ArbeiterInnen in der Staubsaugerproduktion nicht weiterarbeiten könnten. Insgesamt arbeiteten etwa zehn Leute von Vemiko in dieser Vormontage; einige von ihnen gingen daher zur Miele Geschäftsleitung und konfrontierten sie mit dem Problem der ausstehenden Löhne.

Miele war um ihre Staubsaugermotoren so besorgt, daß sie den Arbeitern der Miele-Linie bei Vemiko (und versehentlich noch einigen anderen) am 26. Januar selber den ausstehenden Lohn zahlten und sogar versprachen, daß niemand gekündigt werde. Bei MIELE wissen sie schließlich genau, was sie von den niedrigen Löhnen in Klitschen wie VEMIKO haben, und wollten die eigene Produktion durch einen Ausfall der Motorenmontage nicht gefährden. In solchen Situationen bricht das Konstrukt aus Haupt- und Zulieferbetrieben, und es wird klar, daß es sich um *einen* Produktionsprozeß und die Ausbeutung durch dasselbe Kapital handelt. Aber wenn Auftragsfirmen wie Miele in solchen Situationen mal kurz die

Verantwortung übernehmen, versuchen sie dadurch die Spaltung der ArbeiterInnen innerhalb dieser Zulieferketten aufrechtzuerhalten. Als einer der Vemiko-Arbeiter nach seinem Rausschmiß um einen Job bei Miele nachfragte, wurde er abgewiesen ...

Entlassungen, Besetzung und Insolvenzverfahren

Am Montag darauf (29.1.) wurden die ersten sieben Arbeiter entlassen. Es waren diejenigen, die zu Miele gegangen und auch bei den übrigen Konflikten als Wortführer aufgefallen waren. Die Unruhe im Betrieb blieb aber bestehen. Es folgten weitere Entlassungen; einige Tage lang wurde die Produktion mit Streikbrechern einer befreundeten Klitsche aus dem Nachbardorf aufrechterhalten. Am 6.2. hielten wütende ArbeiterInnen den Chef im Büro fest, da die Dezemberlöhne (!) immer noch nicht gezahlt waren. Er mußte von der herbeigerufenen Polizei aus dem Betrieb eskortiert werden.

Zwei Tage später wurde ein Insolvenzverwalter mit der Prüfung der Firma beauftragt. Auf einer Versammlung am 14.2. forderte er die verbliebenen ca. 30 ArbeiterInnen zur Weiterarbeit auf und versprach ihnen, den Betrieb zu retten. Er bemühe sich um einen neuen Eigentümer. Am 1. März wurde dann das Insolvenzverfahren eröffnet, womit die Lohn- und Kündigungsschutzklagen von Entlassenen zunächst mal ruhen. Für die noch ausstehenden Löhne können nun alle – auch die Entlassenen – beim Arbeitsamt Konkursausfallgeld beantragen.

Probleme der Solidarität

Zweimal während der sich über drei Wochen hinziehenden Auseinandersetzung wurden in Euskirchen und vor den Betrieben, für die Vemiko produziert, Flugblätter verteilt, um über die Situation der ArbeiterInnen dort zu informieren. Anfangs war es auch noch möglich, in den Betrieb hereinzuspazieren, um mit den ArbeiterInnen zu reden. Nach dem Besuch einer größeren Gruppe am 2. Februar, an dem die ArbeiterInnen ihre Freude hatten, ließ Vemiko das Eingangstor von Wachleuten kontrollieren. Außerhalb des Betriebs hatten wir nur noch zu ArbeiterInnen Kontakt, die mittlerweile entlassen worden waren und gegen die Firma klagen.

Mit dem nachfolgend dokumentierten Flugblatt wollten wir vor allem die ArbeiterInnen in den Auftragsfirmen (Latz, Miele) auf die Situation in der Zulieferklitsche und die Aktionen der dort Arbeitenden aufmerksam machen. Das Flugblatt wurde angenommen, stieß aber erwartungsgemäß auf keine besonderen Reaktionen. Klar wurde dabei, daß trotz der Berichte in der Regionalpresse die meisten von dem Konflikt noch nicht gehört hatten. Einige ArbeiterInnen, mit denen wir uns beim Schichtwechsel kurz unterhalten konnten, drückten ihr Mitgefühl aus und jammerten über die Schlechtigkeit der Unternehmer. Vor der Miele-Fabrik kam sogar der Betriebsrat heraus, fand es gut, daß »den Schwachen geholfen wird«, sah es aber nicht so gern, daß der gute Name Miele mit der »Ausbeutung« bei Vemiko in Verbindung gebracht wurde, wo doch bei Miele alles »in Ordnung« sei.

Die Vemiko-ArbeiterInnen haben durch ihre kurzen Streiks gezeigt, daß sie kämpfen können, auch wenn »objektiv« alles gegen sie spricht: Der Staat mit seinen spaltenden Ausländergesetzen; die Gewerkschaften mit ihren Satzungsvorschriften und ihrem Alleinvertretungsanspruch; die politischen Unterstützungsgruppen mit ihrer entmündigenden Vorstellung von den »Flüchtlingen« als Opfern, denen geholfen werden muß.

Unterstützen können wir solche Kämpfe nur, wenn wir erstmal verstehen, wie die Situation dieser ArbeiterInnen aussieht, was sie selber tun, welche Ideen sie haben und wie sie sich selber organisieren. Nur in dieser *Selbsttätigkeit* können wir Ansatzpunkte finden für eine Ausweitung der Kämpfe, da sich im Unterschied zu gewerkschaftlichen Tarifroutinen andere ArbeiterInnen darin wiedererkennen und die Möglichkeit des eigenen Handelns entdecken können.

A&C, 18.3.01

Seeleutestreik in Hamburg – Juni 2001

Die enorme Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung und des Welt-handels findet auf dem Rücken der Arbeiter im Transportsektor statt. Die Arbeitsbedingungen auf See sind besonders trübe – die Möglichkeit, sich zu wehren, beschränkt sich im allgemeinen auf den Moment, wo das Schiff im Hafen liegt. Auf offener See ist es schwierig, auszusteigen... Zudem sind die Reeder, trotz aller Konkurrenz, gut organisiert, wenn es darum geht, Seeleute, die sich aufgelehnt haben, auf schwarze Listen zu setzen.

In den Häfen sind die Seeleute aber auf die Solidarität der Hafearbeiter angewiesen. Im Rahmen von Aktionstagen der Internationalen Transportarbeiter Föderation ITF werden regelmäßig Schiffe boykottiert, die nicht einen Mindest-Tarifvertrag mit der ITF abgeschlossen haben. Inwiefern die Reederei dann aber diese Tarifverträge einhält, darüber gibt es wenig Kontrolle.

Mitte Juni lag am Getreideterminale Hamburg (GTH) das Schiff »Free Atlas« der griechischen Reederei »Free Ships S.A.«. Die Heuerverträge der philippinischen Besatzung liefen in Hamburg aus. Für eine 48-Stundenwoche plus 100 Überstunden im Monat erhielten sie 532 Dollar. Wie sie selber sagten, ging es ihnen aber nicht so sehr um das Geld, sondern um »Gerechtigkeit«. Sie wollten die Reederei für die äußerst miesen Bedingungen zur Rechenschaft ziehen. Das Trinkwasser war derart verschmutzt, daß mehrere Besatzungsmitglieder erkrankt waren; zudem wurden sie geschlagen. So riefen sie das örtliche ITF-Büro an und weigerten sich zunächst, das Schiff zu verlassen und die neue Crew an Bord zu lassen. Die Funktionäre der ÖTV rauschten auch an und organisierten die Medien»arbeit«, mit dem Ziel einen Tarifvertrag mit »Free Ship« durchzusetzen. Nachdem der Betriebsrat von GTH sich weigerte, die Arbeit einstellen zu lassen, setzten sie ihre Hoffnung auf die Gerichte. Würde die neue Crew an Bord kommen während die alte noch da sei, so wäre das Schiff überbesetzt (Zahl der Rettungsbootssitze etc), und dürfte nicht auslaufen. Weitergehende Aktionen wie z.B. Kranbesetzungen wollten sie nicht machen, da sie Regreßforderungen fürchteten. Die Arbeiter von GTH

direkt mit ihrer Streikbrecherarbeit zu konfrontieren und Diskussionen mit ihnen einzufordern, war auch nicht ihr Ding. Im Gegensatz zu den großen Containerterminals ist GTH eine kleine Firma, wo die Angst um den eigenen Arbeitsplatz noch eine andere Rolle spielt. Dementsprechend scheiterte die ganze Aktion. Die neue Crew kam an, die alte Besatzung wurde ins Flugzeug gesetzt. Die ITF will aber die Reederei jetzt auf ihre eigene Schwarze Liste setzen und bei zukünftigen Aktionen ihr Augenmerk auf sie richten.

Kurzfristig hatten wir am Freitag von dem Streik erfahren und sind dann am Samstag dort hin gefahren. Dummerweise haben wir es nicht geschafft, ein paar mehr Leute zu mobilisieren, so daß wir nicht mehr tun konnten, als Essen vorbei zu bringen und mit den Seeleuten zu reden. Bezeichnend war der Unterschied zwischen dem, was die Leute selber erzählten, und dem, was die ÖTV-Funktionäre daraus machten. Sagten die Seeleute, daß es ihnen in erster Linie darum ging, sich gegen die alltäglichen Erniedrigungen und Schikanen zu wehren, wurde in der Öffentlichkeit ein Kampf um den ITF-Mindestlohn daraus. Hatten sie selber versucht, von den Hafendarbeitern Solidarität einzufordern und mit ihnen über die Arbeitsbedingungen geredet, so wurden sie darin nicht ernstgenommen und unterstützt, sondern es wurden Presse eingeladen und Rechtsanwälte beauftragt. So daß wieder der arme kleine Filipino zurückblieb, der unser Mitleid verdient. Aber das ist ja nichts Neues, entscheidend ist es, daß wir uns auch wieder verstärkt in Kämpfe einmischen und das tun, was die Gewerkschaft verhindern will. ■

Spanien: Regularisierung, Verschärfung des Ausländergesetzes und Widerstand der MigrantInnen

Im Februar letzten Jahres kam es in El Ejido in Andalusien zu rassistischen Krawallen gegen ImmigrantInnen aus dem Maghreb, die ein Schlaglicht auf den Zusammenhang von Ausbeutung, Rassismus und 'Ausländerpolitik' geworfen haben (siehe Wildcat-Zirkular Nr. 56/57). Danach verfügte die Regierung eine 'Regularisierung': ImmigrantInnen, die bestimmte Kriterien von Aufenthalt und Arbeitstätigkeit erfüllten, konnten Anträge auf Legalisierung stellen. Solche Regularisierungen sind in Spanien bereits mehrfach durchgeführt worden. Der Staat verschafft sich damit u.a. einen Überblick und Daten über die 'Illegalen'. Längst nicht alle Anträge werden positiv entschieden. Im letzten Jahr bekamen 140 000 ImmigrantInnen ohne Papiere ein Aufenthaltsrecht, bei mehr als 200 000 AntragstellerInnen. Im Januar 2001 wurde ein verschärftes Einwanderungsgesetz erlassen, durch das bis zu 100 000 ImmigrantInnen von Abschiebung bedroht sind. Sie haben darauf mit einer beeindruckenden Mobilisierung geantwortet.

C aus Barcelona analysiert die Schwierigkeiten der Regierung, mit ausländerrechtlichen Maßnahmen den verschiedenen Kapitalinteressen gerecht zu werden: dem kurzfristigen Interesse an billiger und ausreichender Arbeitskraft, und dem längerfristigen Interesse nach Ruhe im Staat und an der Arbeitsfront. Fazit: Der Staat steht diesem Problem hilflos gegenüber und kann die Migration letztlich nicht kontrollieren und beherrschen. Der Artikel ist zuerst in der französischen Zeitschrift »Échanges« erschienen, und dann in der Zeitschrift »etcetera« aus Barcelona.

Der zweite Artikel ist die schriftliche Fassung eines Vortrags von Wildcat-Genossen, die sich im Sommer und Herbst letzten Jahres in Andalusien einen Überblick über die Situation und die Kämpfe der MigrantInnen verschafft haben.

Beide Artikel betonen besonders die verschiedenen Interessen von Staat und Kapital, die hinter den mehr oder weniger rassistischen Maßnah-

men stehen, sowie die Macht der ImmigrantInnen als ArbeiterInnen – Aspekte, die in der aktuellen oberflächlichen Debatte um Legalisierungsforderungen meist untergehen.

Anmerkungen zur Mobilisierung der Eingewanderten gegen das Gesetz, das sie kriminalisiert

Übersetzung aus: »etcetera«, Nr. 35, Juni 2001

Nach der Explosion von Fremdenfeindlichkeit im letzten Jahr ist das Thema Einwanderung in kleinen lokalen Konflikten zum Ausdruck gekommen, die von der Verwaltung mit einer Mischung aus Repression und kleinen Zugeständnissen schnell befriedet wurden. Auf der anderen Seite geht das Sterben von illegalen ImmigrantInnen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um die spanische Küste zu erreichen, in der Meerenge von Gibraltar ständig weiter. Praktisch jede Woche gibt es Tote; jeden Monat sind es dutzende. Eine wirkliche Tragödie, der mit großer Gleichgültigkeit begegnet wird. Oder noch schlimmer: selbst wenn die Medien versuchen, sich dem Thema von einem scheinbar humanitären Standpunkt aus anzunähern und sich (politisch korrekt) gegen Fremdenfeindlichkeit aussprechen, können sie nicht vermeiden, daß sie ein soziales Phänomen mit den Worten und Kategorien einer nur schlecht verschleierte Fremdenfeindlichkeit beschreiben, wenn sie das sogenannte Immigrationsproblem ausschlichten (in den Zeitungen ist oft die Rede vom »Anstieg« der Immigration, von der »Masse« von ImmigrantInnen an der Küste, von einer »Flut« von Illegalen, etc.). Anfang Januar hat der Unfalltod von zwölf lateinamerikanischen Arbeitern aus Ecuador, bei einem Zusammenstoß in der Nähe von Murcia zwischen einem Zug und dem Bus, mit dem die ImmigrantInnen zur Arbeit fahren, die Debatte über Einwanderung in den Medien angeheizt, aber in erster Linie hat dieses Ereignis eine Mobilisierung von ImmigrantInnen für ihre Rechte, vor allem für Papiere, ausgelöst. Kurz darauf hat die Zustimmung der Regierung zum neuen Einwanderungsgesetz, das seit dem 22. Januar in Kraft ist, zu Besetzungen und Hungerstreiks in Kirchen in Barcelona, Madrid, Murcia und anderen Städten geführt, als Reaktion von ImmigrantInnen, die nach dem neuen Gesetz keine Möglichkeit mehr zur Legalisierung haben und seitdem ständig von Abschiebung bedroht sind.

Ihre Situation ist dramatisch, da die meisten von ihnen (sie selbst sowie auch ihre Familien in den Herkunftsländern) sich in einer Zwangslage von Verschuldung bei der Mafia oder bei Kredithaien befinden, die ihnen das Geld geliehen haben für die Reise nach Spanien mit einem Touristenvisum (das drei Monate gültig ist; danach beginnt die Illegalität).

Zu dem neuen Gesetz läßt sich feststellen, daß es die Möglichkeiten der Legalisierung für die neu Eingewanderten erschwert, und die Rechte der sogenannten Illegalen einschränkt, bis hin zur Einschränkung von Grundrechten, während gleichzeitig diejenigen, denen es nicht gelungen ist, ihren Aufenthalt und ihre Arbeitstätigkeit ab einem bestimmten Datum in Spanien mit Papieren zu belegen, zu Illegalen gemacht werden, die von Abschiebung bedroht sind. (Eine Analyse des neuen Gesetzes würde zu einem genaueren Verständnis der Absichten der Regierung führen und ein Licht auf die spanische Immigrationspolitik werfen, aber dies würde über den Anspruch dieser Zeilen hinausgehen). Das vorliegende Gesetz soll die Repression des Staatsapparats auf die Einwanderung verstärken. Es versucht, die Ankunft neuer ImmigrantInnen durch Abschreckung zu verhindern, und es soll die Kriminalisierung der ohne Papiere Eingewanderten (die im Jargon des Staates Illegale genannt werden) erleichtern. Dieses neue Gesetz ist von der Opposition (PSOE) abgelehnt und von humanitären Organisationen kritisiert worden. Dies entspricht jedoch weitgehend dem politischen Gebrauch der Einwanderung durch Politiker und Professionelle, denn sie alle, die Humanitären eingeschlossen, fordern, die Einwanderung zu regulieren und rechtliche Instrumente zu schaffen, die einen geordneten Fluß der Einwanderung erlauben. Wie dem auch sei, die Regierung hat ihrerseits ein Gesetz durchgebracht, das schwer umzusetzen ist. Durch diesen Akt unterliegen nun eine Menge Leute der Abschiebungsverfügung (nach Presse einschätzungen liegt ihre Zahl zwischen 30 000 und 100 000; vertrauenswürdige Zahlen gibt es nicht). Das bedeutet, daß diese »Illegalen« zu jedem Zeitpunkt von der Polizei festgenommen und nach dem Schnellverfahren, das das neue Gesetz vorsieht, abgeschoben werden können. Davon sind diejenigen ImmigrantInnen betroffen, die aus Ländern kommen, mit denen die spanische Regierung Abschiebeabkommen hat. In anderen Fällen besteht die einzige Möglichkeit darin, sie 40 Tage lang in den »Aufnahmezentren« (sprich: Haftzentren) festzuhalten. Nach Ablauf dieser Internierungsfrist werden die weiterhin illegalen ImmigrantInnen

freigelassen, bis zur nächsten Festnahme, nach der die Prozedur wieder von vorne anfängt.

Zu dieser Illegalisierung von Menschen durch die Regierung kommt im Fall der ImmigrantInnen, die an Besetzungen und Hungerstreiks teilnehmen, eine neue »Illegalität« hinzu: sie besteht in ihrer Versammlung, denn das Gesetz spricht den »Illegalen« das Recht ab, sich zu versammeln oder Vereinigungen zu bilden. Von daher ist die Aktion der Eingewanderten eine Kraftprobe mit der Regierung, die sich auf dem Rückzug befindet: der Bürokrat, der im Innenministerium für Einwanderungsfragen zuständig ist, hat an demselben Tag, an dem das Gesetz verabschiedet wurde, erklärt, »daß dies natürlich nicht bedeutet, daß die Polizei jetzt anfängt, Illegale zu jagen«. Eine merkwürdige Situation: die Regierung, die mithilfe ihrer Mehrheit im Parlament dieses Gesetz hat verabschieden lassen, gibt zu, daß sie es nicht umsetzen wird. Politologen meinen, daß dieses Gesetz ein Zugeständnis an den extrem rechten Flügel der Partido Popular war, daß aber nicht wirklich der Wille vorhanden ist, es in seiner ganzen Härte anzuwenden. Möglicherweise ist das so, obwohl das die absurde Situation nur oberflächlich erklärt.

Tatsächlich gibt es andere Gründe, die mit dem Druck zusammenhängen, den die Unternehmer der Verwaltung machen, und die die Unfähigkeit von Staat und politischem System, mit der Frage der Einwanderung umzugehen, besser erklären. Es geht vor allem um das Spiel zwischen der Nachfrage nach billiger Arbeitskraft auf dem Land (und sicher nicht nur auf dem Land) und dem Aufrechterhalten eines gewissen Grades an Regierbarkeit und sozialem Frieden (z.B. dem Vermeiden von fremdenfeindlichen Ausbrüchen), was die Regierung dazu zwingt, das schwierige Gleichgewicht herzustellen zwischen einer repressiven Politik einerseits, die versucht, destabilisierende Effekte auf das soziale Klima im Land, die durch Einwanderung entstehen können, zu verhindern, und andererseits den Bedürfnissen des Kapitals, das diese Wanderbewegungen schürt. Zur gleichen Zeit, zu der die Regierung das Gesetz auf den Weg bringt, und die ImmigrantInnen ihre Mobilisierung, fordern die Unternehmer vom Innenministerium eine langfristige und schnellere Ausgabe von Papieren an ImmigrantInnen, da die legalen ImmigrantInnen nicht ausreichen, um die Ernte einzubringen. Nach dem Tod der zwölf Arbeiter aus Ecuador wurden die Kontrollen durch die Verwaltung verschärft, und Unternehmer, die Arbeiter ohne Papiere beschäftigten, mußten Bußgelder bezahlen.

Scheinbar ist das ein Widerspruch – die Regierung erläßt Gesetze gegen die Unternehmer – aber die Realität sieht anders aus. Die Existenz eines illegalen Arbeitsmarktes erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Landwirtschaft, vor allem der Kleinbetriebe. (Man kann einen Arbeiter für 5000 Peseten / ca. 60 Mark bekommen für einen Arbeitstag von zehn bis zwölf Stunden, und sogar für noch weniger, wenn es sich um einen zweifelten Arbeiter ohne Papiere handelt). Aber selbst das ist meiner Ansicht nach nicht das Wichtigste. Der Hintergrund für diesen scheinbaren Interessensgegensatz zwischen Regierung und Unternehmern ist die Tatsache, daß für den Unternehmer der kurzfristige Vorteil zählt. Demzufolge können die Unternehmer unter den derzeitigen Umständen den gesetzlichen Lohn zuzüglich der Sozialversicherung bezahlen, und trotzdem große Gewinne machen. Deshalb, und auch, weil die industrialisierte Landwirtschaft eine just-in-time Arbeitsorganisation erfordert, machen die Unternehmer der Regierung Druck, eine Situation zu regeln, die sich negativ auf die Ernte auswirken könnte. Für die Regierung geht es im Gegenteil darum, den Anstieg der Sozialkosten zu vermeiden; also das Anwachsen der Masse von immigrierten LohnarbeiterInnen zu vermeiden, die zum gegebenen Zeitpunkt z.B. Wohnungen und Arbeitslosenunterstützung fordern könnten, oder Rechte auf demselben Niveau wie die der SpanierInnen.

Auf der anderen Seite fehlt eine grundlegende Analyse der Einwanderung in Spanien. Laut offiziellen Zahlen (Arbeits- und Sozialministerium) gab es Ende letzten Jahres in Spanien 607 057 erfasste ImmigrantInnen. Zu diesen müssen diejenigen ohne Papiere hinzugezählt werden, deren Zahl selbstverständlich unmöglich zu erfassen ist. Das bedeutet aber nicht, daß das Verhältnis ähnlich wie in anderen Ländern der EU ist. Im Gegenteil, es handelt sich hier um ein relativ neues Phänomen, das sich auf bestimmte Regionen konzentriert, und wo verschiedene Formen von Einreise und Integration in den Arbeitsprozeß zu finden sind. Für Lateinamerikaner (unter denen es auch nochmal Unterschiede gibt) sieht die Lage anders aus als für Maghrebener, Zentralafrikaner, Pakistanis, Osteuropäer, usw. Auch wenn die Einwanderung oft unter der Rhetorik des Kulturellen betrachtet wird, taucht im Hintergrund immer wieder die Frage der Ausbeutung und der Verteilung des Reichtums auf. In Spanien ist seit einiger Zeit eine Art Neuzusammensetzung der Lohnarbeiterschichten im Gange, wobei die eingewanderten ArbeiterInnen auf der untersten Stufe und immer häufiger

in bestimmten Sektoren anzutreffen sind. Um dieses Phänomen verstehen zu können, müsste man die weitgehenden Veränderungen, die es in der sozialen Reproduktion gegeben hat, erklären können. Welcher Anteil des Bruttosozialprodukts wird durch die Überausbeutung der eingewanderten Männer und Frauen erwirtschaftet? Anscheinend findet die internationale Arbeitsteilung eine Art Entsprechung auf lokaler Ebene, oder wie wäre sonst zu erklären, daß für die Olivenernte in Jaen bei einer offiziellen Zahl von 20 000 Arbeitslosen auf die Arbeitskraft von 4000 marrokanischen Zeitarbeitern zurückgegriffen werden muß? Und inwieweit tragen die Gelder der EU dazu bei, eine Vetternwirtschaft zu schaffen und eine soziale Basis von »inländischen« Arbeitern, die bereit sind, die fremdenfeindliche Politik der Regierung zu legitimieren?

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der nicht vernachlässigt werden darf. Die Deregulierung der Wirtschaft hat zum Auftauchen von neuen Berufen geführt, die als illegal bezeichnet werden, und zur Weiterentwicklung anderer Aktivitäten, die traditionell außerhalb des Gesetzes standen. Es geht hier um Mafias und um Aktivitäten im Zusammenhang mit Drogen- und Menschenhandel. Der Profit wird aus der Tatsache der Illegalität gezogen. So wie der Drogenhandel hat sich auch der Handel mit ImmigrantInnen zu einem Sektor mit hoher Akkumulationsrate entwickelt, bis zu dem Punkt, daß er wiederum das Interesse der Mafias auf sich zieht, die traditionell im Drogenhandel tätig waren. Ende Dezember berichtete die spanische Presse über die Zerschlagung von 290 Schleuserringen (von denen 77 auf die sexuelle Ausbeutung von Frauen spezialisiert waren, ein Geschäft, das riesige Gewinne abwirft), sowie von 911 Festnahmen. Wenn das Aufrechterhalten von illegalen Bereichen ein notwendiges Element in der kapitalistischen Entwicklung ist, ist es im Fall der Ausbeutung von eingewanderten ArbeiterInnen für die Händler illegaler Arbeitskraft eine Quelle »ursprünglicher Akkumulation«, bei der die Gewinne schwer zu quantifizieren sind, aber zweifellos höher liegen als bei vielen Betrieben. Da sie wieder in den Kreislauf der legalen Ökonomie eingehen, tragen sie zur Dynamisierung der Wirtschaft eines bestimmten Sektors oder einer Region bei. Diese Entwicklung steht anscheinend gerade erst am Anfang. Solange Spanien eine Wachstumsrate von mehr als 3% pro Jahr hat; solange eine Haushaltshilfe aus Ecuador (die täglich so lang arbeitet, wie es von ihr verlangt wird) in einem Monat so viel verdient, wie sie in ihrem Land im Jahr verdienen würde; solange SpanierInnen die Möglichkeit

haben, die Arbeitsangebote bei der Landarbeit, auf dem Bau und sonstwo abzulehnen, wird der Arbeitsmarkt seine Anziehungskraft für die ärmsten ArbeiterInnen von anderswoher behalten. Das bedeutet, daß der neoliberale Diskurs in gewisser Weise recht behält. Solange die Arbeitslosenunterstützung für SpanierInnen höher liegt als die Löhne, die für die schlecht bezahlten Tätigkeiten geboten werden, werden spanische ArbeiterInnen darauf verzichten, mit den Eingewanderten auf den Arbeitsmärkten zu konkurrieren. Um diese Situation in dem Sinne zu ändern, daß die Arbeitsplätze, die zur Zeit von ImmigrantInnen besetzt sind, für spanische ArbeiterInnen attraktiv werden, müßte der aktuelle Status Quo aufgebrochen werden, was nur möglich wäre durch eine Erhöhung der Löhne (die für spanische Produkte einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zur Folge hätte) oder durch eine Senkung der Sozialleistungen, die SpanierInnen bekommen. Aber dann würde der soziale Frieden in Gefahr geraten, der durch die Geldzuwendungen des (wie ich das in einem früheren Artikel genannt habe) »Versteckten Wohlfahrtsstaates«, der in Spanien herrscht, erkaufte wurde.

Nach der Integration von Spanien in die EU hat sich eine Tendenz zur Deregulierung des Arbeitsmarktes verstärkt, die sich in einer zunehmenden Prekarisierung bei den niedrigsten Tätigkeiten ausdrückt und im Verlust von Rechten, die in den Kämpfen der 70er Jahre durchgesetzt wurden. Löhne und allgemeine Arbeitskosten sind infolge des allgemeinen Umstrukturierungsprozesses von produktivem Kapital und Dienstleistungen in diesen Jahren gesunken. Dadurch sind Gewinnspanne und Kapitalakkumulation gestiegen, und auch die Verbreitung von Kleinunternehmen (z.B. in der industriellen Landwirtschaft). Gleichzeitig wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen (Subventionen für Kooperativen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Betreuung von älteren Menschen, staatliche Arbeitsangebote für Arbeitslose, usw.), um die Folgen dieser Umstrukturierung / Deregularisierung abzumildern. Dies erklärt den Mangel an spanischen Arbeitskräften bei den härtesten Arbeiten (u.a. auf dem Land und auf dem Bau). Wenn gleichzeitig eine Arbeitskraft existiert, die völlig ungeschützt ist (nach Angaben der Aufsichtsbehörde sind 36% der Arbeitsverträge betrügerisch), die weniger Rechte hat und ständig Angst vor dem Ende des Arbeitsverhältnisses oder, noch schlimmer, der Abschiebung haben muß, dann ist klar, daß diese eine notwendige Funktion im Produktionsprozeß erfüllt, die schwerlich durch andere Maßnahmen mit

größeren Wettbewerbsvorteilen ersetzt werden kann. Zumindest die Agrarunternehmer in der Gegend von Murcia (wie vorher die in El Ejido) haben das verstanden, als sie von der Regierung die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt haben, nämlich die Bereitstellung ausreichender Arbeitskraft zu »wettbewerbsfähigen« Bedingungen, um den Produktionsprozeß ohne die Unwägbarkeiten von Mobilisierungen fortführen zu können. Aber die Sache ist nicht so einfach, wie sie aussieht. Die Einwanderungspolitik ist nicht eine rein verwaltungstechnische oder rechtliche Frage, der man mit mehr oder weniger humanitären Mitteln begegnen kann.

Die Regierung versucht ihrerseits, mit den Herkunftsländern der ImmigrantInnen Abkommen zu schließen über eine Regulierung der Ströme, wie es im Journalistenjargon bezeichnet wurde, etwa in der Art wie in der Nachkriegszeit in Europa, zu Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs. Aber die Umstände sind heute andere. Für die Technokraten und Kapitalisten (einschließlich der Gewerkschaften) wäre es der Idealfall, wenn sie über temporäre Arbeitskraft verfügen könnten, die so lange bleibt, wie es erforderlich ist, und danach zurückgeschickt wird. Das ist das Einzige, was den Politikprofis zum Phänomen der Einwanderung einfällt: eine technische Sichtweise und ein Arbeitskraftservice à la carte. Tatsächlich haben die Unternehmer in Lérida (Katalonien) letzten Sommer für die Obsternte marokkanische Frauen eingestellt, die nach Abschluß der Ernte in ihr Land zurückgeschickt wurden. Aber die meisten Arbeiter, die hier ankommen (v.a. aus Lateinamerika, Schwarzafrika und Asien), kommen aus Ländern, die durch Kriege, durch kapitalistische Ausplünderung und durch von der Internationalisierung des Kapitals verursachte Armut zerstört sind, und sie haben das Ziel zu bleiben, ihre Familien nachzuholen und zu versuchen, sich in Spanien oder Europa, in dieser reichen und ruhigen Ecke der Welt, eine neue Existenz aufzubauen. Wieder einmal steht die Logik des Kapitals (und die des Staates) gegen die grundlegenden Überlebensbedürfnisse der Menschen, in diesem Fall der Eingewanderten.

Aus allen erwähnten Gründen können die ausländischen Arbeiter zur Zeit nur auf sich selbst zählen. Sie haben keine andere Chance als die, aus ihren Kämpfen zu lernen. Ihre Aktionen lassen sie an den Arbeitsplätzen gesellschaftlich sichtbar und sich ihrer tatsächlichen Macht bewußt werden, da ihre Streiks unmittelbar spürbare Auswirkungen haben. Im Hintergrund steht nach wie vor die Frage der enormen Ungleichheit zwischen der Produktion und der Verteilung des Reichtums, in der ganzen Welt, und

auch sozial (zwischen den Klassen) – eine Polarisierung, die dem Prozeß der kapitalistischen Entwicklung selbst entspringt. Von daher sind die ganzen Widersprüche, die absurden, rassistischen und fremdenfeindlichen Maßnahmen der Staaten nur die Folge der Unmöglichkeit, die Migration zu kontrollieren und zu beherrschen. Sie bringt eine Problematik mit sich, die weit über eine technokratische Konzeption der sozialen Frage hinaus geht.

C., Barcelona, 27. Januar 2001

PS. Freitag nachmittag (26. Januar) sind etwa 2-3000 Menschen einem Aufruf der Versammlung »Papiere für alle« (die die Besetzungen in den Kirchen macht) zu einer Solidaritätsdemonstration in Barcelona gefolgt. Abgesehen von den ImmigrantInnen (v.a. aus Pakistan) gehören sie größtenteils zur Solidaritätsbewegung der katholischen Kirche oder zur Gewerkschaft CGT, oder es sind Jugendliche, Gruppen und Einzelpersonen aus der (außerparlamentarischen) Linken. Dieser Aufruf hat in gewisser Weise symbolische Bedeutung, denn eine zahlreiche Beteiligung würde Druck auf die Regierung ausüben (die von der Aktion der ImmigrantInnen überrollt wird). Aber die sogenannte »Zivilgesellschaft« (und besonders ihre Repräsentanten) halten sich fern. Als sich Verhandlungen anbahnten, wollte die katalonische Autonomieregierung die Rolle des Vermittlers zu den ImmigrantInnen spielen und hat Verhandlungen mit ihren Vertretern eingeleitet. Die Techniker der Regierung versuchten sich in Manövern, um die Bewegung auseinanderzubringen, die jedoch angesichts der Entschlossenheit der BesetzerInnen vom ersten Moment an scheiterten. Die Gewerkschaften und Parteien haben sich dagegen nicht auf der Straße blicken lassen. Die politische Rentabilität dieser Frage ist absolut gering. Sich in einen dramatisch realen Kampf wie den Hungerstreik der ImmigrantInnen einzumischen, würde außerdem Fragen aufwerfen, die zu naheliegend und kompliziert sind... da ist die »Solidarität mit Bosnien« natürlich vorzuziehen, oder die Solidarität mit irgendwelchen Leuten, Hauptsache sie sind nicht hier bei uns.

PS 2. Die Mobilisierung der ImmigrantInnen gegen das Ausländergesetz ging im Februar weiter, mit der Ausweitung der Besetzungen und mit Versuchen, sie landesweit zu koordinieren. Anfang Februar brachte eine Solidaritätsdemonstration mit den ImmigrantInnen und ihren Besetzungen in Barcelona mehrere zehntausend Leute zusammen. Inzwischen kam es zu Verhandlungen und zur Vermittlung durch den Defensor del Pueblo (Ombudsman). Schließlich bequimte sich die Regierung dazu, 61 000 Legalisierungsanträge, die abgelehnt worden waren, erneut zu überprüfen. Die Mehrheit der BesetzerInnen fiel unter diese

Ablehnungen. Mit dem Zugeständnis der Regierung wurden die Kriterien für die Regularisierung erweitert (Nachweis der Integration, humanitäre Gründe und besondere Umstände), aber es läßt Tür und Tor für Willkür bei der Auslegung und bei der Ausstellung von Papieren offen. Diese Maßnahme kann als ein Zurückweichen der Regierung angesehen werden, das zum Ziel hat, Zeit zu gewinnen, den wachsenden Konflikt (die Besetzungen) zu entschärfen, und einen möglichen Arbeitskraftmangel in der Landwirtschaft zu verhindern (z.B. wegen des Anfangs der Erdbearbeitung). Trotzdem hat die Regierung sich als völlig unfähig erwiesen, der Realität der Immigration etwas entgegenzusetzen. Dies wurde deutlich durch die Improvisation bei den Maßnahmen, wie im Fall der EcuadorianerInnen, denen sie vorschlug, nach Ecuador zurückzukehren, und dort die Rückkehr nach Spanien zu beantragen. Als dann nach ersten Anlaufschwierigkeiten massenhaft solche Anträge gestellt wurden, »merkten« die Verantwortlichen in der Regierung, daß sie das Geld für die Reisekosten der Antragsteller nicht hatten. Man bekommt den Eindruck, daß die Regierung versucht hat, eine Situation zu beenden, die zunehmend außer Kontrolle geriet, ohne aber die Frage von Grund auf anzugehen. Trotz allem nimmt die Verwaltung eine widersprüchliche Haltung zur Immigration ein. Einerseits erarbeitet sie offen repressive Gesetze, während sie andererseits einen Toleranzspielraum läßt, der die Ausbeutung von ImmigrantInnen ohne Papiere begünstigt. Damit wird die Kontrolle über die Arbeitskraft der ImmigrantInnen, egal ob mit oder ohne Papiere, den Gemeinden und den Unternehmern vor Ort überlassen, was zu Segregation, Repression und verschärfter Ausbeutung führt.

Es ist schwer vorherzusagen, was das Ergebnis der Regularisierung bei den Anträgen sein wird, die erneut überprüft werden, da alles von dem Versprechen der Regierung abhängt, die neuen Voraussetzungen der Regularisierung »großzügig auszulegen«. Der negative Präzedenzfall ist El Ejido, wo ein Jahr nach den fremdenfeindlichen Krawallen noch keine der Vereinbarungen, die mit den ImmigrantInnen getroffen wurden, erfüllt ist, und wo sich die Situation verschlechtert hat. Es wird der Regierung aber nach der Mobilisierung im Januar aufgefallen sein, daß der Konflikt diesmal die Grenzen der örtlichen Kontrolle der Ausbeuteten überwunden hat, und daß – bei allen Einwänden – zum ersten mal eine allgemeine Mobilisierung von ImmigrantInnen stattgefunden hat, die eine soziale Realität zum Vorschein bringt, über die man nicht mehr hinwegsehen kann. ■

El Ejido – ein Jahr danach

Im Wildcat-Zirkular 56/57 haben wir eine erste Einschätzung der Ereignisse im andalusischen El Ejido im Februar 2000 versucht. Da uns besonders interessiert hat, wie die marokkanischen Landarbeiter in dieser sehr

schwierigen Lage einen Streik organisieren konnten, sind wir im Sommer und Herbst 2000 jeweils für einige Tage vor Ort gewesen und haben mit den kleineren Gewerkschaften und vor allem mit einer ganzen Reihe von Einwanderern (in den Treibhäusern dieser Region arbeiten hauptsächlich Männer) gesprochen. Die Kontakte ergaben sich auf der Straße, an der Bushaltestelle, am Strand, im Café. Fast alle wollen weiter nach Norden, mindestens nach Barcelona und Madrid, nach Frankreich, wo größere maghrebinische Communities auf sie warten oder nach Deutschland, was nach wie vor als das Traumziel gilt. Viele hatten schon mehrere Überfahrten über die Meerenge von Gibraltar hinter sich, viele hatten Familienangehörige in anderen europäischen Ländern oder hatten selber Erfahrungen dort gemacht. Wir haben auch AktivistInnen des Februar-Streiks getroffen, die teilweise eine längere politische Erfahrung in Andalusien hatten. Aus diesen Gesprächen, Zeitungsartikeln, Statistiken usw hat sich langsam das Bild präzisiert, von dem wir im ersten Artikel nur Umrisse sehen konnten. Im März 2001 haben wir zu unseren neuen Erfahrungen eine Veranstaltung in Köln gemacht und dabei einige Thesen vorgestellt.

Zwei Momentaufnahmen aus zwei verschiedenen »Epochen«

A. In diesem Monat beginnt in Berlin der Prozess gegen vier Leute, die in den 80er Jahren in den Revolutionären Zellen aktiv gewesen sein sollen. U.a wird ihnen vorgeworfen, an Aktionen gegen Institutionen und Repräsentanten der damaligen Einwanderungspolitik beteiligt gewesen zu sein.

Die damaligen Debatten waren, auch hier in Köln, auf die Bedingungen für soziale Revolution ausgerichtet, den MigrantInnen wurde die Rolle des revolutionären Subjektes zugesprochen. Auch wenn sich das eher als Wunsch der Linksradiكالen herausgestellt hat, gab es zu dieser Zeit den Versuch, Migration und die sich daraus entwickelnden Kämpfe als Momente einer revolutionären Perspektive zu bestimmen.

B. In El Ejido (Andalusien) kam es im Februar 2000 zu einer massiven Konfrontation zwischen andalusischen Altbewohnern und eingewanderten Landarbeitern aus Marokko in der Provinz Almería. Die rassistischen Angriffe, die folgenden mehrtägigen Unruhen und die schlechte Presse über den Mangel an zivilgesellschaftlichem Verhalten in Spanien waren in

den darauffolgenden Monaten die stärksten Argumente der Befürworter schärferer Einwanderungsgesetze in allen Parteien. Gleichzeitig öffnete der spanische Staat wie schon mehrere Male seit Ende der 80er Jahre das Ventil »Legalisierung«.

Der auf die Angriffe folgende Streik der 20 000 Landarbeiter hat aber auch gezeigt, dass die Einwanderer sehr wohl in der Lage sind, sich zu wehren. Solche zum grossen Teil selbstorganisierten Aktionen sind seit Oktober letzten Jahres nicht mehr abgerissen: Zu diesem Zeitpunkt wurde bekannt, dass von den 220 000 Legalisierungsanträgen von »sinpapeles« (die Illegalisierten »ohne Papiere«) ca. ein Drittel abgewiesen worden war. Seitdem kommt es vor allem in den Grossräumen Madrid und Barcelona sowie in einigen andalusischen Provinzen, vor allem in Almería, Cádiz und Huelva, sowie in der marokkanischen Enklave Ceúta zu Demonstrationen, Kirchenbesetzungen und Hungerstreiks von MigrantInnen, die auf diese Weise ihre Legalisierung durchsetzen wollen. Diese selbstbewussten Kämpfe beschäftigen die spanische Öffentlichkeit an vorderster Front, weil sie auch mit starker polizeilicher Repression nicht zu brechen sind und immer wieder an neuen Orten und mit neuen AktivistInnen aufflackern.

Wenn wir diese beiden Hinweise mit der Praxis von »Flüchtlingsunterstützung« in der BRD seit Anfang der 90er Jahre konfrontieren, werden deren Grenzen erkennbar:

- sie nimmt die MigrantInnen in der Perspektive von Opfern wahr und spricht ihnen damit ihren »Status« als politische Subjekte ab, verhindert damit letztendlich eigenständige Bewegungen ...
- wir befinden uns in einer neuen Phase der europäischen Migrationspolitik, was von den FlüchtlingsunterstützerInnen zu wenig wahrgenommen und bisher kaum in ihre politischen Überlegungen miteinbezogen wird.
- der Perspektive auf die Migranten als Opfer entspricht die eigene Perspektive des Helfers. Diese Eigenwahrnehmung stellt sich ausserhalb möglicher Kämpfe, wveshalb vor allem kein eigener Zugang zu diesen Kämpfen entwickelt werden kann. Dies ist auch Ausdruck der sozialen Zusammensetzung der FlüchtlingsunterstützerInnen.

El Ejido und die Folgen für die spanische Einwanderungspolitik

1. Die rassistischen Angriffe in El Ejido waren eine Reaktion auf die *beginnende Krise* der Treibhauslandwirtschaft *und* auf die *Stärke der Einwanderer*.

Nach dem EG-Beitritt Spaniens 1986 und stärker noch nach dem Fall der Mauer zwischen Ost und West 1989 kamen tausende Einwanderer, zum großen Teil aus Marokko, nach Spanien. Allein in die Region von El Ejido kamen 20 000. Sie waren als Arbeitskräfte in der sich seit Anfang der 80er langsam entwickelnden Treibhauswirtschaft Almerías willkommen.

Aber es kamen Menschen, die in der Lage waren, sich zu organisieren: sie schufen sich Treffpunkte, eroberten die Strände und sorgten vor allem für eine gewisse Lohnrigidität nach unten (kaum jemand arbeitet heute in den Treibhäusern für weniger als 400 Pts in der Stunde, das entspricht 4,70 DM). Diese Starrheit der Löhne nach unten wurde teilweise mit Gewalt von »alteingesessenen« gegen neueintreffende Migrant*innen durchgesetzt.

Zur Jahreswende 1999/2000 hatte ein Teil der lokalen Agrarunternehmer zusammen mit der PP und dem Madrider Innenministerium versucht, die allmählich zu widerspenstig werdenden Marokkaner massenhaft durch neue Arbeitskräfte vor allem aus Osteuropa zu ersetzen. Der Preis der Ware Arbeitskraft und ihre ungestörte Verfügbarkeit hatte einen zentralen Stellenwert bekommen, da die Treibhauslandwirtschaft Almerías in die Krise geraten war: starke Konkurrenz der Kleinunternehmer untereinander, sinkende Verkaufserlöse, Konkurrenz durch Tomaten aus Marokko, Versalzung des Wassers, Verschuldung vieler Kleinunternehmer ohne Perspektive auf Tilgung.

Der Austausch von Kontingenten war aber nicht mit einem Federstrich zu bewerkstelligen, und so wurde von oben (Unternehmer, Partido Popular, Polizei) ausgehend von der Tötung einer Frau auf dem Markt durch einen Marokkaner der latent vorhandene Rassismus in Anschlag gebracht – was auf einen grossen Resonanzboden traf:

Die Angriffe richteten sich gegen alles, was die Stärke der marokkanischen Einwanderer ausmachte: Treffpunkte, Geschäfte, Autos, Unterkünfte, Unterstützungsgruppen und »natürlich« gegen die Arbeitskräfte, die ironischerweise die Grundlage des relativen Reichtums der Stadt und ihrer rassistischen Schlägertrupps bilden.

Wie ist dieses Vorgehen zu erklären? Hier nur ein paar Stichworte zu den Hintergründen: Die Treibhausbesitzer kommen aus Familien, die in den 50er Jahren aus den Alpujarras und aus Murcia umgesiedelt wurden und 1 ha Land sowie ein cortijo (kleines Häuschen ohne Strom und Wasseranschluß) erhielten; viele (zumeist die Männer) gingen zum Arbeiten nach Norden (in die spanischen Zentren, nach Frankreich, Deutschland oder in die Schweiz) und kehrten Anfang der 70er zurück.

Mit ihren Ersparnissen, EG-Subventionen und Krediten wurden die ersten Treibhäuser hochgezogen; viele Familien wurden schnell reich, die Stadt El Ejido wuchs von 1000 auf 50 000 EinwohnerInnen. Es herrschte Goldgräber-Stimmung: Banken, Neubauten, dicke Autos ...

Seit Ende der 90er Jahre sind allerdings die ersten Vorboten einer wirtschaftlichen und sozialen Krise zu sehen: die Geschäfte laufen nicht mehr so gut wie früher ... um so aggressiver richtet sich nun der Haß auf alles, was für die eigenen Probleme verantwortlich gemacht werden kann.

2. Von Anfang an haben sich die Einwanderer gegen die Angriffe gewehrt: in Schlägereien, durch Sabotage in den Betrieben, später mit Streik ...

Die Konfrontation dauerte zunächst drei Tage. Längst nicht alle Marokkaner liefen in die Berge, sondern sie wehrten sich, teilweise handgreiflich: einige Treibhäuser brannten ab, später benutzen sie das Mittel, das die Treibhausbesitzer am schärfsten trifft:

Eine Woche lang streikten mitten in der Hochzeit einer der Tomatenernten fast sämtliche Erntearbeiter; weitgehend selbstorganisiert, teilweise unterstützt durch die Strukturen von marokkanischen Einwandererorganisationen – und das trotz der völlig aufgesplitterten Arbeitssituation: die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 1,7 ha (das entspricht ungefähr dem Umfang von zwei Fussballfeldern) und dort arbeiten jeweils nur zwei bis drei Arbeiter. Die Verständigung lief über die wenigen übriggebliebenen Treffpunkte; auch Handys spielten in der etwa 250 qkm großen Region eine wichtige Rolle.

Mit diesem Streik demonstrierten die Erntearbeiter ihre Macht. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu Verhandlungen, in denen sich die grossen Gewerkschaften (Comisiones Obrera und Union General de Trabajo) vordrängten, die sonst mit den ausländischen ArbeiterInnen nichts zu tun

haben. Aber auch kleinere Organisationen witterten ihre Chance. Das schliesslich nach einer Woche geschlossene Abkommen legte fest: Einhaltung des Tarifvertrags (ca. 600 Pts Lohn), menschenwürdige Unterkünfte, Entschädigungen, Untersuchung der Vorfälle.

Der einzige Punkt des Abkommens, der eingehalten wurde, war die Beendigung des Streiks: viele der Landarbeiter konnten sich den Lohnausfall nicht länger leisten; sie standen unter dem Druck, Geld an ihre Familien jenseits der Meerenge von Gibraltar zu schicken. Ein Vertreter der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CGT (Abspaltung von der CNT) sagte uns, sie hätten dafür gesorgt, dass *ihr Teil* des Abkommens (also der, den sie »für die Arbeiter« ausgehandelt hatten) eingehalten wurde. Andere Organisationen (z.B. die marokkanische Einwanderervereinigung ATIME) betätigten sich in der Folgezeit (z.B. bei der mehrwöchigen symbolischen Besetzung eines Teils des Gewerkschaftshauses von Almería im April 2000) als Bremser gegen ihres Erachtens überzogene Forderungen (z.B. die nach der »Legalisierung für alle«).

Die Aktivisten des Streiks sind teilweise nach Norden gegangen, teilweise ins Visier der Gewerkschaften geraten, die sie als Kader rekrutieren wollen ...

Die Fähigkeit der Marokkaner zum Streik kann als Beleg dafür gelten, das mit den Angriffen von El Ejido aus Sicht der Unternehmer »die Richtigen« getroffen wurden. Andersherum mit den Worten eines schwarzen »subsaharianos« (der zu der zweiten großen Einwanderergruppe in Andalusien gehört) ausgedrückt: *»Die Tatsache, dass sie UNS nicht angreifen, zeigt, dass wir uns viel zu viel gefallen lassen...«!*

Es ist nicht überraschend, dass das gerade verabschiedete Einwanderungsgesetz in Spanien Versammlungen und gewerkschaftliche Organisation von MigrantInnen zu verbieten versucht.

3. Seit dem Oktober 2000 reissen die Aktionen von EinwanderInnen für ihren Aufenthalt und ihre Lebensbedingungen nicht mehr ab.

Wir haben z.B. in der Stadt Almería Anfang Oktober ca. 100 Marokkaner und subsaharianos besucht, die einen Monat lang erst in, dann vor einer Kirche am Rand des Zentrums für ihre Legalisierung demonstrierten. In Ceúta traten im Februar 300 Migranten in einen Hungerstreik. Im Febru-

ar/Anfang März besetzten in Almería etwa 150 subsaharianos und Marokkaner einige Büros im Rektorat der Universität. Die Reaktion der Unileitung war das sofortige Einschalten der Bullen, die die Gebäude abriegelten. Recht schnell spielten sich die LandarbeiterInnen-Gewerkschaft SOC (Sindicato de Obreros del Campo) und ATIME als Vertreter der Aktivisten auf. Dieses Angebot wurde von offizieller Seite gerne angenommen, das Ergebnis waren Vertröstungen auf eine eventuelle weitere Einzelfallprüfung (ein Verfahren, was uns in Köln aus den langen Monaten des Kirchenasyls wohl bekannt ist).

Die spanische Presse ist täglich voll mit Berichten über alles, was mit Migration zu tun hat. Es ist durchaus möglich, auf ein und derselben Seite von *El País* eine rührselige Geschichte über die illegale Einreise von zwei armen Marokkanern zu lesen, daneben Hetzartikel gegen böse Schleuserbanden, darunter den Appell eines Unternehmerverbandes an die Regierung, mehr ausländische Arbeitskräfte ins Land zu lassen und wieder daneben das Foto eines Unternehmers, der sich freudestrahlend mit seinen neuen Arbeitern in deren Unterkunft zeigt, die er ihnen gegen Miete zur Verfügung stellt ...

4. Der spanische Staat befindet sich in einem Dilemma: um die Migration kontrollieren zu können, muß er neben der Abschiebung »überflüssiger« MigrantInnen einigen Gruppen irgendeinen Aufenthaltsstatus zuerkennen, womit sich für sie Möglichkeiten der Organisierung und der Bewegungsfreiheit ergeben.

In Spanien läuft seit etwa einem Jahr die politische Debatte um Einwanderung und Einwanderungspolitik auf Hochtouren. Bis Mitte der 70er Jahre war Spanien Auswanderungsland. Spätestens seit dem EG-Beitritt 1986 ist es zum Einwanderungsland geworden. Seit Anfang der 90er ist Andalusien bzw. die Meerenge von Gibraltar zu einer der Haupteinwanderungsrouten in die EU geworden. Inzwischen gibt es auch Routen über die Kanaren und über die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla.

Aktuell leben etwa eine Million Menschen ohne spanischen Pass in Spanien; das sind 2,5 Prozent der Bevölkerung, hinzu kommen mehrere Hunderttausend »sinpapeles«. Jedes Jahr ertrinken in der Meerenge von Gibraltar ungefähr 1500 Menschen, 15 000 werden direkt bei der Einreise

geschnappt. Die Zahl der erfolgreichen illegalen Einreisen über diese Route dürfte bei 30 000 liegen.

Die mehrere 100 km lange Küste ist nicht zu bewachen, der Zugang wird durch die Behörden je nach den Erfordernissen erleichtert oder erschwert: Kontingentregelungen, Razzien, Abschiebungen und Legalisierungen.

Der spanische Staat hat in den Jahren 1986, 1991, 1996 und 2000 zur Entspannung der Situation sogenannte Regularisierungskampagnen durchgeführt: die Voraussetzungen waren jeweils eine bestimmte Aufenthaltsdauer sowie der Nachweis von Arbeit. Formell gibt es eine Einzelfallprüfung, real handelt es sich um regionalspezifische politische Entscheidungen: in Almería war z.B. die Anerkennungsquote sehr niedrig, weil es die Befürchtung gab, dass Leute mit Papiere eher die Provinz verlassen würden ...

Diese Legalisierungen dienen auch immer zur Aufrechterhaltung des Status »illegal« für einen großen Teil der bereits Eingewanderten und ihre NachfolgerInnen; sie produzieren und sichern eine politisch wichtige Spaltung der Migranten. Als Ergebnis der letzten Legalisierungskampagne leben zum Beispiel mehrere 10 000 Menschen in Spanien mit der ständigen Gefahr ausgewiesen zu werden.

Das spanische Kapital hat vor allem in den Branchen Bau, Gastronomie, Gesundheitswesen und Landwirtschaft Interesse an einer Arbeitskraft, die ohne Kampferfahrungen und von Repression bedroht ist.

Besonders in der Landwirtschaft spielen die Unternehmer öffentlich mit dem Arbeitskräftebedarf: der Vertreter einer landwirtschaftlichen Kleinunternehmerorganisation (UPA – Unión de Productores Agrícolas) hat uns gegenüber die klassische Haltung des Kapitals auf den Punkt gebracht: als Unternehmer ist er an möglichst billiger Arbeitskraft interessiert, die immer dann verfügbar ist, wenn er sie braucht – ob diese Arbeitskräfte Papiere haben oder nicht, interessiert ihn erst in zweiter Linie; als Staatsbürger sieht er die »sozialen Folgeprobleme« und fordert von seiner Regierung eine Kontrolle der Einwanderung. ■

Antifa-Kongreß – wohin?

Vom 22. – 24. April fand in Göttingen ein Antifa-Kongreß statt, auf dem wir ein Flugblatt verteilt haben, dessen zentrale Thesen wir im folgenden nachdrucken (das komplette Flugblatt findet ihr auf www.wildcat-www.de, eine überarbeitete Fassung der Thesen zu Sozialstaat und Migration in diesem Zirkular). Nun ist es durchaus nicht ungewöhnlich, dass im Wildcat-Zirkular eine Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus zu lesen ist – ganz im Gegenteil: die Kritik des Antifaschismus ist seit der ersten Nummer des Zirkulars kein geringer inhaltlicher Bestandteil unserer Diskussion. Im Kern ging es dabei immer wieder um drei Stränge, die auch der rote Faden für das Flugblatt waren:

- der Antifaschismus als »Politisierungsfeld« für jüngere Leute, aber auch als »Politikfeld« für Ältere: immer wieder wird die Lust auf Veränderung, die Wut auf die Verhältnisse in das antifaschistische Politikverständnis kanalisiert.
- der Versuch, diese »Kritik der Politik« inhaltlich zu machen: historisch als Kritik von »Volksfrontkonzepten«, aktuell ist der Antifaschismus eine der letzten ideologischen Säulen der demokratischen Verschleierung der Ausbeutung.
- dagegen die Frage nach Praxis und Organisation als Prozeß sehen, an dem viel mehr Menschen beteiligt sein werden, als sich auf so einem Kongreß die Frage nach der Organisation stellen. Prozesse, die wir nur greifen können, wenn wir von einer aktuellen Untersuchung der Ausbeutung und den Kampf dagegen ausgehen.

Ungewöhnlicher als die Diskussion um antifaschistische Ideologie und Praxis ist aber doch die Teilnahme oder zumindest der »kritische Besuch« eines dreitägigen Kongresses. Die Ankündigung der Auflösung der AA/BO hat sicher eine Rolle gespielt, aber nicht in dem Sinne, schadenfroh dieser Auflösung beiwohnen zu wollen. Uns ging es darum mitzubekommen, wie diese Auflösung von den anwesenden Leuten diskutiert wird, ob es die Möglichkeit gibt, mit den oben kurz skizzierten inhaltlichen Punkten mit Leuten »in Kontakt zu kommen« (um das Motto der Veranstaltung mal aufzunehmen). Die Chance hierzu schien uns gegeben.

»Der Antifaschismus als linker Schutzwall der Demokratie« (aus dem Flugblatt) bringt für nicht wenige die Erfahrung mit der »Staatsantifa« auf den Punkt: die Auflösung der AA/BO, das Bedürfnis, dies als Ausgangspunkt einer neuen Diskussion um Antifaschismus oder Kapitalismuskritik zu nehmen, hat wenig bis nichts mit der Kritik am Antifaschismus zutun, sondern ist vor allem Ausdruck der Erfahrung, dass die eigene doch so radikale Politik in »Abgrenzungsprobleme« gegenüber der aktuellen Politik des Staats kommt.

Was ist nun aus der Auflösung der AA/BO, bzw. der Neubestimmung der Antifa geworden?

Was sagen die Initiatoren des Kongresses zu dieser Frage? Ein Blick in die Auswertungspapiere (auf www.antifakongress.de) läßt eine nüchterne bis enttäuschte Einschätzung durchblicken: die erhoffte »Initialzündung« aus der Auflösung der BO hat noch nicht zu einem organisatorischen Neuanfang geführt.

Erklärt oder begründet wird das mit den Schwierigkeiten, die es mit den beiden angebotenen Ansatzpunkten für solch eine Neubestimmung gegeben hat:

1. das Zusammenkommen mit der antirassistischen Bewegung
2. der Bezug auf die Antiglobalisierungsbewegung

Tatsächlich ist zu kritisieren, dass eine Neubestimmung der eigenen Politik über ein Zusammenkommen oder eine Addition von unterschiedlichen Politikfeldern zustande kommen soll: Inhalte sind dann nur funktional bestimmt, dienen dazu, die Breite für das nächste Organisationsprojekt auszuloten. Insofern trifft die im Flugblatt geführte Kritik. Vorstellungen von Politik und Kapitalismus, die immer wieder zu einer Aufteilung in »Politikfelder« führen, werden nicht wirklich hinterfragt, stattdessen kommt es zu ideologischen Gegenüberstellungen:

Das Zusammenkommen mit der antirassistischen Bewegung wird deshalb als schwierig erachtet, weil die Zusammenarbeit vieler antirassistischer Gruppen mit (halb)staatlichen Institutionen sich mit dem antifaschistischen Selbstverständnis einer »Nichtteilnahme am demokratischen System« nicht verträgt. Hier wird von der eigenen Praxis abstrahiert (Bündnispolitik) und den eigentlichen Fragen aus dem Weg gegangen.

Ähnlich wird der Bezug auf Antiglobalisierungsbewegung problematisiert, indem (zurecht) Tendenzen innerhalb dieser Bewegung kritisiert werden, den Kapitalismus nur reformieren zu wollen.

Anstelle solcher Gegenüberstellungen sollte es um eine Diskussion über die hinter diesen »Politikfeldern« liegenden Vorstellungen gehen: gemeinsam ist allen die Aufteilung der kapitalistischen Gesellschaft in »ideologische«, »soziale« und »ökonomische« Probleme. Und damit bin ich bei der Frage, was uns der Kongreß gebracht hat – dranbleiben! Wir müssen genauer rüberbringen können, was die Kritik dieser Trennungen theoretisch/praktisch bedeutet. Und wir müssen sie auch in der Form und in der Sprache verständlicher machen:

Es ist durchaus wahrgenommen worden, dass »wir« mit einem inhaltlichen Flugblatt präsent waren. Aber unsere Weigerung, bei dem organisatorischen Geklügel mitzumachen, und unser Anliegen, mit Leuten zusammenzukommen, die eine »neue Praxis« aus einer inhaltlichen Auseinandersetzung entwickeln wollen, ist nur halb verstanden worden:

»(...) Welche Rolle spielt die Ökonomie bei den kritisierten Prozessen? Warum ist der Staat und die offizielle Politik keine Instanz, an die appelliert werden sollte? Und wo neigt eine radikale Kritik zur Vereinfachung der Verhältnisse? Neben diesen bereits im Vorfeld des Kongresses angestrebten Überschneidungen gab es aber auch ein weitergehendes Interesse anderer linksradikaler Ansätze an den Wegen, die eine Antifa-Bewegung einzuschlagen gedenkt, wenn sie ihr angestammtes Themenfeld erweitern will. So äußerten sich beispielsweise die Ökoli und Wildcat zu den Vorhaben des Kongresses in eigenen Papieren, ohne allerdings an einer direkten Zusammenarbeit Interesse zu signalisieren.« (aus einem Papier des »Bündnis gegen Rechts / Leipzig« in der Klarofix 5/2001)

Keine einfache Aufgabe, aber zumindest sollten wir es hinbekommen, nicht in einem Atemzug mit der Ökoli genannt zu werden.

m., Freiburg

»The revolution will not be napsterized«

Vom Antiimperialismus zum Antifaschismus, Antirassismus und Antisexismus – und nun zum Antiglobalismus?

Warum wir da nicht mitgehen.

1) Wessen Geschäft ist Politik? (siehe Lesefrüchte ... im Anhang)
Leute wie Ebermann leben von der Politik. Letztlich müssen wir hier auch deshalb Eintritt für die politische Debatte bezahlen. Und dementsprechend sind die Inhalte... »politische Felder« zum Ausschauen wie in der bunten Warenwelt, Konkurrenz der Positionen wie auf dem Marktplatz, Politik als Geschäft – so wie Napster nicht Kommunismus bedeutet, sondern Bertelsmann gehört!

In diese Veranstaltung möchten wir uns nicht einreihen, wir treten aber auch nicht in Konkurrenz!

2) Kapitalismus als Totalität, die das ganze Leben bestimmt

Politik, die den Antagonismus nicht mitdenkt, bleibt systemimmanent.

Der Antagonismus (unlösbarer Widerspruch) dieser Gesellschaft ist bestimmt durch die Produktionsweise der Fabrik: das Versprechen grenzenlosen Reichtums gegen die alltägliche Schinderei und Ausbeutung. Es geht nicht darum, neben anderen Themenbereichen auch »über die Ökonomie« zu reden. Die im bürgerlichen Politikverständnis immer schon mitgemachte Trennung zwischen den Sphären der »Politik« und der »Ökonomie« hält das System am Leben, weil es die Möglichkeit der Einflußnahme und Veränderung auf den abgetrennten und damit zum Geschäft gewordenen Bereich der »Politik« eingrenzt. Revolutionäre Politik muß den antagonistischen Widerspruch zwischen der Verwertung menschlicher Arbeitskraft und Reichstumsproduktion, zwischen Destruktion und Produktion, zwischen Ausbeutung und dem Kampf dagegen, bei jeder politischen Praxis mitdenken. Revolutionäre Politik ist der Versuch, die

(eigenen) Kämpfe um Befreiung auf eine gesellschaftliche Ebene zu bringen.

3) Warum wir die Antifa kritisieren

Das Wesen des Antifaschismus besteht darin, dem Faschismus widerstehen zu wollen, indem er die Demokratie verteidigt. Die Demokratie ist die vollendete Form der Abtrennung der Politik von den Sachzwängen der kapitalistischen Ökonomie; sie ist der perfideste Schleier über der Gewalt der Ausbeutung – selbst über sie sollen wir noch »mitbestimmen« dürfen, ohne ihr uns entziehen zu können. Die Verteidigung der Demokratie ist das offene Eingeständnis, daß der Kapitalismus unzerstörbar und Kommunismus unmöglich ist. Demokratie ist die scheinbar freiwillige Unterwerfung unter den Leviathan der Staatsgewalt als unseren Zwangszusammenhang. Der Antifaschismus ist der linke Schutzwall der bürgerlichen Demokratie gegen radikale Kritik. In den 90er Jahren sind fast alle Jugendlichen, die aufbegehren und sich politisch zusammenschließen wollten, zur Antifa gegangen; dort wurde ihre Revolte auf diesen Hauptwiderspruch kanalisiert: erstmal die faschistische Gefahr bekämpfen!

4) Kritik des historischen Antifaschismus, Volksfront

»Antifaschismus steht in der Tradition der Volksfront« – das sagen jetzt auch die Veranstalter des Kongresses (im Kongreßpapier: »Die Antifa ist tot – es lebe die Antifa!«)

Volksfrontpolitik war eine besonders fiese Art von Hauptwiderspruchspolitik: wir müssen alles dem Überleben der Sowjetunion opfern: die Revolution, die Revolutionäre, die Arbeiterkämpfe.

Der »antifaschistische Kampf« konnte den Faschismus nicht verhindern.

5) Kritik des 90er Jahre Antifaschismus

Selbstverständlich müssen wir uns gegen Faschos wehren! So wie wir uns gegen alle wehren, die uns angreifen oder uns das Leben zur Hölle machen wollen. Aber deswegen muß man nicht Antifaschist sein. Für die AAB war Antifa immer Ideologie, organisatorischer Ansatz und »Politikform«; sie machen unentwegt »Politik«.

Man sucht »neue Politikfelder« und klappert mögliche Kandidaten ab: »Bietet ein neuer Internationalismus die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Positionierung der radikalen Linken ...?« Politikfelder, die modisch sind und ziehen, als Grundlage von Organisation. Die Auswahl ist beliebig: Antiimperialismus, Antifaschismus, Antiglobalismus ... die Frage ist nur, ob es für ein Organisationsprojekt als Mittel taugt. Organisation wird dabei zum Fetisch – daher kratzt inhaltliche Kritik auch nicht; denn Inhalte werden nur funktional bestimmt. Die Debatte wird nicht ernsthaft geführt, sondern soll nur die notwendige Breite für das nächste Organisationsprojekt ausloten und herbeiführen.

Was die Maoisten für die 68er waren, waren FeIS und AABO für die Autonomen der 80er: eine Rückentwicklung, die sich fortschrittlich wähnte!

6) Die »soziale Frage« zu thematisieren, reicht nicht aus!

Der Ausweg aus Einpunktbewegungen, die sich totgelaufen hatten, wird in der Regel in der »sozialen Frage« und/oder im »Antikapitalismus« gesucht. Dies ist ein Schritt nach vorne; wenn dabei stehen geblieben wird, ist es aber keine Lösung, sondern dann besteht die Gefahr, daß die antiimperialistische oder die antifaschistische Ideologie einfach durch eine neue ersetzt wird. »Antikapitalismus« als ein »Politikfeld« neben anderen führt zwangsläufig zu Verkürzungen, wie sie im real existierenden Antikapitalismus schon angelegt sind: als Antiglobalismus, der zu einer neuen Aufwertung der Nationalstaaten und ihrer wirtschaftlichen Regulierung treibt (siehe attac); als »soziale Frage«, die seit ihrer Entdeckung im Vormärz bedeutet hat, nach einer Abmilderung oder Verschleierung des antagonistischen Gegensatzes durch Sozialreform zu suchen (siehe Existenzgeld).

In den Kongreßpapieren überwiegt aber sogar die Tendenz, nach dem Kampf gegen die Faschos nun den Kampf gegen die Überwachungsgesellschaft zu thematisieren – und das reicht nun schon gar nicht aus, um einen politischen Schritt nach vorne zu machen! Im einen Fall kommen die Menschen nur als Verwaltungsobjekte vor, im zweiten als Überwachungsobjekte – als (mögliche) Subjekte kommen sie in keinem Fall vor!

7) Revolution (*alles übert den Haufen werfen*)

Auch die wenigen inhaltlichen Papiere, die sich auf www.antifakongress.de finden ließen, drehen sich hilflos um das Problem, daß sie einerseits nach einem Zusammenhang suchen, der ihnen die vielen Widersprüche begreiflich macht, aber andererseits vor etwas zurückschrecken, das sie Hauptwiderspruchstheorie nennen. Hinter diesem Problem stecken bürokratische Revolutionsvorstellungen: Revolution als Drehen an der zentralen Schraube, woraufhin sich alle anderen Schraubchen automatisch verstellen – und nicht als *Prozeß*, an dem die allermeisten Menschen beteiligt sind.

Klar geht es gegen den Kapitalismus; er ist eine spezifische Gesellschaftsform, in der sich die Menschen auf eine historisch besondere Art und Weise unterwerfen: unter ihre eigenen Produkte – nicht so sehr unter ihren Chef, der ist letztlich nur der Agent der allseitigen Unterwerfung unter die scheinbare Gewalt der Dinge. Diese Gewalt der Dinge resultiert aus der gesellschaftlichen Art zu produzieren, ohne daß diese Gesellschaftlichkeit bewußt würde, sie spielt sich hinter dem Rücken der Menschen ab, und erscheint deshalb als Zwang, als Gesetzmäßigkeit. Dieser Zwang bestimmt dein ganzes Leben, du kannst dich ihm nicht individuell entziehen, wir können dieses Verhältnis nur kollektiv aufheben – und das ist etwas, worauf wir Lust haben! Wir wollen das nicht, weil wir »gute Menschen« sind, sondern weil wir andere Menschen sein wollen, weil wir uns zu den anderen Menschen auf eine andere Weise verhalten wollen. *Das ist die Revolution: unsere Beziehungen zu anderen Menschen auf eine neue Art zu leben. Dabei werden wir dann auch die Eigentumsverhältnisse (und alle anderen Verhältnisse!) antasten – nicht umgekehrt! ■*

Anhang: Unser Geschäft ist die Politik

(Lese Früchte aus www.antifakongress.de)

»Muß nun angesichts veränderter politischer Rahmenbedingungen, angesichts der Aneignung des Antifaschismus-Begriffs durch die bürgerliche Mitte, bei der Wahrnehmung neuer möglicher politischer Felder alles

anders gemacht werden? Mitnichten! Die Politik der letzten Jahre war weder falsch noch erfolglos.«

Wenn man feststellen muß, daß »die Begriffe der eigenen Politik ... von der Staatsmacht aufgegriffen und für deren Politik verwendet« werden können, und daß dabei das einstige Lieblingsschlachtroß, die »Zivilgesellschaft« sogar die Hauptrolle spielt (»die Antifa ... wurde von der Rhetorik der verzivilgesellschafteten Öffentlichkeit überrannt«) – wäre es dann nicht etwa an der Zeit, gründlich, das heißt radikal, über die »eigene Politik« nachzudenken? »Mitnichten!« Die Lösung wird in einem Mix aus »symbolischer Politik«, trendigem Stil nahe am Zeitgeist und der eigenen »Positionierung« als »relevante Kraft« gesehen – dies alles durchaus in Kontinuität mit der Politik, die man bisher auch schon »weder falsch noch erfolglos« gemacht hat.

– »Will man aber eine gesellschaftlich wirksame Politik entwickeln, ist es vonnöten, symbolische Politik zu betreiben.«

– Im Forum *Wer hat hier Stil? pop-antifa, mainstream und linke Kultur* »steht die Frage an, wie der Bruch mit dem herrschenden Stil mit erfolgreicher Politik zu verbinden ist«

– Was ist »erfolgreiche Politik«?? Einen Hinweis finden wir im Hauptpapier *das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen*: »Organisierungsversuche wie die AA/BO haben es nicht geschafft, sich als relevante Kraft zu etablieren« – steht da echt: »etablieren«!

Im selben Papier stellen die AutorInnen nochmal kategorisch klar, daß sie mit ihrer bisherigen Politik weitermachen wollen (»Bündnisse mit bürgerlichen Gruppen« seien nicht »generell zu verwerfen«). Das ganze Papier stellt bürgerliche Politikvorstellungen in Reinkultur dar: relevant werden, mitreden, sich in dieser Gesellschaft positionieren, etablieren.

»Unser Geschäft ist eine Politik, die sich als Widerstand versteht«. »Der Grund, warum wir uns mit Überwachungsgesellschaft und Konformitätsdruck beschäftigen, liegt ... in der Beeinflussung unserer ›Geschäftsbedingungen‹ durch diese Entwicklungen.« [Forum *Widerstand ist zwecklos ...*] ■

Offener Brief an Herrn Ramonet

[von Etienne D., aus Combat Syndicaliste, Region Midi Pyrénées der CNT AIT, übersetzt aus dem Spanischen, aus: Ardi Beltza Nr. 6, Juni 2000; Ignacio Ramonet ist Chefredakteur von Le Monde Diplomatique und der »Vater« von ATTAC]

Eigentlich schreibe ich nie an Journalisten. Mit meinen 50 Jahren habe ich schon lange kapiert, daß ein Journalist in erster Linie ein (wenn auch Luxus)-Lohnabhängiger ist, der die Anordnungen eines Zeitungsbosses befolgt, der die Hälfte seines Gewinnes aus den Zuschüssen bezieht, die die Politiker (unsere Herren) bewilligen, und die andere Hälfte mittels Werbung aus dem Markt. Ein Journalist ist nichts anderes als ein bezahlter Gaukler, der den Auftrag hat, das Leben in Ereignisse zu verwandeln, die Empörung in Resignation, und die Wahrheit in Schweigen.

Nein, ich schreibe nie an Journalisten, und genausowenig an Richter oder Polizisten. Aber es fällt mir immer schwerer, das Spektakel von ATTAC (dieser virtuellen Linken) zu ertragen und die täglichen jämmerlichen Litaneien ihres Jüngers »Daniel Mermet-man-kann-nichts-machen« in France Inter, und vor allem die zahlreichen Beiträge seiner Kollegen von Le Monde Diplomatique und ATTAC in sämtlichen Veranstaltungen der Bürger und Gebildeten in den Provinzstädten, wo in geschwollenen Monologen debattiert wird über die Zukunft des Volkes oder der Menschheit, diesen elenden Sumpf, der zur Demokratie nicht fähig ist (die Arbeitslosigkeit, das Nord-Süd-Problem, der Rassismus, die Schlafstädte...).

Wir könnten euch ignorieren, euch eure Salons, Lesungen und Veranstaltungen abhalten lassen, unter euch, unter den Schicken, den Neureichen und Etablierten. Aber sie haben Erfolg in den Medien, wo das »Konzept« des Bürgers (dieses »Extremisten des Konsenses, der zu nichts Wesentlichem eine feste oder klare Meinung hat, und der entsprechend zu keiner Sache, an der er sich die Finger verbrennen könnte, Schlußfolgerungen zieht«) der politische und finanzielle Träger ist (übrigens: Wie geht's dem »Diplo«?). Und mithilfe dieses Erfolges kommen sie jetzt an, um ihren Quatsch auf der Straße zu verkaufen. Es gibt schon keine Demonstration mehr, wo nicht ein Flugblatt von ATTAC auftaucht oder ein Transparent, das den Bürger verherrlicht, und es gibt kein soziales Pro-

blem, zu dem man nicht im Fernsehen einen ihrer Jünger sehen könnte, der zwischen einem unbedeutenden Schriftsteller und einem »sauberen« Volkswirtschaftler seine Ziele erläutert. Sie werden als die schöne Linke präsentiert, die reine, die verantwortliche, die ehrliche, die in den Vorstädten von Afrika redet, die die Armut anprangert, die die politische und finanzielle Korruption geißelt...

Die neue Linke! Was für ein Trauerspiel, was für eine Lüge, was für ein Betrug, Herr Ramonet! Sicher haben Sie Talent dafür, die Leichen zu zählen, die Vermögen abzuwägen, die Profite zu berechnen, die Diktatoren aufzuzählen, und die Toten und Todgeweihten abzuschätzen. Sie und Ihre Jünger sind Meister in der Ökonomie des Leidens und des Elends. Ihre Abrechnungsbücher sind auf dem neuesten Stand. Das ist ihre erste Funktion. Das Chaos, die Schmerzen, die Ungerechtigkeiten, den Raub und die Plünderungen aufzuzählen. Angst verbreiten! Diese Botschaft soll überkommen: »Die Welt ist ein großes grausames und blutiges Chaos, und Westeuropa ist ein schmales Tal des Friedens, grün und zerbrechlich, das teilweise verwundet aber bis heute von den schlimmsten Plagen verschont geblieben ist, die von den ewigen Dämonen kommen, die die menschliche Natur erschüttern«.

Ihre zweite Funktion ist es, die Unordnung zu verhindern, die Revolte einzudämmen, die Truppen zu beschwichtigen. Oder noch schlimmer, die Polizei in den Konflikten zu sein. Mit dem lauten Geschrei »Bürger, an die Urnen« verteidigt ihr alles, was zur Ausplünderung und Entfremdung dieser Welt beiträgt.

Zuerstmal die Wahlen. Immer dasselbe Lied. Angesichts der Veruntreuung von Demokratie und öffentlichen Gütern durch die Politikerclans ruft ihr zu den Urnen und zur Bürgerkontrolle. Ihr träumt sogar von einer Bürgerkontrolle der WTO; die Ausgeraubten sollen mit den Räubern verhandeln, damit der Raub weniger grausam ausfällt. Ihr nehmt den Mund mit Demokratie voll und hört nicht auf, die Vorzüge von Wahlen, Gewählten und Vertretung anzupreisen. Wie jeder etablierte Bürger habt ihr Angst vor der Wut derjenigen, die nichts als Pech haben, die kaputtgehen, die mit ihrem Leben für eure Klassengesellschaft bezahlen.

Und dann die Ware, die Grundlage des kapitalistischen Systems. Bei eurer Tobin-Steuer, Herr Ramonet, muß ich an diese wohlthätigen Damen denken, die Sonntags nach der Messe ihren guten Armen das schlechte Brot hinschmeissen. Während der Woche arbeiten diese verdammten

Armen in der Fabrik ihres Ehemannes, des Bankiers. Die Tobin-Steuer ist genau das, und noch schlimmer. Denn auch wenn der Steuersatz bei den Börsengewinnen noch so niedrig ist, wird er sich immer auf den Bürger als Konsumenten... pardon, den Bürger der Waren auswirken. Sie reden mit Resignation von der Globalisierung, mit Resignation von den Profiten und der Ausbeutung. Aber sagen Sie mal, Herr Ramonet, mussten Sie so dick auftragen?

Wegen all dem schreibe ich Ihnen, Herr Ramonet. Um Ihnen laut und deutlich zu sagen, daß Sie und Ihre Jünger die besten Verbündeten des Kapitalismus sind. Die Ausbeutung anzuprangern, ist gut. Zu erklären, daß sie unumstößlich sei, heißt den Kapitalismus verteidigen. Zur Wahl aufzurufen bedeutet, sich aktiv am Erhalt dieses Systems zu beteiligen, seine Sicherheit und Fortdauer abzusichern. Sie sind kein Progressiver, noch nichtmal ein Protestler oder Reformist, Sie sind ein Diener des Kapitalismus, ein Gaukler... ein Journalist. Es lebe die soziale Revolution, Herr Ramonet, auf daß Sie immer unsere Toten zählen können! ■

Vorbemerkung zum Artikel »Demaskiert die weißen Überzieher« aus Umanità Nova

Wir haben den Text aus dem Englischen übersetzt, nicht vom italienischen Original. Er beschreibt ganz kurz die Geschichte der *Tute Bianche*. An einer Stelle sollte man vielleicht für die deutschen LeserInnen etwas weiter ausholen. Wenn im Artikel steht: »Als Folge dieses ›neuen‹ politischen Kurses fand seit 1998 innerhalb der antagonistischen Bewegung ein tiefer Bruch statt ...«, so ist es richtig, um diese Zäsur und die heutige zugespitzte Situation deutlich zu machen, wo sich Anarchos und *Tute Bianche* teilweise körperlich angreifen. Aber es könnte den falschen Eindruck erwecken, früher sei das in Italien anders gewesen. Dabei kommen gerade die *Tute Bianche* aus einer Tradition (ihre Führer zudem größtenteils auch aus einer Organisation), in der Gewalt gegen andere Linke schon immer benutzt wurde, um die eigene Position durchzusetzen (die Organisierte Autonomie/Padua hat in den 70ern und 80ern Leute aus Demos geprügelt, Kongresse anderer linker Gruppen überfallen und Leute krankenhaushausreif geschlagen).

Mit dem Zerfall der radikalen Linken sind in Italien im großen und ganzen drei Strömungen »entstanden«: die (im Artikel erwähnten) Squatters (hauptsächlich in Turin), die nur ihr Haus (sie nennen das »besetzte Orte«) sehen und einen antikommunistischen, organisationsfeindlichen Individual-Anarchismus vertreten. Andere anarchistische Gruppierungen (zu denen auch der Autor des Artikels gehört) sammeln sich um Alternativgewerkschaften. Und die dritte Strömung entstand aus einem Zusammenfließen der zu Unternehmen gewordenen Centri Sociali mit den Post-Autonomem aus Padua und dem Veneto (von denen im Anhang viele zitiert werden). Zur Klarstellung: nicht alle Centri Sociali haben dabei mitgemacht! Es gibt viele, die sich gegen die *Tute Bianche* auch öffentlich ausgesprochen haben. Und zur Erklärung: es gibt seit Jahren eine Debatte in Italien über die Centri Sociali als Unternehmen; damit ist gemeint, dass sie bestimmte Bereiche regelrecht monopolisieren (bestimmte Konzerte, Handel mit weichen Drogen; inzwischen auch eine bestimmte Gastronomie); der italienische Staat hat sie ebenfalls seit Jahren als gesundheitspolitische Vorposten benutzt und einige Centri dafür bezahlt, dass sie sanitäre Versorgung für Illegale, Obdachlose usw. deutlich unterhalb der üblichen Levels sicherstellen.

Die Post-Autonomem haben seit ihrer Wende auf den Listen von *DS*, *Rifondazione* und den Grünen kandidiert, sind darüber zu teilweise einflussreichen Kommunalpolitikern geworden und schlagen auf alle ein, die von Arbeiterklasse sprechen.

Mir ist diese Vorbemerkung wichtig, weil ich eine Kontinuität sehe zwischen dem »Politikmachen« der Organisierten Autonomie und dem, was sie heute tun. Außerdem beziehen sich Arranca! und die AAB explizit darauf, dass sie »aus Italien« bestimmte Politikformen einführen möchten, und damit meinen sie genau die mediale Effizienz von *Ya Basta!* und den *Tute Bianche*. Zu diesem »Politikmachen« gehörte bei der Organisierten Autonomie in Italien auch schon immer eine gehörige Indifferenz den Inhalten gegenüber: wenn alle von Klassenkampf sprachen, dann tat man das auch, wenn alle von Ökologie sprachen, dann organisierte man Umwelt-Camps usw. – und das funktionale Verhältnis den Mitteln gegenüber, mit denen man Leute rekrutiert (Rock-Konzerte in den 70ern, Videos in den 80ern ... heute »Pop-Antifa«?? [siehe Bericht zum Göttinger Antifa-Kongreß]).

J.

Demaskiert die WEISSEN ÜBERZIEHER

Die Geburt der sogenannten »Bewegung in weißen Overalls« geht zurück auf das Jahr 1998. Damals beschlossen die Centri Sociali, die sich auf die »Carta von Mailand« beziehen, sich – auch in ihrem Image – vom Rest der antagonistischen Bewegung abzuspalten, der die politischen Positionen, die in jenem Dokument zum Ausdruck gebracht werden, nicht übernahm. Die »Carta von Mailand« geht zurück auf eine Versammlung in jener Stadt am 19. September 1998 im Centro Sociale Leoncavallo. In der Carta scheinen verschiedene Linien zusammenzutreffen, die es innerhalb der Centri Sociali wie dem Leoncavallo, dem »Verschmelzen« der Centri Sociali im Nordosten Italiens (Padua, Mestre, der Veneto usw.) und einiger in Rom (Corto Circuito, Forte Prenestino) gab. Später kamen auch Centri in Ligurien und Marche hinzu.

Diese Linien waren nicht gänzlich homogen, aber sie hatten sich in der vorangegangenen Periode um jene Aktivisten herum entwickelt, die eine Neudefinition und eine neue politische Rolle suchten. Die Praxis wurde in Verbindung mit der institutionellen »Linken« durchgeführt, sowie auch mit Vereinen, besonders den katholischen. Gleichzeitig waren Verhandlungen geführt worden mit Bürgermeistern – auch den rechten –, um politische Anerkennung zu erreichen, und besetzte Centri waren legalisiert worden mit der Begründung, sie böten öffentliche Dienstleistungen und Unterhaltung an, organisiert durch soziale Kooperativen mit Verbindungen zum »Non-Profit«-Sektor.

In Mestre (Venetien) endeten die Verhandlungen damit, dass der Stadtrat das besetzte Centro »Rivolta« – eine ehemalige Fabrik – von öffentlichen Geldern für etwa 1 Mio US\$ kaufte, mit Unterstützung des Benetton-Konzerns und darauffolgender Legalisierung.

Diese politische »Wende« – für die es Applaus sowohl von der linken Presse als auch vom Fernsehen gab – wurde dann als Konsequenz einer theoretischen Revision präsentiert, bei der davon ausgegangen wurde, dass die Periode des Klassenkampfes und der kommunistischen Subversion zuende sei, und eine nicht genau definierte »zivile Gesellschaft« als neuer Gesprächspartner anerkannt wurde. Als neues strategisches Ziel wurde eine »konfliktive Reform der Wohlfahrt« [des Sozialstaats, sie haben die

Gewohnheit, immer nur »welfare« zu sagen ohne »Staat«, als könne man so den Staat weg-denken; Anm. d.Ü.] ausgegeben, durchzusetzen mittels der Forderung nach universellen Rechten, in erster Linie nach einem »Bürgergeld«.

Bei ihrer Praxis, der diese Sichtweisen zugrunde lagen, entdeckten die Centri Sociali der Mailänder Carta einen merkwürdigen Föderalismus. Kommunalismus und Selbstregierung nicht als radikale Alternativen für die Selbstorganisation, sondern eher als ein »neues« Modell demokratischer Teilnahme und politischer Vertretung innerhalb von Institutionen wie etwa den örtlichen Verwaltungen. Das ging soweit, dass das Leoncavallo zur Bürgermeisterwahl in Mailand einen Christdemokraten unterstützte.

Während man sich hinter dem Banner des Neo-Zapatismus versteckte, bestand der nächste Schritt darin, dass Mitglieder dieses Bereichs auf den Listen der Grünen Partei oder der *Rifondazione Comunista* an Gemeinderatswahlen teilnahmen, ohne gegenüber den Mitte-Links-Regierungen auch nur etwas Opposition auszudrücken. Luca Casarini, ein Sprecher (in Wirklichkeit: Führer) der Weißen Überzieher wurde zum Berater von Livia Turco ernannt, der Sozialministerin, die für das Gesetz verantwortlich zeichnet, das Konzentrations-»Lager« vorsieht für Einwanderer ohne Papiere oder Aufenthaltserlaubnis, die auf die Abschiebung warten.

Als Folge dieses »neuen« politischen Kurses fand seit 1998 innerhalb der antagonistischen Bewegung ein tiefer Bruch statt, bei dem auf der einen Seite die Weißen Überzieher sich mehr und mehr am institutionellen und sozialdemokratischen Umfeld beteiligen. Auf der anderen Seite Centri Sociali, besetzte Häuser und Erfahrungen sozialer und syndikalistischer Selbstorganisation, die ihren Bezugspunkt in der »Autonomie der Klasse« oder den verschiedensten Ausdrücken des Anarchismus sehen, die von Besetzern bis zur Anarchistischen Föderation (FAI) reichen.

Was die Verwerfungen noch verschlimmerte, war während Demonstrationen die Frage des sogenannten »zivilen Ungehorsams«. Bei mehr als einer Gelegenheit wurde deutlich, dass Zusammenstöße zwischen den Weißen Überziehern und der Polizei vorher abgesprochen worden waren, wie es am 1. Februar 2000 in der Tageszeitung *Il Manifesto* öffentlich gemacht wurde, in einem Artikel von Livio Quagliata mit dem Titel »Stadtguerilla? Aber bitte...« Des weiteren waren die Weißen Überzieher bei mehreren Gelegenheiten und an verschiedenen Orten (Bologna, Avia-

no, Treviso, Triest, Venedig, Rovigo...) verantwortlich für körperliche Angriffe, Drohungen und Denunziantentum gegen Autonome, Anarchisten, revolutionäre Kommunisten und andere Teile der Bewegung für Selbstorganisation, da diese die politische Hegemonie zurückweisen, die die Weißen Überzieher mit Hilfe der Medien gerne der gesamten Oppositionsbewegung aufzwingen würden.

Sandra K.

Erklärungen und Interviews

»Sorry Genossen, aber wir halten eure prinzipielle Unnachgiebigkeit und Verweigerung jeglicher Vermittlung gegenüber den Institutionen eher für anarchistisches Denken und populistischen Maximalismus, wie es die frühere linke Organisation *Lotta Continua* vertrat, als dass es unserer politischen Formation von Aktivisten entsprechen würde. Das muss nicht falsch sein, wir müssen das nur klären. Erlaubt uns nur die Bemerkung, dass die neo-anarchistischen Propagandisten der direkten Aktion und die fundamentalistischen und orthodoxen Neo-Kommunisten denselben Extremismus in pseudo-revolutionärer Sprache miteinander gemein haben.« (Aus der Erklärung »Camminiamo interrogandoci [Spruch der Zapatisten: im Gehen fragen wir uns]« von *Radio Sherwood* in Padua, einer Antwort auf das *Movimento Antagonista Toscano* vom Oktober 1996 [*Radio Sherwood* ist das Organ der Paduaner Post-Autonomen])

»Der Staat ist nicht mehr der Feind, den es zu stürzen gilt, sondern der Gesprächspartner, mit dem wir diskutieren müssen. Und die Wohlfahrt ist der einzige Schutz gegen den entfesselten Markt.« (Interview mit Luca Casarini, Beilage zur Tageszeitung *Il Gazzettino* 23.4.1998)

»Die Turiner Squatters stehen uns sehr fern, wir diskutieren mit den Institutionen und arbeiten an Projekten und Initiativen. Sie besetzen die Häuser einfach nur, um dort zu leben und sich vom Rest der Gesellschaft zu isolieren. Gestern rief mich Valentino Castellani [der Bürgermeister von Turin] an und bat mich um Hilfe. Wir haben ein Treffen verabredet.« (Interview mit Luca Casarini, April 1998)

»Im Nordosten des Landes haben wir in den Centri Sociali neue Kader produziert, ernsthafte Leute wie Luca Casarini. Sie sind unsere Leute, oder etwa nicht? Jetzt orientieren sich einige Centri Sociali darauf, als selbständige Unternehmen zu operieren. Sie haben mit Cacciari (dem damaligen Bürgermeister von Venedig) einen intelligenten Gesprächspartner, sie denken wie eine demokratische Lobby.« (Interview mit Fausto Bertinotti, Sekretär der Partei *Rifondazione Comunista*, in *Il Manifesto* vom 16. Juli 1998)

»Der Tag, an dem sie uns nicht mehr »Autonome« nennen, wird ein Festtag. (...) Wir haben die Ideologie hinter uns gelassen.« (Interview mit Max Gallob, Sprecher des Centro Sociale Pedro in Padua in der Tageszeitung *Il Gazzettino* vom 15.3.2000)

»In Davos haben wir, gemeinsam mit Josef Bové, dem Führer der französischen Bauern, das Megafon genommen und dazu aufgerufen, diejenigen zu isolieren, die Schaufenster einwarfen. Wir hatten Erfolg damit, denn wir hatten die Unterstützung der jungen Leute aus den Centri Sociali von Mestre. (...) Ich traf mich mit den Jungs aus den Centri Sociali von Mestre und Padua, die Manconi (ehemaliger Sekretär der Grünen Partei) mitgebracht hatte. Ich sprach mit ihnen und machte ihnen klar, dass sie bei der ersten gewaltsamen Aktion weggejagt würden. Danach hörte ich mir ihre Argumente an. Und tatsächlich standen sie in Davos auf unserer Seite, sie haben keine Mollies geworfen.« (Interview mit Grazia Francescato, Parlamentsabgeordnete und Führerin der Grünen Partei in der Tageszeitung *Corriere della Sera* vom 25.5.2000)

»Im Antiquitätenladen finden wir die Reste revolutionärer Traditionen, die im Verlauf des Zwanzigsten Jahrhunderts an uns vorbeizogen: die kommunistische, die anarchistische, die operaistische und andere. Sehen wir sie uns an, ohne Illusionen darüber, was sie sind: Fragmente einer vergangenen Zeit, die mit all ihrer Pracht und ihrem Elend, ihren Siegen und Niederlagen nie mehr wiederkehren kann, nie mehr wiederhergestellt werden kann.« (Aus einer Erklärung der Redaktion von *Radio Sherwood*, Frühling 2000)

Zapa-Chaos: hinter den Kulissen

*Bericht über den Marsch nach Mexiko-City,
der im Maiheft von Klarofix aus Leipzig war.*

»Bus H, ehemals Bus 10, übernimmt Bus 7, ehemals Bus 2, um die Sicherheit der Comandancia zu gewährleisten.«

Bus 7, ehemals Bus 2, ist überrascht. Später verärgert. Keiner von uns wurde gefragt. Da wir keinen Grund sehen, unseren Bus aufzugeben und uns in andere Busse zu verteilen, werden wir als unflexibel beschimpft und gefragt, ob wir etwa in unseren Fahrer verliebt seien. Für uns allerdings stellt sich eine ganz andere Frage: Wie organisiert sich diese Karawane und was tun wir eigentlich hier?

In zwei Wochen durch 12 mexikanische Bundesstaaten bis zur triumphalen Ankunft in Mexiko Stadt. Das Unglaubliche ist wahr geworden: 23 Comandantes der Generalkommandantur der EZLN und Subcomandante Insur-

gente Marcos haben den Lakandonischen Urwald verlassen und machen sich auf den Weg in die mexikanische Hauptstadt. Anders als vor Jahren Emiliano Zapata und Pancho Villa, deren Spuren die Karawane zeitweise folgt: ohne Gewehre, stattdessen mit Worten bewaffnet. Insgesamt 37 Tage dauert die Reise über mehrere tausend Kilometer.

Überall, wo die Karawane halt macht, wird sie von Menschenmassen willkommen geheißen. Ihre Gegner dagegen wagen sich kaum heraus: trotz mehrerer Morddrohungen gegen Marcos und die Comandantes hören wir nur vereinzelt böse Stimmen am Straßenrand. Viele davon richten sich gegen uns Ausländer. »Pinches gringos, vayanse a su país.« Für die Mexikaner sind alle Ausländer Gringos, Amis. Nicht alle sind gegen uns, viele sind einfach nur überrascht, uns statt den erwarteten Indígenas zu sehen. Ebenso erging es uns selbst, als die Karawane am 24. Februar in San Cristóbal begann. Erst später stellten wir fest, dass wir einem Irrtum unterlegen waren: es handelt sich nicht um eine Karawane der Indígenas, sondern der Comandancia in Begleitung der sogenannten Zivilgesellschaft für die Anerkennung der Rechte und Kultur der Indígena-Völker.

Diese Zivilgesellschaft ist ein komplettes Chaos und noch weit davon entfernt, das zu sein, was sie zu sein vorgibt. Die Zapatistas schlagen eine neue Politik vor, die des »gehorchend befehlen«. Die sich angeblich unter diesem Motto mobilisierende Zivilgesellschaft scheint allerdings eher ein Sammelbecken für gescheiterte Funktionäre traditioneller linker autoritärer Gruppen zu sein. So werden die Versuche vieler, sich tatsächlich in einer neuen Art und Weise zu organisieren, schnell zunichte gemacht.

Zum Beispiel Bus 7, ehemals Bus 2. Als wir in San Cristóbal aufbrachen, war es sehr still in unserem Bus. Verschiedenste Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Ideologien zusammengewürfelt, Menschen, die sonst nicht unbedingt viel miteinander zu tun haben. Da waren Indígenas, Mitglieder der zivilen Organisation Frente Zapatista (Zapatistische Front), Studenten, Punks, Christen, Junge und Alte aus ganz Mexiko und anderen Ländern, bis hin zu einigen Basken mit ihrer Fahne. Ein Mexikaner mittleren Alters stellte sich uns als Koordinator vor. Nach und nach begannen wir, uns ein wenig kennen zu lernen und zu organisieren. Während der langen Busstrecken von einer Kundgebung zur anderen hielten wir Plena ab: was wollen wir in dieser Karawane, wie können wir einerseits die Indígenas, andererseits die Ausländer im Bus vor Angriffen schützen, wie können wir unseren armen

Busfahrer entlasten, der täglich Hunderte von Kilometern zurücklegen musste und nachts nur wenige Stunden Schlaf zur Verfügung hatte, wenn überhaupt.

Karawanenübergreifend gab es eine Versammlung der Koordinatoren, von denen die meisten bei weitem nicht so fähig waren wie der unsere. Tatsächlich erfuhren wir von anderen Bussen, dass die Koordinatoren dort eher diktatorisch agierten und teilweise gar nicht mit den Karawanisten kommunizierten. Die Versammlungen der Koordinatoren wurden oft nach dem Motto abgehalten: Recht hat, wer am lautesten schreit. In den Bussen getroffene Entscheidungen wurden meist ignoriert. Wir fanden uns in demselben System wieder, gegen das wir kämpften: wir waren machtlos. Und sprachlos, denn es traf uns dort, wo wir es am wenigsten erwartet hatten.

Und nicht nur in den Versammlungen der Koordinatoren glänzten die Herrschsüchtigen: ebenso beeindruckend war der Kampf um die Nähe zur Comandancia und im speziellen zu Sub Marcos. Eindeutige Sieger: die autoritärsten und lautesten von allen, *Tute Bianche*, eine Horde von kommunistisch gesinnten Italienern in weißen Uniformen. Sie fuhrten zwar in der Karawane mit, sahen sich aber nicht als Teil derer an. Niemals mischten sie sich mit anderen, und etliche Nicht-Italiener, die anfangs mit ihnen reisten, verließen nach und nach die Gruppe, weil dort nur Italiener was zu sagen hatten.

Ausschlaggebend für ihren Erfolg war ein Zwischenfall in Querétaro, einem Bundesstaat, dessen Gouverneur die Zapatistas als Vaterlandsverräter bezeichnet hatte und ihre Erschießung forderte. Kurz vor Ankunft in Querétaro versagten einem Bus die Bremsen, und ein Motorrad-Polizist, der die Karawane begleitete, wurde getötet. Spontan formten wir Insassen der ersten Busse Menschenketten zur Sicherheit der Comandancia. Etwa eine halbe Stunde später kamen die Italiener und reihten sich ein. Noch ein wenig später brachte jemand ihre Uniformen, so dass man sie auch schön sehen konnte, denn offenbar ging es ihnen mehr darum, als um die Sicherheit der Comandantes. Mit Erfolg: Marcos bemerkte die weißen Anzüge und ernannte die Italiener zur »vorläufigen persönlichen Sicherheit« der EZLN-Delegation. Der Anfang vom Ende. Damit waren sie endlich die Elite, die sie sein wollten. Sie gaben Befehle, wo sie nur konnten, und um die Sicherheit der Comandantes zu gewährleisten, gingen sie nicht gerade glimpflich mit ihren Mitmenschen um. Oft zerstörten sie

damit Sicherheitsstrukturen vor Ort, wo sich die Bevölkerung wochenlang auf die Kundgebungen vorbereitet hatte. Schließlich gaben sie mit ihrer Rücksichts- und Respektlosigkeit der Presse den lang gesuchten Anlass, einen Angriffspunkt der sonst allgemein als legitim anerkannten Karawane zu finden. Wir anderen, die Zivilgesellschaft, sahen uns plötzlich mit einer Art Polizei in den eigenen Reihen konfrontiert.

Oft erreichten wir den Punkt, wo wir uns fragten: Was tun wir hier eigentlich? Viele von uns hatten in Chiapas als internationale Beobachter agiert oder in Projekten mitgearbeitet, die den indigenen Gemeinden zu fließendem Wasser oder anderen Erleichterungen ihres Lebens verhelfen. Als die Comandancia die Karawane nach Mexiko Stadt ankündigte, war es für uns keine Frage, dass wir diese aktiv unterstützen würden. Ob unsere Anwesenheit in dieser Form allerdings viel Sinn machte, wage ich zu bezweifeln.

Nur zu oft blieben wir bloße Zuschauer und Konsumenten des Spektakles. Noch härter traf es uns in Mexiko Stadt, wo sich die Comandantes in einer Schule einrichteten und die dortigen Studenten stolz alle Aufgaben an sich rissen und die Karawane regelrecht ausgesperrt blieb. Das war ihr Ende, viele kehrten nach Chiapas oder in ihre Heimat zurück, andere blieben als Zuschauer.

Dennoch bereue ich nicht, an dieser Karawane teilgenommen zu haben. Trotz schlafloser Nächte und auch ohne die offizielle Anerkennung von Marcos und der Comandancia konnten wir zumindest teilweise zu ihrem vorläufigen Erfolg beitragen. Jenseits von den Machtspielen einiger haben sich neue Kontakte geknüpft, die den weltweiten Widerstand gegen die Globalisierung festigen und vorantreiben werden.

Neta

No Logo!

Buchbesprechung

Ja, ich habe es gelesen: »No Logo!« Von Naomi Klein. Ich weiß nicht, wann ich mich zum letzten mal so über ein Buch geärgert habe. Und das, obwohl ich zwischen den Seiten des aktuellen Standardwerkes zur Frage

der Globalisierung der Marken und des Widerstandes dagegen noch »Blow Job« von Stewart Home gelesen habe, einen wüsten Trash-Roman um bisexuelle Anarchisten, dümmliche Trotzkiten, schwule und nichtschwule Nazis, üble männermordende Feministinnen und den revolutionären Strassenkampf des Lumpenproletariats, was auch nicht gerade ein erfreuliches Ereignis war.

Nicht, dass ich mich ärgern würde, es überhaupt gelesen zu haben. Manchmal ist es ja auch gut, etwas zu lesen, über das man sich dann ärgert. Da hat diese Frau, die inzwischen auch schon 30 Jahre alt ist, also mehrere Jahre recherchiert und hat dabei wahrscheinlich doppelt so viele interessante Leute getroffen, wie ich persönlich kenne [-:]): Adbuster in San Francisco und New York, englische »Reclaim the streets«-Militante, holländische Hacker, philippinische Revolutionäre, indonesische Arbeiterinnen der Exportproduktionszonen (EPZ). Und dann das.

Nein - das Buch hat auch seine guten Seiten. Aber der Reihe nach.

Wie sich inzwischen halbwegs rumgesprachen haben dürfte, geht es in dem Buch, das samt Endnoten und statistischem Material immerhin über 500 Seiten umfasst, um die Globalisierung, wie sie die großen Markenkonzerne, also Nike, McDonalds, Shell, Adidas, Tommy Hilfiger, etc., betreiben. Es geht auch um den Widerstand dagegen und um die Frage, wie dieser am besten zu organisieren sei. Das alles ist nicht verkehrt. Das Meiste ist allerdings auch nicht wirklich neu. Wer in Naomi Kleins Buch zum ersten mal auf den Umstand stößt, dass seine Nikes in Indonesien oder in China in Sweatshops von minderjährigen Mädchen unter unmenschlichen Bedingungen gelehmt und genäht werden, hat sich zumindest bisher nicht wirklich für das Thema interessiert. Aber ich würde sagen, dass es gerade diese Ebene der Fakten ist, die das Lesen des Buches überhaupt erträglich macht. Naomi Klein hat massenweise Interviews geführt und Material gesammelt. Einerseits wirkt ihr Buch deshalb etwas überladen, wenn etwa zehn Leute nacheinander zu Wort kommen, die alle in der einen oder anderen Form dasselbe sagen. Andererseits findet sich in der Fülle der Geschichten über die großen Marken und ihre Politik, über die Organisation der Arbeiterinnen in den EPZ, über »Reclaim the streets« oder kreativen Umgang mit ungewollter Werbung sicher für die meisten Leute auch irgendetwas Neues. Nichts, das mich jetzt überrascht

hätte oder gar mein Weltbild umgeworfen hätte, aber was habe ich erwartet?

Am Ende hatte ich das Gefühl, die These, die das ganze Buch getragen hatte, nämlich die aktuelle Welt sei das Produkt von einigen wenigen Markenkonzernen und Regierungen, die in der Regel ihre Handlanger sind, wäre soeben zurückgenommen worden. Das gehört auch zur Technik des Buches, wie es ja inzwischen zur Technik jedes gekonnten Diskurses gehört: die eigene Position durch Gegenargumente gleich wieder so relativieren, dass sie nicht mehr zu kritisieren ist. Nachdem seitenlang über die Kreativität des Adbusting (Benutzen oder Verfremden von kommerzieller Werbung oder deren Elemente, um eigene, kritische, Inhalte zu vermitteln) sinniert wurde, wird dieser speziellen Form des »Widerstandes gegen die Marken« am Ende bescheinigt, selbst schon wieder von der Marketing-Maschine aufgesaugt worden zu sein. Dabei geht es gar nicht darum, ob die einzelnen Aktivisten Frieden mit den Werbeagenturen schließen und sich ihnen letzten Endes verkaufen, sondern allein, dass die Industrie Wege gefunden hat, genau mit dieser Art Anti-Werbung auf sich aufmerksam zu machen.

Dennoch zieht sich eine These durch das Buch: Am Anfang war die Krise der Marken. Was heißen soll, die derzeitigen aufgeblähten Supermarken, die sich über Megastores, Konzerttourneen, Lifestyle-Definitionen, etc. verkaufen, sind das Resultat einer Krise der Marken Anfang der 90er Jahre. Damals hatten einige Unternehmen die Flucht nach vorn angetreten und ihre Werbeetats vervielfacht, was die Voraussetzung für die Generierung einer Super-Marke war. Es wäre darum gegangen, sich von der profanen Welt der Produktion von Dingen zu lösen und nur noch die Marke zu verkaufen. Was dabei quasi notwendig und nebenbei passierte, war das Outsourcing und die Verlagerung der Produktion in Billiglohnregionen vor allem in Asien und Lateinamerika. Die Unternehmen flüchteten aus ihrer *»unternehmerischen Verantwortung für die Arbeitskräfte im Norden«* weil die Riesenwerbeetats es ihnen schlicht unmöglich machten, weiterhin Sozialleistungen oder US-amerikanische Stundenlöhne zu zahlen. Neben der naiven Idee von der *»unternehmerischen Verantwortung«*, *»demokratischer Legitimation«* und ähnlichem (links-)bürgerlichen Unsinn mehr, der uns zwischen den Deckeln des Buches anspringt, ist es vor allem die völlige Zentrierung auf den Markt und die Marken, die das Buch prägen. Selbst die wichtigsten Strömungen des Widerstandes, für den sich

Naomi so herzerwärmend begeistert, beziehen sich auf diese Oberfläche: die Marken, oder den Kampf dagegen. Allerdings kann man auch in Amerika mittlerweile natürlich kein Buch mehr zum Thema Marken veröffentlichen, ohne auf Kinderarbeit und Sweatshop-Produktion hinzuweisen. Aber der Standpunkt der nordamerikanischen Konsumentin, die natürlich zuerst die Megastores wahrnimmt, macht die Verhältnisse in den Exportproduktionszonen der dritten Welt zur Folge einer falschen Markenpolitik, statt in ihnen grundsätzlich kapitalistische Verhältnisse zu erblicken.

Statt dessen bescheinigt sie der Idee EPZ, eigentlich eine gute zu sein, denn: *»Im Prinzip könnten die Zonen ein genialer Mechanismus zur Umverteilung des globalen Vermögens sein. Natürlich kosten sie den Norden Arbeitsplätze, aber kaum ein fairer Beobachter würde bestreiten, dass es nur gerecht wäre, wenn die Arbeitsplätze, denen wir in den industrialisierten Ländern unseren Wohlstand verdanken, mit armen Ländern geteilt werden, sobald die Entstehung einer technisch weiter entwickelten Volkswirtschaft bei uns neue Arbeitsplätze schafft.«*. Schade nur eben, dass das alles nicht so funktioniert, wie es sich die UNO 1964 angeblich dachte, als der Wirtschafts- und Sozialrat der UN eine Resolution verabschiedete, die sich für EPZ als Mittel zur Förderung des Handels mit Entwicklungsländern aussprach. Nicht eine Sekunde schimmert ihr der Gedanke, dass die EPZ genau so funktionieren, wie sie sollen: dass sich nämlich in ihnen Leute die Seele aus dem Leib arbeiten, während die Konzerne sich daran dumm und dämlich verdienen. Dass dieses überhaupt der ganze Sinn der Veranstaltung »Fabrik« sein könne, fällt ihr nicht ein, denn *»im Norden«* verdanken *»wir«* doch *»unseren«* Wohlstand den Arbeitsplätzen in den Fabriken, die ja nun aber leider alle der verfehlten Markenpolitik von Nike & Co zum Opfer gefallen sind. An solchen Stellen möchte man das Geld für das Buch zurückverlangen.

Zu den interessanteren Teilen des Buches gehört Naomi Kleins Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte als linke, studentische Identitätspolitikerin. Hier spricht sie recht offen und angenehm unverkrampft über die pseudoradikalen *»Political-Correctness-Kriege«* der späten 80er und der frühen 90er Jahre. Gerade während der Diskussionen über die Frage, warum denn das Komitee für rassische Gleichberechtigung gleichzeitig mit dem Lesben- und Schwulenausschuss tagen musste, fand die große McDonaldisierung der Universitäten statt, und die Pharmakonzerne fingen an,

Professoren zu »sponsern«. Nun ist es schade für Naomi Klein, dass sie ihre Studienzeit auf diese Art verschwendet hat, allerdings habe ich den Eindruck, sie hat seitdem nicht viel an Radikalität gewonnen. Nachdem ihr zunächst die Augen überquollen, als die verhassten Marken angingen, in ihrer Vermarktung alle Symbole des alten, rassistischen, patriarchalen, homophoben Denkens hinter sich zu lassen, sich progressiv gaben und mit der scheinbaren Radikalität der Identitätspolitik provozierten, gehen ihr heute die Augen über, wenn sie sieht, wie all diese ehemals zerstückelten Bewegungen um die Ausbeutung der Natur, der Dritten Welt, der Tiere, der Frauen, der Schwarzen in einem Thema zusammen kommen: gegen die Macht der Konzerne. Dabei hat sich die »freischaffende Chefredakteurin« ein Faible für »Studenten« erhalten, die fast überall an der vordersten Front zu finden sind: ob beim Adbusting, bei »Reclaim the streets«, bei der Organisierung der aktuellen Anti-...-Kampagne oder sogar an den Universitäten: überall sind sie zu finden, diese flinken, immer vernetzten und stets auf dem neuesten Stand stehenden jungen Menschen, die es schaffen, die gewollte Präsenz der Konzerne an den Unis gegen sie zu wenden. Man spürt auch den Schauer, der durch Naomis Fingerspitzen geht, wenn sie von »langhaarigen Anarchisten« schreibt, die an irgendwelchen Treffen oder Gerichtsverhandlungen gegen McDonalds teilnehmen. Es gibt ihr das Gefühl, sich mitten im Zentrum einer globalen Bewegung zu befinden, und das ist ja auch gar nicht so falsch. Allerdings, und das zeigt Naomi Kleins Buch überdeutlich, ist diese globale Bewegung zumindest gespalten. Für Naomi und ihre Freunde geht es darum, den Konzernen die Kontrolle zu entreißen, »demokratisch gewählte Regierungen«, die UNO und ihre Menschenrechtsorganisationen zu stärken. Zur Frage, wie etwa die unmenschlichen Bedingungen in den EPZ verbessert werden könnten, fabuliert sie ewig über »Verhaltenskodizes«, wie sie inzwischen von zahlreichen Konzernen, Universitäten, Regierungen etc. aufgestellt wurden, und wie diese zu kontrollieren seien. Den Einwand einer philippinischen Arbeiterin, »Der beste Weg, diese Probleme zu lösen, liegt bei den Arbeitern selbst, in der Fabrik.« (S. 454), lässt sie in ihren Begriffen gelten: »Für manche klingt diese radikale Ablehnung trotzig und undankbar, eine unfaire Zurückweisung all der wohlmeinenden Arbeit, die in den Sitzungssälen Washingtons, Londons und Torontos geleistet wird. Doch das Recht, selbst mit am Verhandlungstisch zu sitzen, selbst wenn kein perfektes Ergebnis dabei herauskommt, ist ein fundamentales Recht,

für das die internationale Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung kämpft; ihr ist es schon immer um Selbstbestimmung gegangen.« (ebenda). Dabei macht sie implizit schon alle die Übersetzungen, die für linke Politiker/innen notwendig sind: Dass das Problem *in der Fabrik* zu lösen sei, heißt für sie, mit *am Verhandlungstisch* zu sitzen; dass die Leute *selber* nach der Lösung ihrer Probleme suchen wollen, bedeutet, dass das Ergebnis dann wohl *kein perfektes* sein wird; wenn die *Arbeiter/innen* über ihre Bedingungen reden wollen, kommt sie schon mit der *internationalen Gewerkschaftsbewegung*; und einen Schluss weiter ist ihr der *Verhandlungstisch* mit den Unternehmern schon gleichbedeutend mit *Selbstbestimmung* - mehr Selbstbestimmung ist eben leider nicht zu erwarten. Die geradezu auf der Hand liegende Idee, ihre Verbindungen in die EPZ dieser Welt dazu zu nutzen, ein globales Netzwerk der Produzenten möglich zu machen, kommt ihr einfach nicht. Sie möchte politisch beraten, kontrollieren, verwalten...

Dabei ist ihr natürlich jede Art von »Gewalt« ein Greuel. Angewidert dreht sie sich weg, wenn in London Flaschen gegen Bullen geworfen werden und in Prag »*die berechnete Kritik hinter dem Klirren der Fensterscheiben unhörbar wird*«. Wenn in Berkeley die Scheiben einer lokalen Buchhandlung eingeworfen werden, findet sie, das sei kein wirksamer Protest gegen die Übeltäter in den Großkonzernen. Immer wieder schimmert die Romantik kleinbürgerlicher Verhältnisse durch, als man noch seine Brötchen um die Ecke kaufen konnte und den Kaffee nicht bei Starbucks schlürfen musste. Es ist ihr nicht zuwider, dass sie sich ihre Klammotten *überhaupt* kaufen muss. Nein, es geht ihr eher um das *wo* und *wie*. Auf welche Art bestimmen die Konzerne über ihr Leben? Wie viel Wahlfreiheit lässt ihr das System?

Insofern stellt das Buch kein Standardwerk für die globale Revolution dar, sondern eher einen Ratgeber für die globalisierte Sozialdemokratie, in welchen NGOs, »Basis-Bewegungen«, lokalen Verwaltungen oder Kommissionen sie sich auch immer organisieren mag.

Ich fürchte, das Buch, das die weltweiten Bewegungen auf ihre Tendenz zur globalen Revolution untersucht, muss erst noch geschrieben werden. *Just do it...* ■

»Alles, was nach Staat aussieht, wird zerstört.«¹

Von der linken Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hat sich in Algerien der spontane Protest Jugendlicher von Ende April langsam zu einer Art Volksaufstand entwickelt. Mittlerweile erscheint es fraglich, ob das Regime die nächsten Wochen noch überleben wird.

Leider können wir nicht auf Berichte Beteiligter zurückgreifen, und die Berichterstattung in den Medien ist höchst widersprüchlich. Daher fällt es schwer, einzuschätzen, welche Bedeutung die Ereignisse dort haben. Die grundsätzlichen Ursachen für den verbreiteten Zorn auf die Regierung ist klar: Wohnungsnot, Perspektivlosigkeit, Korruption und nicht zuletzt zehn Jahre Krieg. Ist es nun die »Anarchie« der Straße, die z.B. *Frankfurter Rundschau* und *FAZ* beschwören; ist es die Basis der Dorfkomitees und der Gewerkschaft, die an Einfluß gewinnt, wie es z.B. die *jungle world* sieht; ist es ein Aufstand um kulturelle Identität, die die *Gesellschaft für Bedrohte Völker* gerne hätte, sind es interne Machtkämpfe der Militärs, die ausgetragen werden ...?

Wahrscheinlich sind dies alles Aspekte der Revolte.

Der jetzige Aufstand wird allgemein als »Wiederholung« der Unruhen von 1988 gesehen; damals allerdings war allen klar, daß die Revolte ihre Ursache in den »Austeritätsprogrammen« des IWF hatte – Schließung vieler Betriebe, Entlassungen und Verteuerung von Lebensmitteln. Im Herbst 1988 gab es eine relativ breite Streikbewegung; die Demonstrationen, vor allem von streikenden Schülern und Studenten, waren oft Ausgangspunkt der Revolte. Heute dagegen wird ein Zusammenhang zwischen den Privatisierungen und dem Aufstand nur selten angedeutet. Im Mittelpunkt der meisten Erklärungen steht die Korruption der herrschenden Clique, ihre Unfähigkeit, die gestiegenen Einnahmen aus den Öl- und

¹ Zitat aus *Frankfurter Rundschau* vom 31.5.2001.

Gasgeschäften in den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft zu stecken und die Verstrickung der Militärs in die Massaker und Folterungen des Bürgerkrieges. Das mag mehrere Gründe haben: Zum einen war der Zusammenhang zwischen der Schocktherapie des IWF und den Unruhen schon zeitlich offensichtlich, und in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gab es in ganz Nordafrika solche Unruhen. Heute dagegen läuft der Prozeß der Anpassung an die globale Wirtschaft seit zehn, fünfzehn Jahren; die internationalen Institutionen agieren vorsichtiger, und vor allem ist der Blick von hier seit den 90er Jahren auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Islamismus fixiert.

Diese Punkte markieren auch die Pole, zwischen denen sich die Politik der Generale in den letzten Jahren bewegt hat: eine schrittweise Politik der Öffnung der Wirtschaft auf der einen Seite und ein Zerreiben jeglicher Opposition zwischen der (scheinbaren!) Front Islamismus-Staat. Diese Politik ist jetzt am Ende. Die Privatisierungspolitik greift nun an das Herzstück der algerischen Wirtschaft, den Energiesektor. Und der Islamismus ist endgültig politisch tot², zumindest ist das die Einschätzung der allermeisten Berichtersteller.

»Strukturanpassung«

Seit Anfang der 90er Jahre gibt es Verträge mit dem IWF und der EU über eine Umwandlung der Staatswirtschaft in eine Privatwirtschaft, somit eine Öffnung für internationale Firmen. Diese Verträge sind nach den Unruhen Mitte der 80er Jahre auf längere Zeit angelegt worden – die Angst vor einem breiten Aufstand hat auch dem internationalen Kapital etwas Vorsicht abgenötigt. Mit dem IWF wurde vereinbart, vor allem den Energiesektor bis 2001 zu privatisieren; die EU strebt zum Jahr 2010 eine Freihandelszone mit den Mittelmeeranrainern an.³

² »Tot« im Sinne einer Oppositionsbewegung; islamistische Parteien sind an der Regierung beteiligt. Die staatliche Politik ist in vielerlei Hinsicht »islamischer« als viele sogenannte Fundamentalisten, z.B. was die rechtliche Stellung der Frauen betrifft.

³ In einer Konferenz in Barcelona 1995 wurde eine »Europa-Mittelmeer-Partnerschaft« vereinbart. Mit den teilnehmenden Staaten (Maghrebstaaten, Jordanien, Israel, Palästina etc.) wurde keine allgemeine Freihandelszone angepeilt, sondern eine auf Industrieprodukte beschränkte. Zudem auf der Basis von bilateralen Verträgen zwischen den einzelnen Staaten und der EU; eine mit der EU assoziierte Freihandelszone wird momentan wegen der höchst unterschiedlichen Struktur der Staaten

Bis dahin »verzichtet« die EU auf eine Verzollung algerischer Produkte und erlaubt dagegen die Erhebung von Zöllen auf Importe aus der EU. Die Folgen dieser EU-Politik im südlichen Mittelmeer wären auch für den Nahostkonflikt zu diskutieren – so werden die palästinensischen Gebiete ganz offen als pure Arbeitskräftereservoirs betrachtet. Für Algerien bedeuten sie, daß die Zurichtung auf den Sektor der Öl- und Gasgewinnung und -verarbeitung noch verstärkt wird. Dementsprechend ist er auch der einzige Sektor in den letzten Jahren gewesen, in den ausländisches Kapital in größerem Umfang geflossen ist, während die Industrieproduktion bestenfalls stagniert hat.

Von der Streikwelle 1998 zum »heißen Frühling« 2000

Allerdings stehen der Zielsetzung der Wirtschaftsankurbelung noch die Arbeiter im Weg. Bereits die IWF-»Schocktherapien« waren Ende der 80er Jahre gescheitert, bzw. mußten abgefedert werden. Nachdem die Jugendrevolte von den Panzern des Militärs niedergeschlagen worden war, versuchte die alte FLN⁴-Elite, ihre Macht mit demokratischen Reformen (Mehrparteiensystem, relativ liberale Presse etc.) zu erhalten. In diesem Klima, das einerseits durch die große Militanz der Jugendbewegung bestimmt wurde und andererseits durch ein politisches Zurückweichen der Staatsmacht, entwickelte sich eine breite und entschlossene Arbeiterbewegung. Sie war erst einmal unabhängig von den Funktionären der alten Einheitsgewerkschaft UGTA. Auch die Islamisten versuchten, sich daran anzuhängen, und gründeten eigene Gewerkschaften, allerdings ohne großen Erfolg. Mit der offiziellen Machtübernahme der Militärs und der Inszenierung des islamistischen Bürgerkrieges Ende 1991 war für einige Jahre offensichtlich Ruhe. Erst 1998 wurden wieder Meldungen über Streiks verbreitet. Im März 1998 meldete das *North Africa Journal* einen »Aufruhr in der Arbeitswelt« und eine Streikwelle vor allem im Agrarsektor und der Post. Aber auch die Angestellten der staatlichen Fluglinie Air

des südlichen Mittelmeerraumes als zu gefährlich für das Gleichgewicht gesehen. Zudem erleichtert dieses Modell die Ausrichtung der einzelnen Staaten auf die europäische Wirtschaft: Indem der Handel mit der EG verbilligt wird, fliegen amerikanische und asiatische Waren raus. So wird zumindest kalkuliert.

⁴ *Front Liberation National*, die alte Befreiungsorganisation und spätere Staatspartei.

Algerie und die Lehrer und Universitätsangestellten streikten 1998. Nur mühsam war die UGTA in der Lage, ihre Kontrolle aufrecht zu erhalten und die Arbeiter zu vertrösten. Trotzdem wurden seit 1996 ca. 600 000 Arbeiter entlassen.

Ein Bruch zwischen Regierung und UGTA deutete sich im Herbst letzten Jahres an, als der Präsident Bouteflika versprach, bei der Privatisierung auf die Tube zu drücken. Tatsächlich kündigten u.a. Air Algerie und die Banque Exterieur d'Algerie im November an, daß sie sich Teilhaber suchen wollen. Nachdem schon im Oktober die Taxifahrer Algiers gestreikt hatten und für November weitere Aktionen planten, drohten nun die Bankangestellten. Daraufhin setzte sich Bouteflika mit Gewerkschaft und Unternehmern an einen Tisch. Die Gewerkschaftsforderungen einer 25-prozentigen Lohnerhöhung für Staatsangestellte und einer Anhebung des Mindestlohnes um 150 Prozent seien diskussionswürdig, um »sozialen Unruhen« zuvor zu kommen. Passiert ist dann erstmal nichts.

Nachdem der staatliche Energiekonzern SONATRACH in den letzten Jahren in Vorbereitung der Privatisierung umstrukturiert worden war – Aufbau einer Art Holding von mehreren Einzelgesellschaften: Erschließung, Förderung, Verarbeitung, Transport und Vermarktung – kündigte die Regierung Anfang des Jahres nun die Umsetzung an. Unter dem Druck der Basis kündigte die UGTA für das Frühjahr einen heißen »labor spring« an. Sie wollte erreichen, daß vor allem die Lohnpolitik im Ölsektor staatlich beaufsichtigt bleibt und Abfindungen für Entlassene gezahlt werden.

Am 20., bzw. am 28. März wurde zu landesweiten Streiks im Öl- und im Finanzsektor aufgerufen: »Der Streikaufruf wurde aber (...) nach Presseangaben in der Ölindustrie, an den Tankstellen, aber auch in der Metallbranche zu 92 Prozent befolgt. Nach einem Gipfeltreffen mit der Regierung rief die UGTA ihre Mitglieder zur Ruhe auf. Dennoch wurden Ende März auch der Banksektor, die Finanz- und Zollbehörden von einer Streikwelle erfasst.« (jw, 01.05.01) Für April drohten Beschäftigte von 40 Transportfirmen mit Arbeitsniederlegungen. In der Basis der Gewerkschaft wurde ein Generalstreik um den ersten Mai diskutiert. In der Kabylei wurde für den 20. 4. zum Generalstreik aufgerufen, anlässlich des Jahrestages des Berberaufstandes 1980.

Lokale Aufstände im Sommer 2000

Gerade nachdem die Preiskontrollen aufgehoben und Subventionen für Lebensmittel weggefallen waren, wodurch die Lebenshaltungskosten drastisch anstiegen, wurden die (relativ) hohen Löhne in den Staatsbetrieben für viele Familien überlebenswichtig. Zudem werden mit den Einkünften von SONATRACH⁵ noch rudimentäre Sozialleistungen bezahlt – Sozialwohnungen und Geldleistungen. Abfindungen und Unterstützungen sind gering und werden nicht an alle bezahlt; die Vergabe von Sozialwohnungen dient in vielen Fällen zunächst der Versorgung von Angehörigen der lokalen Herrschenden mit billigem Wohnraum. Daran entzündeten sich im Sommer 2000 örtliche Aufstände: »Während somit das politische Leben durch die Einbindung von Oppositionskräften in die Regierung erstarrt ist, erweist sich die soziale Frage zunehmend als eine Zeitbombe, die in jedem Moment zur Explosion kommen kann. In zahlreichen Gemeinden kam es in diesem Sommer aus Anlass der umstrittenen Vergabe von öffentlich geförderten Sozialwohnungen zu kleinen Volksaufständen. Weil der Verdacht aufkam, daß die mehrheitlich dem Rassemblement pour la démocratie (RND) angehörenden Bürgermeister ihre eigene Klientel begünstigten, wurden die Vergabelisten regelmäßig von Bürgern angefochten, die keine politischen Druckmittel oder Beziehungen im Rahmen von Parteien und Verbänden hatten. In Sidi-Abbès, im Osten Algeriens, führte der angestaute Unmut am 24. Juli zum Aufruhr, nachdem die Behörden die Liste der 1500 erfolgreichen Bewerber ausgehängt hatten, die aus über 10 000 Antragstellern ausgewählt worden waren. Ein wenig erinnerte das Ganze an die Unruhen vom Oktober 1988, als es Angriffe auf das Bürgermeisteramt, die Polizeistation und sogar auf die Amtsräume des Wali (des Regierungspräsidenten) gegeben hatte.« (Le Monde Diplomatique, 13.10.2000)

Der Aufstand in der Kabylei

In dieser Situation, in der schon längst alle Institutionen vor einer »sozialen Explosion« warnen, provoziert das Militär anlässlich der Demonstratio-

⁵ Ein großer Teil des Staatshaushaltes wird mit den Einnahmen aus dem Energiesektor bestritten und 98 Prozent der Exporteinnahmen stammen daher.

nen in der Kabylei zum Jahrestag des sogenannten Berberfrühlings Mitte April dieses Jahres einen Aufstand. Massive Verbände von »anti-riot«-Polizeieinheiten werden in der Region um Tizi Ouzou zusammengezogen, willkürliche Verhaftungen durchgeführt und schließlich ein Jugendlicher am 18. April auf einer Polizeiwache hingerichtet. Die Reaktion der Jugendlichen war vorhersehbar: es kommt zu Plünderungen, über dreißig Kasernen werden angegriffen und teilweise zerstört, Büros staatlicher Institutionen werden in Brand gesteckt. Aber auch in dieser Situation bemüht sich die Staatsmacht nicht um eine Deeskalation; es wird Explosivmunition eingesetzt, Krankenhäuser werden überfallen, verwüstet und mit Tränengas eingenebelt. Auch als am 14. Juni nahezu eine Million Menschen in Algier demonstrieren, bemühen sich die Militärs nach Kräften um eine Zuspitzung der Lage; nach Berichten auch algerischer Zeitungen gingen den Auseinandersetzungen zumeist Provokationen jugendlicher Banden, bzw. von Polizisten in Zivil voraus, die unter dem Schutz der Polizei Demonstranten mit Steinen bewarfen. Auch der Tod zweier Journalisten, die von einem gestohlenen Bus überfahren werden, soll auf das Konto dieser Leute gehen. Wieder werden Krankenhäuser gestürmt und Verhaftete einem lynchbereiten Mob übergeben. Mehr als fünfzig Menschen werden noch seit diesem Tag vermißt. Einige tauchten mittlerweile wieder auf – tot, in die See geworfen oder totgeschlagen.

In den nächsten Tagen wird in vielen Städten die Polizei durch die paramilitärische Gendarmerie ersetzt, die Leute auf offener Straße mit Eisenstangen zusammenschlagen, Büros oppositioneller Zeitungen werden zerstört usw. Auch, wenn viele Berichte übertrieben sein mögen, es ist offensichtlich, daß zumindest von Teilen des Staatsapparates bewußt mit dem Feuer gespielt wurde. Über die Motive kann man spekulieren. Geht es um die militärische Zerschlagung von Basisorganisationen, oder soll der EU die Dringlichkeit neuer Unterstützung vorgeführt werden, bzw. dem IWF klargemacht werden, daß die für dieses Jahr angestrebte Liberalisierung der Wirtschaft nicht durchgeführt werden kann?

Zudem gibt es auch innerhalb der Herrschenden jede Menge widerstreitende Interessen. Viele sehen die Geschichte des Bürgerkrieges in dem Zusammenhang des Kampfes der lokalen Herrscher, ihren Einfluß in ein neues wirtschaftliches System hinüberzuretten oder sich darin erst richtig zu entfalten. 1998 schrieb Werner Ruf, seines Zeichens Professor in Kassel: »Zur Spezifik der Terrorismusbekämpfung und der Bürgerkriegsöko-

nomie in Algerien gehört auch, daß der Staat sich von seinem Gewaltmonopol verabschiedet hat: Anstatt die Bevölkerung zu schützen, hat er diese bewaffnet und aufgefordert, sich selbst zu verteidigen. Die Zahl der Milizionäre und Angehörigen von Dorfverteidigungskomitees wird auf ca. 200 000 geschätzt. Angesichts der ökonomisch katastrophalen Situation, der Verknappung von Grundnahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen, die weiterhin von mafiosen Gruppen kontrolliert werden, bedeutet Selbstverteidigung auch Selbstbeschaffung lebenswichtiger Güter. So errichten zu Banden degenerierte Milizen Straßensperren auf eigene Faust, führen »Vergeltungsschläge« gegen benachbarte Dörfer aus, alte tribalistische Strukturen werden wiederbelebt, Blutrachemechanismen für Generationen in Gang gesetzt. Es entspricht der Logik dieses Chaos' durchaus, daß in Rachefeldzügen ganze Dörfer ausgelöscht, Industrieanlagen in Brand gesetzt, Bevölkerungsteile zwecks Zahlung von Abgaben terrorisiert werden. Betrachtet man jedoch die Geographie der Massaker genauer und bedenkt man den möglichen Sinn der Zerstörung von industriellen Anlagen, so wird deutlich, daß gerade die massenhafte und bestialische Ermordung der Einwohner und Einwohnerinnen ganzer Dörfer oder von Vierteln der Großstädte sich in jenen Gegenden, wie etwa in der Mitidja-Ebene zwischen Algier und Blida, häuft, wo sich eine hohe Konzentration der Ländereien der ehemaligen colons, also der heutigen Selbstverwaltungsbetriebe befindet. Aufgrund des Umschuldungsabkommens mit dem IWF von 1994 hat sich Algerien verpflichtet, seine Staatsbetriebe bis Ende dieses Jahres zu privatisieren. Um politischem Druck vorzubeugen, erhielten die Beschäftigten dieser Betriebe ein Vorkaufsrecht auf das Land. Ist es aber nicht problemloser für die Barone des Regimes, dieses Land billig dem Staat abzukaufen, nachdem die Bauern vertrieben und so möglicher Widerstand gegen anstehende Entlassungen von vornherein beseitigt ist? Ist es nicht sinnvoll, zerstörte Betriebe zu Schleuderpreisen zu kaufen, um sie dann mit günstigen Krediten und durch die nun möglichen und häufigen joint ventures wieder aufzubauen? Müssen vor diesem Hintergrund nicht Vermutungen plausibel erscheinen, daß an den Massakern auch Todesschwadronen rivalisierender Barone des Regimes beteiligt sind? Ist es tatsächlich ein Anzeichen für den Versuch, das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, wenn erstmalig Sicherheitskräfte gegen Anhänger des Regimes und deren private Milizen vorgehen wie Mitte April in der Gegend der westalgerischen Stadt Relizan, oder ist dies

ein erstes Anzeichen für das Zerbersten der Koalition der Profiteure an der Spitze der Macht?«

Zeitungen wie *Le Monde Diplomatique* und *Frankfurter Rundschau* oder auch die *Konrad Adenauer Stiftung* gehen davon aus, daß spätestens ab etwa 1998 die Massaker zunehmend offen einen materiell diktierten Hintergrund hatten und die islamistische Guerilla keine Bedeutung mehr hat. Braucht also jetzt das Regime eine neue Spaltungsideologie – den berberischen Nationalismus? In diese Richtung gehen die Ankündigungen Bouteflikas, das Tamazight als Sprache zuzulassen auf der einen Seite, während andererseits die gewaltsame Repression der Opposition über die Mobilisierung arabisch-nationalistischer Kräfte läuft.

Eine derartige Strategie ist bislang nicht von Erfolg gekrönt. Nahm der Aufstand seinen Anfang in der Kabylei, so hat er sich mittlerweile über das ganze Land ausgebreitet. Einige der größten Demonstrationen fanden in der Gegend von Oran statt, wo es die letzten zehn Jahre ruhig geblieben war.

Die äußere Situation und die Interessenslage der Herrschenden ist noch halbwegs einzuschätzen. Schwieriger ist es, zu verstehen, wie sich die Jugendlichen organisieren, was ihre Träume und Perspektiven sind. Immerhin währt der Aufstand schon fast drei Monate, also wesentlich länger als 1988. Trotz massivster Staatsgewalt und dutzender Toter und Verschwundener geht die Unruhe weiter.

Wenn wir den Widerstand in den Betrieben hervorheben, so bedeutet dies nicht, daß die Arbeitenden die Masse derjenigen sind, die auf der Straße gegen die Polizei kämpfen. Aber es sind ihre Kinder und Bekannten, und es gibt offensichtlich einen Zusammenhang zwischen den Kämpfen gegen die Umstrukturierung und denen gegen Polizeigewalt und Korruption.

Diejenigen, die einen »konstruktiven« Gehalt der Revolte suchen, beschreiben zumeist die Organisationsversuche der gewerkschaftlichen Basisorganisationen und der Dorfkomitees. Die traditionellen (Oppositions-) Parteien sind Zuschauer, oft sogar Ziel von Angriffen. Das gilt für die sozialdemokratische FFS, wie für die RCD, aber auch für kleine Parteien, wie die Arbeiterpartei von Louisa Hanoune. Den Islamisten ist wohl noch weniger Erfolg beschieden.

Die Gewerkschaftsbasis scheint zumindest in der Kabylei eine gewisse Rolle zu spielen. So nahmen die riots in Bejaia am 13. Juni ihren Ausgangspunkt in einem Streik von ArbeiterInnen einer staatlichen Jutefabrik, die ihre Löhne seit neun Monaten nicht gesehen hatten. Ein anderes Beispiel, ein Zitat aus der Jungle World vom 29. Mai, Gespräch mit Badradine Djahnine, dem Generalsekretär der Lehrgewerkschaft Sete in der kabyliischen Region Bejaia:

Besteht nicht die Gefahr, dass der Aufruhr allein auf die Kabylei beschränkt und vom Rest des Landes isoliert bleibt?

Die arabischsprachigen Teile sind weit stärker geprägt vom Terror der letzten Jahre, von der Erfahrung des Umkippens der islamistischen Massenbewegung in den Terrorismus. Diese Erfahrungen haben die Spontaneität abgetötet, für ein Misstrauen gegenüber kollektiven Utopien gesorgt. In der Kabylei haben wir andere Voraussetzungen, da der bewaffnete Islamismus zumindest in der Region um Bougie niemals Fuß fassen konnte.

Trotzdem glauben wir, dass der Funke auch auf die arabischsprachigen Landesteile überspringen könnte, wo die grundlegenden sozialen Probleme dieselben sind – wenn es nur einen organisierten Kern gäbe.

Bisher hat das nicht funktioniert.

Nein, nicht so richtig. Es hat Demonstrationen gegeben, bei denen sich in der Regel um die 5000 Teilnehmer versammelten – die Zahlen werden manchmal auch von der unabhängigen Presse aufgebauscht, die derzeit einen schweren Konflikt mit der Regierung wegen des neuen Zensurgesetzes auszufechten hat. Der RCD und der FFS schaffen es bisher noch in der Hauptstadt Algier – deren Einwohner zu 50 Prozent aus der nahegelegenen Kabylei stammen – als Träger der Protestbewegung zu erscheinen. Die Voraussetzungen dort sind andere, denn hier in der Kabylei haben wir beispielsweise den FFS als lokale Regierungspartei in zahllosen Rathäusern erlebt; RCD und FFS haben sich konkret vor Ort diskreditiert.

In der *Le Monde Diplomatique* von Juli 2001 werden dagegen die Dorfkomitees als Versuche der »alten« Generation Oppositioneller in der

Tradition von 1980 gesehen, dem Widerstand eine regionale Identität zu geben. Die Dorfkomitees gründen sich auf eine Vertretungsstruktur, in der nicht gewählt wird, sondern anerkannte und respektierte Persönlichkeiten entscheiden. Sie stehen somit in der Tradition patriarchaler Dorfstrukturen. Ob sie die Revolte repräsentieren, wird zurecht infrage gestellt.

Es sieht so aus, daß sich die Dorfkomitees und andere Organisationen immer wieder als Verhandlungspartner des Staates ins Gespräch bringen wollen. Sie organisieren Protestmärsche und Petitionsübergaben an den Präsidenten, aber regelmäßig läuft ihnen die Situation aus dem Ruder. Die Menschen besetzen zum Beispiel Häuser, die für die Unterbringung der Besucher der sozialistischen Weltjugendfestspiele in Algier geräumt worden sind; sie versuchen die Absperrung von Strandabschnitten für Hotels und Privatvillen rückgängig zu machen; sie greifen Zentren der Ölindustrie an (was in zehn Jahren »Bürgerkrieg« nicht ein einziges Mal vorgekommen ist!) und nehmen die alltäglichen Belästigungen der Militärs nicht mehr hin. Krankenhauspersonal demonstriert gegen Besuche von Parteioberen und versucht, verletzte Jugendliche vor der Polizei zu schützen.

Die Situation ist noch offen. Hoffen wir, daß die Frankfurter Rundschau (ausnahmsweise) recht behält! ■

Englische und deutsche Informationsquellen

(Bei Organisationen wie Algeriawatch finden sich viele Links zu französischsprachigen Zeitungen:

<http://www.jungle-world.com>

<http://www.en.monde-diplomatique.fr>

<http://www.waac.org> (World Algerian Action Coalition)

<http://www.pmwatch.org/awi/> (algeria watch international)

http://dailynews.yahoo.com/full_coverage/world/algeria/

<http://www.north-africa.com/one.htm> (North Africa Journal)

<http://www.arabicnews.com/ansub/index.html>

<http://middleeastwire.com/algeria>

<http://www.arabmedia.de/MEPD/digest.htm> (wöchentlicher Pressezusammenschnitt)

<http://www.algeria-watch.de/index.html>

<http://www.algeria-interface.com>

<http://www.merip.org>

Bolivien: Aufstand im Armenhaus

Lateinamerikas

Am Montag, den 2. Juli besetzen etwa zweihundert AktivistInnen die Hauptverwaltung der Banken in La Paz, ausgerüstet mit Mollis und Dynamit. Sie entwaffnen die Wachen, werfen Dynamit auf den davorliegenden Platz, verschütten Benzin in einem Stockwerk und drohen, das Gebäude in die Luft zu jagen. Sie nehmen 60 Angestellte als Geiseln. Sie gehören zu den 12 000 SchuldnerInnen, Arbeitern und Bauern, die durch Kleinkredite in die Schuldenfalle geraten sind, und die sich mit dieser heftigen Aktion endlich Gehör verschaffen wollen. Seit mehr als drei Monaten halten sich tausende von ihnen in La Paz auf, um eine Schuldenstreichung zu erreichen. Sie übernachten trotz der eisigen Andenkälte auf der Straße, überleben mit spärlichen Lebensmittelspenden, und sind zum Äußersten bereit. Von der besetzten Hauptverwaltung aus drohen einige per Megafon, sich vor aller Augen umzubringen, falls ihnen keine Lösung angeboten wird. Sechs Menschen haben während der Proteste bereits Selbstmord begangen. Gegen Abend werden die Geiseln freigelassen, nachdem unter Vermittlung der Kirche freier Abzug und die Aufnahme von Verhandlungen über die Schulden zugesichert worden waren. Um drei Uhr nachts wird die Besetzung beendet. Die Regierung hält sich nicht an ihre Zusage. In den folgenden Tagen gibt es Razzien, 70 Leute werden wegen der Aktion verhaftet, aber nach weiteren Protesten wieder freigelassen. Die Schuldenstreichung wurde nicht erreicht, lediglich die Zusage einer Einzelfallprüfung, und daß während der Schlichtungszeit von 100 Tagen keine Zwangsräumungen und keine Beschlagnahmungen von Werkzeug stattfinden.

Dieser Tag ist nur ein Höhepunkt in einer langen Serie von Aufständen und Kämpfen in Bolivien, dem Musterland von Weltbank und IWF, und dem zweitärmsten Land Amerikas. Im April 2000 führt der Versuch, die Wasserversorgung in der 600 000-EinwohnerInnen-Stadt Cochabamba zu privatisieren, zum »**Wasserkrieg**«, einem Aufstand, der eine Woche lang die ganze Stadt lahmlegt. Gleichzeitig blockiert die Kleinbauerngewerkschaft CSUTCB die Überlandstraßen, und Polizeieinheiten streiken für Lohnerhöhungen. Die Regierung muß die Privatisierungspläne zurückzie-

hen. Ein paar Monate später fangen die LehrerInnen an zu streiken, und schon im September beginnen neue **Blockaden der Kleinbauern**, die drei Wochen lang das ganze Land lahmlegen. In den Städten kommt es zu Versorgungsengpässen, die Regierung Banzer setzt Militär ein, und an den Barrikaden gibt es viele Tote und Verletzte. Im Chapare, dem Coca-Anbaugebiet unterhalb von Cochabamba, eskaliert der Konflikt zwischen **Coca-BäuerInnen** und Militär. Die Regierung hat den Coca-Anbau in dieser Gegend für illegal erklärt und will sämtliche Coca-Sträucher ausrotten. Die Coca-Bauern sind größtenteils ehemalige Bergarbeiter, die hier nach ihrer Entlassung aus den Minen Mitte der 80er Jahre ein neues Auskommen gefunden haben. Nochmal lassen sie sich nicht ihrer Existenzgrundlage berauben. Die Parole heißt: Coca o muerte – Coca oder Tod – Wir werden siegen.

Im April 2001 brechen tausend Menschen zu einem **Marsch »Für das Leben und die Souveränität«** von Cochabamba in die 500 km entfernte Hauptstadt La Paz auf. Aufgerufen hat das Aktionsbündnis Comunal in dem sich Coca- und Kleinbauern, informelle ArbeiterInnen, Indigena-Organisationen, die KleinschuldnerInnen sowie die »Wasserkoordination« aus Cochabamba zusammengeschlossen haben. Neben verschiedensten Einzelforderungen der beteiligten Gruppen fordern sie vor allem den Rücktritt des Ex-Diktators Banzer und die Rücknahme des Dekret 21060, das 1984 die neoliberale Privatisierungspolitik eingeleitet hat. Trotz mehrerer Angriffe von Polizei und Militär kommt der Marsch auf Umwegen in der Hauptstadt an, wo er besonders in der ärmeren Oberstadt El Alto von Tausenden begeistert empfangen und unterstützt wird. Bei der Ankunft im Zentrum wird der Marsch von der Polizei mit Tränengas angegriffen, wobei ein Busschaffner und eine ältere Frau sterben. Danach kommt es noch zu einigen Blockaden. Wegen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bauerngewerkschaften (Hochlandbauern / Cocabauern in den Tropen), bzw. zwischen ihren Anführern, kommt diesmal aber keine größere Bewegung zustande.

Am 7. Juni betreten 12 000 Menschen einer politisch längst totgesagten Gruppe unerwartet die Bühne von La Paz: die **Bergarbeiter**. Mitte der 80er Jahre waren die staatlichen Minen in Bolivien geschlossen und 30 000 Bergarbeiter entlassen worden. Der kämpferischste Teil der Arbeiterbewegung sah sich zur Migration gezwungen. Eine Überlebensebene bot der bereits erwähnte Coca-Anbau im tropischen Chapare. Andere zogen in

Richtung Hauptstadt, wo sie größtenteils auf der zugigen Hochebene in El Alto landeten, einer expandierenden Armutstadt ohne Infrastruktur, aber mit riesigem informellen Sektor und Straßenmarkt. Ein Teil der Bergarbeiter aber blieb bei den Gruben. Sie gründeten Kooperativen und begannen auf eigene Faust zu schürfen. Inzwischen arbeiten dort wieder fast 50 000 Arbeiter. Bei einem 12-Stunden-Tag unter lebensgefährlichen Bedingungen kommen sie auf 110 US-\$ im Monat. Ein Drittel des Exportes von Bergbauprodukten wird von den 500 Kooperativen gefördert. Als die Bergarbeiter und ihre Frauen in La Paz ankommen, sind das Bild und der Sound dieselben wie bei dem »Marsch für das Leben«, mit dem sie vor 15 Jahren gegen die Entlassungen demonstriert haben: Grubenhelme und Dynamitgetöse. Vor dem Tränengasangriff der Bullen laufen sie nicht wie sonst bei Demos üblich weg, sondern antworten mit Dynamit. Die Bullen müssen ihnen teilweise das Zentrum überlassen. Bei den stundenlangen Straßenschlachten werden zwei Bergarbeiter schwer verletzt. Die Kooperativen fordern für die Reaktivierung des Bergbausektors erweiterte Abbaukonzessionen und die Überlassung der Maschinerie, sowie 100 Millionen US\$ und 30 Prozent der Entwicklungshilfegelder aus dem HIPC II Programm. Nach vier Tagen in der Hauptstadt und Verhandlungen, an denen etwa 200 Delegierte teilgenommen haben, unterschreiben sie eine Vereinbarung, in der es zwar nur um einen Bruchteil der geforderten Geldsummen geht, die aber alte Forderungen enthält, die nie verhandelt worden waren, und die somit zum ersten Mal von Regierungsseite aus die Existenz der Bergarbeiter als Kooperativisten anerkennt. Nach der Freilassung aller Verhafteten und Entschädigung der Verletzten verlassen die KooperativistInnen La Paz, mit der üblichen Drohung wiederzukommen, falls die Regierung sich nicht an die Zusagen hält.

Gleichzeitig zur Aktion der Bergarbeiter, mit denen sich die Coca-Bauern im Chapare durch Demonstrationen solidarisieren, finden verschiedene andere Kämpfe statt: im Gesundheits- und Bildungsbereich wird einen Monat lang gegen Privatisierungspläne gestreikt, die schließlich zurückgenommen werden müssen; hundert pensionierte LehrerInnen befinden sich im Hungerstreik für die Rückgabe von Beiträgen zu einer Versicherung, die tatsächlich nie abgeschlossen wurde; in verschiedenen Fabriken finden Streiks statt. Die LKW-Fahrer blockieren die Überlandstraßen, für bessere Straßen und weniger Gebühren. Bei Auseinandersetzungen mit den Bullen an den Blockaden werden Fahrer verletzt und viele

LKW's beschädigt. Nach sieben Tagen und Zugeständnissen der Regierung werden die Blockaden aufgehoben.

Am 21. Juni beginnen die Bauern auf dem Altiplano, dem Hochland, wieder mit **Blockaden – für Land, gegen den Neoliberalismus und gegen die Antidrogenprogramme**. In die Yungas, ein traditionelles Coca-Anbaugebiet im Hochland, das bisher im Gegensatz zum Chapare in Ruhe gelassen worden war, sind inzwischen ebenfalls Militärs und Antidrogen-einheiten eingefallen. An den Blockadepunkten ermordet das Militär zwei Bauern. Gegen den Anführer der Bauerngewerkschaft Felipe Quispe hat die Regierung Anklage erhoben und einen Haftbefehl erlassen.

Nach der Besetzung der Bankenhauptverwaltung durch die SchuldnerInnen spitzt sich die Lage weiter zu. Die SchuldnerInnen haben sich in der Universität verschanzt; verschiedene Gruppen demonstrieren in den Straßen; in den Knästen finden Hungerstreiks und Protestaktionen statt. Gegen die blockierenden Bauern hat die Regierung Panzer auffahren lassen. Die haben ihrerseits erklärt, daß sie genügend Lebensmittelvorräte haben, um die Blockaden drei Monate lang durchzuhalten. Felipe Quispe kündigt am 8. Juli eine Belagerung von La Paz an: dies sei der richtige Moment, denn es gäbe noch nicht mal mehr einen Präsidenten. Bei Banzer wurde Krebs in fortgeschrittenem Stadium diagnostiziert, und er befindet sich in den USA zur Behandlung. ■

Die aktuellen Informationen stammen vor allem aus den Berichten der Juventudes Libertarias aus Bolivien, zu finden bei www.argentina.indymedia.org (spanisch) und www.ainfos.ca (spanisch und teilweise englisch). Das Aprilheft der ILA (Nr. 244) hat Bolivien als Schwerpunkt. Weitere Artikel zu Bolivien sind zu finden in den ILA-Heften Nr. 235 (Wasseraufstand), Nr. 240 (Blockaden im Oktober 2000) und Nr. 246 (Spaltung der Bewegungen).

Weltstreiks

Als die Piloten der Lufthansa Anfang Mai ernst machten und für ihre Forderung nach 30 Prozent mehr Lohn einige Streiktage einlegten, war dieser Arbeitskampf sofort heiß umstritten. Politiker, Gewerkschaftsbosse und auch viele Linke verurteilten den Streik dieser »Besserverdienenden«. Zugleich gab es auch viel Sympathie in den Betrieben, bei linksgewerkschaftlichen Initiativen – und ganz im Gegensatz zur Stimmungsmache von ver.di auch bei kleineren Organisationen von anderen Beschäftigten der Lufthansa wie z.B. UFO, einer gewerkschaftlichen Organisation von FlugbegleiterInnen.

Was interessiert uns an den Streiks der Piloten? *Erstens*: Ihre Forderung nach 30 Prozent mehr (wenn auch für 4 Jahre) bricht ein wenig das angstvolle Starren auf die »Wirtschaftsentwicklung« auf. *Zweitens* sind sie ein Beispiel für weltweite Kämpfe, die wieder in direktem Bezug zueinander stehen. Und *drittens* waren Umbrüche in der Luftverkehrsindustrie immer so etwas wie ein Modell für die Arbeitsbeziehungen ...

10 000 Dollar mehr lautete die Forderung – allerdings nur eine unter insgesamt 97. »Sie sind überbezahlt und als Angestellte des Öffentlichen Dienstes nutzen sie ihre Monopolstellung, um ein Gehalt durchzusetzen, das höher ist als das eines Kongreßabgeordneten« – so oder ähnlich lautete die veröffentlichte Meinung zum Streik der Fluglotsen in den USA im Jahre 1981. Als dann im August, nach zwei Tagen Streik, der frischgebakene Präsident Ronald Reagan 11 350 streikende Fluglotsen entließ und mit lebenslangem Wiedereinstellungsverbot belegte, konnte er das unter großer Zustimmung der Medien und nach Umfragen durchaus auch mit Zustimmung von 65 Prozent der Amerikaner tun. Wie wir heute wissen, war dies der historische Anfang einer Periode der Entsolidarisierung, des Union Busting, des Lohnabbaus in vielen Sektoren, der Austeritätspolitik – kurz: von Reagonomics und Thatcherismus.

Und am Anfang der Präsidentschaft seines Nachfolgers steht eine weitere Stufe der Entwicklung nicht nur im Luftverkehr: Obwohl die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der Eastern

Airlines schon Lohnkürzungen gegen Aktien hatten hinnehmen müssen, wurde – als Einleitung der großen Welle der Umstrukturierung – mittels Börsenakrobatik ihre Firma durch die wesentlich kleinere Texas Air von Frank Lorenzo übernommen und nach einem lange dauernden Streik von technischem und Flugpersonal als bankrott liquidiert.

In der diesjährigen weltweiten Streikwelle bei den Fluggesellschaften kann man grob zwischen zwei Themen unterscheiden:

– Während die einen um höheres Einkommen kämpfen, müssen sich andere (z.B. Sabena, Belgien; Middle East Airlines, Libanon; Air Wisconsin (Tochter von United), USA; AOM und Air Liberté, Frankreich) immer noch oder schon wieder gegen Drohungen von Arbeitsplatzabbau, Umstrukturierung, Einkommenskürzungen usw. wehren (siehe auch den folgenden Bericht über den Kampf bei der argentinischen **Aerolíneas**).

– Die Mehrzahl der Streiks von Piloten oder Flugbegleitern allerdings geht dieses Jahr um mehr Geld, meist unter direktem Bezug darauf, daß man früher (Anfang bis Mitte der 90er Jahre) Einkommenseinbußen hingenommen hatte, um die Airline zu retten. Immer und überall, wenn Piloten streiken, gibt es die Medienhetze gegen die »Millionäre«, die sowieso schon genug verdienen. Das ist in Hong Kong nicht anders als in Deutschland – auch wenn eine von der Gewerkschaft (wenn auch inoffiziell) organisierte Anti-Streikdemo wie am 17. Mai in Frankfurt eine deutsche Besonderheit ist.

Während üblicherweise die Kapitalisten und Gewerkschafter von den hohen Löhnen in Deutschland reden, verwiesen die Piloten der Lufthansa auf noch höhere Gehälter im Ausland. Und dies ist natürlich kein abstrakter Bezug auf Gehaltslisten: Piloten und Flugbegleiter sind eine globale Berufsgruppe. Dieses Volk verfügt über eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Interessen und trifft sich spätestens in den Bars der Flughafenhôtels.

Dennoch machen es einem die Piloten nicht gerade einfach. Gerade sie sind – im Unterschied zu den Flugbegleitern – eben eine sehr eigene, sehr standesbewußte Gruppe, die ihre (nicht zufällig militärisch gestylte) Uniform z.T. mit Arroganz durch die Hallen tragen. (Jedenfalls außerhalb der USA. Dort kann es schon mal passieren, daß der Capt'n im morgendlichen Berufsverkehr seine Passagiere nicht mit »Ladies and Gentlemen«, son-

dem mit »Hi, Folks« begrüßt.) Und ohne Zweifel sind die Gehälter der Piloten der international fliegenden Linien im Vergleich zum jeweils nationalen Durchschnitt recht hoch. Aber, das ist wichtig festzuhalten, es sind Gehälter, und die Piloten sind Angestellte, die um mehr Geld gegen ihre Firma streiken müssen – genauso wie alle anderen Lohnabhängigen. Das ist ein fundamentaler Gegensatz etwa zu den Zahnärzten, die sich auf einem halbfreien Markt bewegen und ihren Profit eben zum Teil auch aus der Arbeit ihrer Angestellten ziehen.

Verdienen die Piloten viel? Was ist viel? Das Durchschnittsgehalt von Piloten der polnischen LOT liegt bei 25 000 US\$ im Jahr, sicher viel im Vergleich zum Durchschnitt in Polen. Aber es ist halt weniger als der Lohn eines Facharbeiters im Nachbarland.

Der Arbeitsmarkt für Piloten ist z.T. ein weltweiter. Gesellschaften wie etwa die Cathay Pacific in Hong Kong beschäftigen im Cockpit 90 Prozent »Ausländer«. Von daher verwundert es eher, daß es noch so große Einkommensunterschiede gibt. Bei der Lufthansa kann ein Flugkapitän nach vielen Dienstjahren bis zu 335 000 DM im Jahr verdienen; bei der Delta Air bis zu 350 000 US\$. Allerdings sind solche Gehälter auch mit dem Aufstieg ins untere Management verbunden – ihre Bezieher arbeiten als Abteilungsleiter, Trainer, Sicherheitschefs. Die Durchschnittsverdienste liegen weit darunter; das Einstiegsgehalt liegt bei der Lufthansa bei 108 000 DM, bei Delta »unter 30 000 US\$«. Kleinere oder regionale Gesellschaften zahlen noch weniger, so liegt das Anfangsgehalt bei der Deutsche BA bei 71 500 DM, bei der Delta-Tochter Comair bei 15 000 US\$ (im Jahr!).

Auch Pilotenstreiks sind Kämpfe ohne Gewinngarantie. So endete etwa der Pilotenstreik bei der Philippine Airline 1998 mit ihrer Entlassung, der Schließung der Firma und der Wiedereröffnung mit verkleinerter Belegschaft, deren Gewerkschaften einen zehnjährigen Streikverzicht unterzeichneten.

In diesem Jahr streikten Piloten bei der Comair (fast drei Monate lang), bei der Pakistan International Airlines (für 50 bis 80 Prozent mehr Gehalt), bei der Korean Air und der Iberia, derzeit noch im Gange sind Auseinandersetzungen bei der Alitalia und eine Dienst-nach-Vorschrift-Kampagne bei der Cathay Pacific. Delta Air hat die Gehälter nach langen Verhandlungen ohne Streiks (aber unter dem Eindruck des Streiks bei ihrer Tochter Comair) um 24 bis 39 Prozent erhöht. Flugbegleiter streikten bei

der Deutsche BA und der Aeromexico, bei der SAS Commuter, bei der koreanischen Asiana, bei Japan Airlines und der Japan Air Systems. Diese Liste ist gewiß nicht vollständig und weitere Streiks sind in Vorbereitung.

Und selbst wenn noch kaum zu erkennen ist, dass irgendeine andere Gruppe sich ein Beispiel nimmt und gleichfalls sagt: Scheiß auf die Konjunktur; wir kriegen nur, was wir uns holen – eine 30-Prozent-Forderung oder ein 16-Prozent-Abschluß (für 3 Jahre und 3 Monate) passt den großen Gewerkschaften natürlich nicht. Ver.di hat für das Bodenpersonal und die Flugbegleiter im März 3,5 Prozent Lohnerhöhung durchgesetzt, woraufhin der Verhandlungsführer von ver.di zur Belohnung in den Vorstand der Lufthansa gewechselt ist.

Besonders beklagt hat sich die IG Metall, bei der es dieses Jahr eine Erhöhung um 2,1 Prozent gibt: »Wenn das Schule macht, können Flächentarifverträge und damit das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft in Gefahr geraten«. Das ist sicher wahr, und gewiß auch von Teilen des Unternehmerlagers gewünscht. Aber es verkennt, daß mit Zustimmung der Gewerkschaften die Flächentarife einerseits schon längst ihre Funktion als Schutz der Schwächsten durch Öffnungsklauseln, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit usw. verloren haben und andererseits immer noch oder schon wieder durch die »zurückhaltende Lohnpolitik« Tariflöhne als außerordentlich schlechte Löhne gelten – zumindest etwa in Südwestdeutschland.

Auch die IG Metall könnte solche Streiks, bei denen eine kleine Gruppe ihre Stellung ausnutze, organisieren, tue dies aber nicht, denn sie sei am Gemeinwohl orientiert. »Wenn sich ein paar tausend Maschinenführer der Auto-Hersteller zusammenschließen, dann legen die schnell die gesamte PKW-Produktion lahm«, so Zwickel. ■

K. 15.7.01

Aerolíneas Argentinas:

Mit Flughafenblockaden gegen den drohenden Ausverkauf

Die beiden Flughäfen von Buenos Aires sind seit Wochen immer wieder Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen Polizei und protestierenden ArbeiterInnen der Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas. Sie campen in der Halle, verhindern das Einsteigen der Passagiere und blockieren die Pisten, um die Schließung des Unternehmens und die Entlassung der verbliebenen 7000 Beschäftigten zu verhindern.

Die argentinische Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas ist ein typisches Beispiel für neoliberale Umstrukturierung, in diesem Fall allerdings nicht durch ein Privatunternehmen, sondern durch einen anderen Staat. 1990 hat die spanische Regierung Aerolíneas über ihre eigene Fluggesellschaft Iberia und über SEPI (Staatliche Gesellschaft für Industriebeteiligungen von Spanien) aufgekauft. Seitdem wurden 5000 Leute entlassen, die 34 Flugzeuge bis auf eines verkauft, die Wartung nach El Salvador, Israel, Neapel, Irland und Porto Alegre verlagert, und die Flugrouten nach Europa bis auf eine an Iberia übertragen. Die endgültige Abwicklung von Aerolíneas ist nun für Ende Juli geplant. Iberia hat Erfahrung mit solchen Operationen: vorher haben sie die venezolanische Fluggesellschaft VIASA aufgekauft, heruntergewirtschaftet und die Reste schließlich verkauft und geschluckt.

Der aktuelle Konflikt: Im April verlangt die Firma als Bedingung für die Fortführung des Unternehmens, daß die ArbeiterInnen einer Lohnsenkung und schlechteren Arbeitsbedingungen zustimmen, und sie macht die Auszahlung der Löhne von dieser Zustimmung abhängig. Die Proteste beginnen mit einem achttägigen Streik, und gehen mit Demos, Bürobesetzungen, einem Camp in der Innenstadt und Aktionen auf den Flughäfen weiter. Ende Mai unterschreiben sechs der sieben vertretenen Gewerkschaften die Verzichtserklärung. Die Techniker weigern sich und beschließen in einer Versammlung mit 800 Teilnehmern, daß sie zu keinerlei Verhandlung bereit sind, bevor nicht die ausstehenden Löhne (inzwischen zwei Monatslöhne) bezahlt werden. Als die argentinische Ministerin

Bullrich, die gemeinsam mit Gewerkschaftsführern zu Verhandlungen nach Spanien gereist ist, dort verkündet, die Techniker müßten auf die Bedingungen eingehen, blockieren hunderte von ArbeiterInnen einen Flug von Iberia. Mit einem flexiblen Blockadekonzept gelingt es ihnen trotz massiven Polizeieinsatzes, den Abflug zu verhindern. Am nächsten Tag besetzen sie für zwölf Stunden das Büro von Aerolíneas in der Innenstadt, und auf beiden Flughäfen blockieren Piloten, Techniker und Bodenpersonal die Pisten. Die Techniker besetzen ihre Werkstatt, da sie befürchten, sonst am nächsten Tag nicht mehr reingelassen zu werden.

Am 2. Juni werden schließlich die Aprillöhne ausgezahlt. Nach einem Aktionstag und einem Generalstreik verschärft sich der Konflikt Mitte Juni wieder, als Aerolíneas ankündigt, die verbliebenen Europaflüge nach Madrid und Rom ebenfalls zu streichen. Mit der Parole »Wenn Aerolíneas nicht fliegt, fliegt niemand« blockieren ArbeiterInnen das Einchecken und die Pisten, beschimpfen die Sicherheitskräfte als Vaterlandsverkäufer, und leisten ihnen erbitterten Widerstand. Ein Arbeiter erleidet im Tränengasnebel einen Atemstillstand und muß auf die Intensivstation gebracht werden. Iberia und Span Air streichen Flüge und bringen ihre Fluggäste in Hotels unter. Am nächsten Tag machen Stewardessen vor dem Hotel Sheraton eine Sitzblockade, um die Fahrt der Passagiere zum Flughafen zu verhindern.

Der Kampf gegen die Schließung von Aerolíneas findet in Argentinien breite Sympathie und Unterstützung - weit mehr als die zahlreichen anderen Kämpfe von ArbeiterInnen und von Arbeitslosen, die in verschiedenen Landesteilen immer wieder Überlandstraßen und Zufahrten zu den Städten blockieren. Den ArbeiterInnen von Aerolíneas ist es viel besser als anderen Entlassenen gelungen, die Öffentlichkeit für diesen Konflikt zu sensibilisieren. Beim Kampf um den Erhalt der nationalen Fluglinie mischt sich der Klassenkampf mit nationalem Gefühl, und »die Spanier« sind in Lateinamerika ein einfaches Feindbild für breite Bündnisse. Für den 9. Juli, den Tag der Unabhängigkeitserklärung von Spanien, rufen die sieben Luftfahrt-Gewerkschaften zu einer Demonstration »Für eine zweite Unabhängigkeit« auf, bei der gemeinsam die Nationalhymne gesungen werden soll. In dem defensiven Kampf um Arbeitsplätze inmitten einer heftigen Wirtschaftskrise versuchen die Gewerkschaften, aus den Interessen der ArbeiterInnen eine Frage von »Gemeinwohl« und nationalem Interesse zu machen, und appellieren dementsprechend an den »eigenen« Staat. ■

»We kehrt nicht mehr for you ...«

Wenn Müllsammler sich sammeln und vom Müllsammeln abkehren...¹

In der Woche vom 11. bis 15. Juni 2001 fand bei den Müllbetrieben in Brighton ein Arbeiterkampf statt, wie wir in England schon lange keinen mehr erlebt hatten. Entgegen dem vorherrschenden Spektakel vom sozialen Frieden griffen die Müllmänner von Brighton zur kollektiven Aktion. Sie waren gefeuert worden, als sie die Arbeit nach neu eingeführten Normen verweigert hatten. Schnell nahm ihr Kampf den Charakter einer kompletten Verweigerung der Weiterarbeit unter demselben Management an, mit passiver Unterstützung eines großen Teils der Brightoner Bevölkerung. Nach vier Tagen Betriebsbesetzung siegten die Arbeiter und zwangen den Stadtrat von Brighton dazu, den Vertrag mit den Privaten zu kündigen und die Kündigungen der Arbeiter für unwirksam zu erklären. (...)

Am Montag, den 11. Juni 2001, führte die französische Firma SITA neue Arbeitsnormen ein, die einzuhalten teilweise völlig unmöglich war, wie z.B. das Fegen von etwa 27 Kilometer Straße mit dem Besen in acht Stunden. SITA war vom Stadtrat von Brighton und Hove mit der Straßenreinigung und der Müllsammlung beauftragt worden. Als die Arbeiter von den neuen Normen hörten, weigerten sich zwölf von ihnen, diese auszuführen, und wurden suspendiert, also sofort nach Hause geschickt. Als das geschah, riefen die zwölf Arbeiter ihre Kollegen herein, die das Depot bereits verlassen hatten, und erklärten ihnen die Lage. Daraufhin kehrten alle zurück und blockierten die Einfahrten des Depots. Sie wiesen das Vorgehen der Geschäftsleitung zurück und forderten die sofortige Rücknahme der Suspendierungen. Die Antwort der Geschäftsleitung von SITA bestand darin, jetzt alle zu kündigen. Als Folge dessen besetzten die Arbeiter ihren Betrieb - so etwas war in Brighton mindestens zwanzig Jahre nicht mehr geschehen - und stellten folgende Forderungen auf:

¹ Leicht gekürzte Übersetzung eines Textes aus Brighton. Der vollständige englische Originaltext befindet sich auf www.wildcat-www.de.

- * **sofortige Wiedereinstellung aller Arbeiter (der Festen wie der Leiharbeiter)**
- * **Kündigung des Vertrages der Stadt mit SITA**

Tags darauf wurde folgende Forderung hinzugefügt:

- * **Gründung einer Arbeiterkooperative für Straßenreinigung und Müllsammlung**

Der Stadtrat gab daraufhin SITA 48 Stunden Zeit für den Nachweis, daß die Firma in der Lage sei, die vertraglich übernommenen Arbeiten auszuführen. Bei ihren Versuchen, dem nachzukommen und den »Streik« der Arbeiter zu brechen, griff SITA auf örtliche (private) Agenturen zurück, bei denen sie Streikbrecher bestellten. Die Arbeitsplätze der 240 suspendierten Arbeiter wurden in der Lokalpresse ausgeschrieben (nicht nur in Brighton selbst, sondern auch in umliegenden Gegenden wie Worthing und Crawley).

Einige von uns (anarchistische Anhänger der Direkten Aktion und Kommunisten) beteiligten sich gleich am Anfang, sobald wir davon gehört hatten, an dem Kampf und unternahmen zusammen mit den Arbeitern Aktionen. Als allererstes gingen wir mit einigen Arbeitern zum anderen Depot, von dem aus die Streikbrecher loszogen, und hinderten die LKW daran, das Depot zu verlassen. Diese Aktion war äußerst erfolgreich: eine Person von uns kettete sich unter dem ersten Streikbrecher-LKW an, der am Tor stand, was alle anderen LKW davon abhielt, das Gelände zu verlassen. Währenddessen überredeten die Arbeiter die Mehrheit der Leiharbeiter, nicht als Streikbrecher zu arbeiten, teilweise, indem sie ihnen die Lage erklärten, teilweise, indem sie ihnen damit drohten, ihre Gewerkschaft würde dafür sorgen, daß sie in Brighton keinen Job mehr bekommen würden. Als die Feuerwehr gerufen wurde, um unseren Genossen loszuschneiden, erklärte der *shop steward* [gewählter gewerkschaftlicher Delegierter, *ähnlich* dem Vertrauensmann in Deutschland] aus dem Depot die Situation, und in einem großartigen Akt der Solidarität verweigerten die Feuerwehrleute die Mitarbeit und fuhren so schnell weg, wie sie gekommen waren. Die meisten Leiharbeiter, die auf die Anzeige hin gekommen waren, verweigerten die Arbeit, nachdem ihnen klar geworden war, daß sie zu Streikbrechern würden (das war aus der Anzeige nicht hervorgegangen), während SITA und die Geschäftsleitung der Agenturen, die

ebenfalls gekommen waren, um die Situation zu kontrollieren, mit der Entwicklung der Lage keineswegs zufrieden waren. Nur ein LKW, der später ankam, konnte mit einer dreiköpfigen Besatzung rausfahren, um eine Arbeit zu erledigen, die normalerweise mehr als dreißig LKW mit jeweils fünf Mann Besatzung erfordert.

Unsere zweite Aktion betraf die Agenturen, die in Brighton Streikbrecher einstellten. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und auf deren Anfrage hin schrieben wir ein Flugblatt, in dem wir die Proletarier davor warnten, daß die Arbeitsaufnahme sie zu Streikbrechern machen würde, und verteilten diese vor den Agenturen. Die Geschäftsleitungen flippten aus und versuchten uns zu stoppen, indem sie die Polizei riefen. Diese konnte jedoch nichts tun, außer abstrakte Drohungen gegen uns auszustoßen. Nachdem die Geschäftsleitungen der Agenturen merkten, daß sie schlechte Karten hatten, versprachen sie, keine Streikbrecher mehr einzustellen. Dasselbe passierte bei einer Agentur in der Nachbarstadt Worthing, die für SITA arbeitete. Nachdem wir dort Flugblätter an die Arbeiter verteilt hatten, versprach auch diese Agentur, keine Streikbrecher mehr einzustellen.

Dem Kampf der Arbeiter gab die Tatsache, daß wir es in Zusammenarbeit mit ihnen schafften, die Streikbrecher zu stoppen, noch mehr Durchschlagskraft, da SITA dadurch nicht in der Lage war, die 48 Stunden-Frist des Stadtrats einzuhalten. Ohne diesen Erfolg wären die Verhandlungen zwischen den Arbeitern, dem Stadtrat und der Firma definitiv anders verlaufen.

SITA hatte seit Beginn der Besetzung jegliche Verhandlungen mit den Arbeitern verweigert, während die Leihfirma direkt Drohungen ausstieß, um dem Kampf das Rückgrat zu brechen. Nachdem jedoch die Arbeiter zu Aktionen gegriffen und öffentliche Unterstützung erfahren hatten, griff der Stadtrat vermittelnd ein, und ein weiteres Treffen wurde vereinbart. Dort wurde folgende Vereinbarung getroffen: SITA verliert den Vertrag und beendet die Müllentsorgung zum September, die Kündigungen aller entlassenen Arbeiter werden aufgehoben, die Löhne für die Woche der Besetzung voll bezahlt sowie die alten Normen von vor dem 11. Juni wieder eingeführt. Entlassungen müssen zukünftig mit der Gewerkschaft GMB abgesprochen werden, und alle Änderungen der Arbeitsorganisation werden in Zukunft von einem Vertreter des Stadtrats überwacht.

Nach dem September soll es eine andere Lösung geben, die noch unklar ist. Als Neuestes haben wir gehört, daß der Stadtrat eine andere Privatfirma in den Vertrag aufnehmen will. Gleichzeitig arbeiten die *shop stewards* an einem Plan zum Aufbau einer Arbeiterkooperative. Die wahrscheinlichste Möglichkeit ist jedoch die Verpflichtung einer anderen Privatfirma, da eine Arbeiterkooperative die nötigen Mittel erst aufreiben müsste.

Die Wilden Streiks kehren zurück ...

Dieser Kampf scheint aus dem Nichts entstanden zu sein, und doch gibt es Anzeichen für einen allgemeinen Aufschwung von Klassenkämpfen im Vereinten Königreich, in erster Linie von wilden Streiks.² Nur einige Monate vor den Aktionen der Straßenreiniger verbreitete sich ein *wildcat*-Streik bei der Post in wenigen Tagen übers ganze Land. Nachdem ein Postamt in Nordengland sich geweigert hatte, einen Plan zur Intensivierung der Arbeit anzunehmen, versuchte das Management, sie durch andere Postarbeiter zu ersetzen. Aber wohin sie sich auch wendeten, war die Nachricht über den Streik bereits eingetroffen, und dieser verbreitete sich wie ein Lauffeuer, außer Kontrolle der Gewerkschaften. Das Management war gezwungen, seine Pläne zurückzuziehen. Bei der Eisenbahn stießen Pläne zur weiteren Privatisierung andauernd auf Streiks oder zumindest deren Androhung, und auch dort war das Management gezwungen, seine Pläne zurückzustellen oder gar aufzugeben. Der Erfolg all dieser Aktionen ist ganz klar dem Umstand zuzuschreiben, daß die Arbeiter sich entschlossen, ungesetzliche Aktionen, also wilde Streiks anzuwenden, die über die langwierigen offiziellen Vorgehensweisen von Gewerkschaften hinausgehen.

Die Straßenreiniger repräsentieren eine ähnliche Bastion des Widerstands der Arbeiterklasse mit einer langen kämpferischen Tradition.³

² Hier sollten wir eine Veränderung bei den Gewerkschaften nicht außer Acht lassen. In dieser Zeit der Vollbeschäftigung legen viele Gewerkschaften eine neue kämpferische Haltung an den Tag, wobei sie teilweise die Politik von New Labour direkt angreifen.

³ Viele der älteren Arbeiter hatten mehr als zwanzig Jahre bei der Straßenreinigung gearbeitet. Der letzte größere Streik, an dem sie teilgenommen hatten und an den sich viele erinnerten, war ein vierzehnwöchiger Streik mit Besetzung im Jahr 1976, einschließlich offener Straßenschlachten mit der Polizei. Und erst kürzlich, vor wenigen Monaten, hielten die Müllmänner ein Sit-In ab aus

Viele der Arbeitsweisen stammen aus der Zeit vor der Privatisierung der Straßenreinigung (die vor zehn Jahren stattfand!), und SITA hatte seit langem versucht, daran etwas zu ändern - ohne besonderen Erfolg.

Es gab Spekulationen, daß SITA die Situation provoziert hätte (ohne sich jedoch vorstellen zu können, daß sie eine derartige Reaktion ernten würden), um einen neuen Versuch zu starten, die Verhaltensweisen der Arbeiter aus der »schlimmen Vergangenheit« loszuwerden. SITA hätte die erste Suspendierung in dem Wissen begonnen, so hieß es, daß sie nur dazu in der Lage wären, mehr Profit herauszuholen, wenn sie die Arbeit neu organisierten. Sie hätten darauf gesetzt, daß der Rest der Belegschaft auf die Suspendierungen reagieren würde, und wenn sie sie alle rausgeschmissen hätten, könnten sie sie alle einzeln mit neuen Verträgen wieder einstellen. Die hätten dann die neuen Normen enthalten sowie spürbare Lohnsenkungen und, noch wichtiger, die Stärke und Solidarität der Arbeiter gebrochen. Diese Taktik war jedoch nicht von Erfolg gekrönt: die Arbeiter ließen sich nicht spalten. Durch ihre ungesetzlichen Maßnahmen zwangen die Arbeiter das Management in die Defensive. Die Vermittlungen, die ein offizieller Streik vorschreibt, spielten keine große Rolle.

Der Kampf der Arbeiter war auch deswegen in einer besseren Position, weil Vollbeschäftigung herrscht. Das erklärt zum Beispiel, warum die privaten Agenturen schnell gezwungen waren, die Einstellung von Streikbrechern einzustellen, sowie die Tatsache, daß viele der Streikbrecher, die in dem zweiten Depot aufgelaufen waren, leicht überredet werden konnten, den Streik nicht zu brechen, da sie leichter als früher einen anderen Job finden konnten.

Die meisten Bewohner von Brighton unterstützten den Streik sofort, denn sie hatten die Erfahrung gemacht, daß die private Übernahme der Müllbeseitigung durch SITA eine Verschlechterung der Dienstleistung bedeutete, denn die Arbeiten waren weniger regelmäßig und schlechter ausgeführt worden. Obwohl sich nun der Müll in den Straßen stapelte, trafen wir während der ganzen Woche des Kampfes keinen einzigen Menschen, der die Arbeiter dafür verantwortlich machte. Ihr Kampf war vergesellschaftet und gewann dadurch an Stärke. Ähnlich wie bei den Kämpfen bei der Eisenbahn, wo der Verlust an Sicherheit (um nur einen

Protest gegen die Weigerung des Managements, die versprochenen Zuschläge zu zahlen. Auch diese Aktion war erfolgreich gewesen.

Aspekt zu nennen) eine direkte Folge der Privatisierung war, aber mit einer stärkeren Dynamik in ihren Aktionen, erschütterte der Kampf der Müllarbeiter die gesellschaftliche Gleichgültigkeit und erfaßte die gesamte Bevölkerung der Stadt Brighton, wenn auch meist auf eine passive Weise. Die sichtbare Teilnahme von Aktivisten der direkten Aktion an dem Kampf ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß er für andere offen war und alle anging.

Es war wohl auch so, daß der Stadtrat mit SITA nicht gerade zufrieden war, den Vertrag aber auf legale Weise nicht kündigen konnte. Der Kampf der Arbeiter scheint dem Stadtrat die Gelegenheit verschafft zu haben, auf eine Beendigung des Vertrags zu drängen. Das würde erklären, wieso der Stadtrat sich dafür entschied, eine Frist von 48 Stunden zu verhängen, wozu sie niemand gezwungen hatte, und auch die negative Haltung der Lokalpresse erschien dann in einem anderen Licht. Trotzdem bleibt all das Spekulation, denn es ist genauso möglich, daß diese Gerüchte verbreitet wurden, damit der Eindruck entstände, es sei keineswegs unmöglich, SITA loszuwerden.

Wie wurde der Kampf organisiert?

Die völlige Einheit der Arbeiter bei allen Aktionen war einer der wichtigsten positiven Aspekte dieses Kampfes. Die Mehrheit der Arbeiter verbrachte die meiste Zeit im besetzten Depot (mit improvisierten Schlafplätzen und Essen aus der Kantine oder Sandwiches usw.), sie hatten ein Schichtsystem für die Bewachung der Einfahrten aufgestellt, und alle beteiligten sich bereitwillig an praktischen Aufgaben (Streikposten stehen, zu Leiharbeitsfirmen in Nachbarstädten fahren usw.). Die meiste Zeit herrschte eine gute Stimmung. Und obwohl es nie offen ausgesprochen wurde, gab es Sabotage, wurden gewisse Manipulationen an der Maschinerie vorgenommen, um für den Fall einer polizeilichen Räumung einer erzwungenen Rückkehr zur Arbeit vorzubeugen. Nicht wenige Arbeiter waren darauf vorbereitet, sich zu wehren, falls die Polizei versuchen sollte, sie zu räumen (Besen und andere Stöcke standen griffbereit in der Nähe der bewachten Eingänge), auch wenn es ihr erklärtes Ziel war, es bei einer gewaltfreien Aktion zu lassen.

SITA ist eine Firma mit Sitz in Frankreich, und wir machten uns Sorgen wegen der Möglichkeit, daß der Kampf einen »nationalen« Inhalt

bekommen könnte. Doch wenn es auch gelegentlich zu anti-französischen Äußerungen kam, so blieben diese doch am Rand und waren keineswegs bestimmend für den Kampf. Der *Argus*, ein für seine reaktionäre Haltung bekanntes Brightoner Lokalblatt, versuchte zwar durchaus, die Karte des Nationalismus auszuspielen⁴, hatte damit aber keinen Erfolg.

Eines der Probleme, das wir von Beginn des Kampfes an sahen, war jedoch der Mangel an Kommunikation und Information zwischen den Arbeitern. Die ganze Organisation, der Informationsfluß, jede Aktion und jedes Flugblatt ging, auf die eine oder andere Weise, durch die Hände des Gewerkschaftsvertreters. Und dies hatte verschiedene Auswirkungen auf den Kampf:

Einerseits bedeutete das, daß viele der Arbeiter selbst keine genauen Informationen darüber hatten, was gerade ablief, auf welchem Stand die Verhandlungen gerade waren, oder welche Entscheidungen gerade getroffen wurden. Das hieß, daß es jede Menge Gerüchte gab, was ihren Streß manchmal nicht gerade verringerte.

Andererseits war es auch für uns schwierig, von den Arbeitern selbst die komplette Story zu bekommen. Auch wir waren abhängig vom gewerkschaftlichen Vertreter (zum einen zwecks praktischer Aktionen, zum anderen zum Verständnis der Gesamtlage), und wir konnten nicht einfach irgendeinen Arbeiter danach fragen. Oft diskutierten wir mit einigen Arbeitern über bestimmte Fragen des Kampfes, und wenn es darum ging, eine Entscheidung zu treffen, verwiesen uns die meisten an die Gewerkschaft.

Wir können aber nicht abstreiten, daß sich der Vertreter der Gewerkschaft korrekt und kämpferisch verhielt und kein einziges Mal versuchte, sie zu verkaufen oder das Vertrauen zu mißbrauchen, das sie ihm entgegenbrachten, was das beinahe unbeschränkte Vertrauen erklärt. Und in der Tat wurde der Beitrag der Gewerkschaft durch die Militanz der Arbeiter selbst bedingt. Nachdem wir mit den Arbeitern gesprochen hatten, war uns klar, daß es bei einem anderen Gewerkschaftsvertreter sicherlich mehr Versuche zur Selbstorganisation oder zur Basisinitiative von Gewerkschaftsmitgliedern gegeben hätte. (...)

⁴ Der *Argus* berichtete über den Sieg der Arbeiter auf der ersten Seite mit der Schlagzeile »AU REVOIR SITA«.

Die Leiharbeiter

Vielversprechend war auch der Grad an Einheit zwischen den Leiharbeitern und den Festangestellten. Beide Seiten hatten beschlossen, daß sie zusammenhalten und es zusammen durchkämpfen würden, was auch immer passieren würde, als ob sie sich beide in derselben Lage befänden. Das war insbesondere auch für die Leiharbeiter wichtig, da ihre Position viel unsicherer war als die der Festen und viele noch nicht einmal richtige Verträge hatten, da die Agentur sie immer wieder vertröstete.⁵ Einer der Leiharbeiter, mit denen wir uns trafen, hatte schon mehr als fünf Monate auf seinen Vertrag gewartet!

Die Agentur versuchte sich in einer ganzen Bandbreite von Taktiken, um die Leiharbeiter von den Festen abzuspalten, was von dummen Tricks bis zu offenen Drohungen variierte. Zunächst baten sie ihre Arbeiter, sich mit ihnen in einem anderen Depot zu treffen, zu einer Lagebesprechung. Wie sich herausstellte, hatte ihr Plan darin bestanden, sie zur sofortigen Arbeitsaufnahme (also als Streikbrecher) aufzufordern, wobei Verweigerer mit sofortiger Entlassung zu rechnen hätten. Ihre Hoffnung war gewesen, daß sie die Arbeiter auf dem falschen Fuß erwischen würden und sie, getrennt von den anderen Arbeitern, zwingen könnten, zu akzeptieren oder ihren Job zu riskieren. Das funktionierte jedoch nicht, da alle Arbeiter kapierten, worum es dabei ging, und versprachen, bei ihrer Position der Arbeitsverweigerung zu bleiben. Keiner von ihnen erschien bei dem geplanten Treffen mit dem Management der Agentur.

Nachdem dieser Plan gescheitert war, griff die Agentur schnell zu offenen Drohungen, rief bei den Arbeitern zuhause an und informierte sie darüber, daß sie sich als entlassen betrachten könnten, wenn sie sich nicht im anderen Depot einfänden. Die meisten dieser Arbeiter verbrachten ihre Zeit jedoch im besetzten Depot und konnten die Anrufe so nicht entgegen-

⁵ Einer der Arbeiter erklärte uns, daß es in der Vergangenheit im wesentlichen zwei Agenturen gegeben hatte, die Leiharbeiter für die Straßenreinigung zur Verfügung stellten. Eine davon zahlte mehr Geld als die andere, die gemäß Vertrag nur dann Zulagen zahlte, wenn innerhalb einer Woche eine bestimmte Anzahl von Stunden überschritten wurde. Als sich irgendwann Arbeiter der zweiten Agentur über den Unterschied zwischen ihren Bedingungen und denen der anderen Agentur beschwerten, beschloss SITA, daß eine Angleichung der Standards nötig sei, kündigte den Vertrag mit der ersten Agentur und stellte alle Arbeiter über die zweite Agentur wieder ein, was die Löhne aller Leiharbeiter auf das niedrigere Niveau senkte.

nehmen (und die es dennoch taten, leiteten die Nachricht an die anderen weiter, gaben aber vor, ebenfalls nichts davon gehört zu haben). Gleichzeitig bestätigten der Gewerkschaftsvertreter und die *shop stewards* den Beschluß, daß alle Arbeiter zusammenhalten würden, was auch immer geschehe, und daß alle gefeuerten Leiharbeiter die volle Unterstützung der Gewerkschaft hätten.

Am dritten Tag der Besetzung nahmen einige von uns an einem Treffen zwischen Leiharbeitern und einem der *shop stewards* teil. Offensichtlich gab es einige Spannungen zwischen den Leiharbeitern und der Gewerkschaft, aber es gelang uns nie herauszufinden, worum es dabei genau ging, weil sich niemand klar ausdrückte. So wie wir es verstanden, hatten die Leiharbeiter Angst, daß die Gewerkschaft einen Deal mit SITA machen und sie außen vor lassen könnte. Der *shop steward* war sehr darauf bedacht, keine solchen Gerüchte aufkommen zu lassen, und versicherte ihnen aufs Neue, daß die Gewerkschaft hinter ihnen stünde, solange sie hinter dem Kampf stünden. Doch er fügte auch hinzu, mit autoritärem Ton in der Stimme, ihm sei klar, daß »einige« Leiharbeiter herumliefen und Latrinenparolen verbreiteten und daß, sollte das andauern, er sich persönlich »darum kümmern« würde (was immer das heißen sollte). Er fügte hinzu, daß er es nicht zulassen würde, daß ihnen jemand in den Rücken falle, und daß die Leiharbeiter aufpassen sollten, was sie täten, denn schließlich seien sie hier nur »Gäste«. Natürlich wandten sich viele Arbeiter gegen diesen Begriff (»Wir sind Teil des Kampfs, keine Gäste«), und der *shop steward* ließ das schnell wieder fallen. Das Treffen endete damit, daß alle einmütig bestätigten, daß sie bis zum Ende kämpfen würden, in Einheit und Solidarität.

Während der folgenden Tage der Besetzung sahen wir keine weiteren Anzeichen einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Leiharbeitern und der Gewerkschaft, obwohl einige der Leiharbeiter sich wegen der umlaufenden Gerüchte über die genaue Bedeutung des endgültigen Vorschlags des Stadtrats Sorgen machten, als der Gewerkschaftsvertreter von dort zurückkehrte.

Arbeiter und Aktivisten (und mittendrin die Gewerkschaft)

Vom ersten Moment an, als wir uns an diesem Kampf beteiligten, war klar, daß weder die Arbeiter noch die Gewerkschaft uns als Politikos

sahen, die nur ihre Zeitungen verkaufen wollen. Der Grund dafür war, daß wir dort ankamen und Essen, Decken und unsere Bereitschaft mitbrachten, an Aktionen teilzunehmen oder diese mitzuorganisieren. Im Gegensatz zu den Sozialisten, die später dort eintrafen, hatten wir keine Zeitungen, die den Arbeitern erklären wollten, was sie taten, sondern wir nahmen teil, um ihren Kampf zu unterstützen. Die Arbeiter begrüßten uns mit Freude und Freundschaft, und diese Haltung änderte sich nicht bis zum Schluß (nach Beendigung des Kampfs schlugen die *shop stewards* vor, in Verbindung zu bleiben, und falls wir je Hilfe bräuchten, würden sie uns ohne zu zögern helfen, indem sie z.B. eine Arbeitsniederlegung für uns organisieren würden). Und als die Bullen einige von uns an der Einfahrt zum Depot anhielten, gab uns der Gewerkschaftsvertreter Einsatzwesten, wie sie die Arbeiter tragen, damit wir das Gelände ohne Probleme betreten und verlassen konnten. Es war offensichtlich, daß die Arbeiter unseren Beitrag (einschließlich des Plakatierens und des Flugblattverteilens überall in der Stadt) als Teil ihres Kampfes anerkannten.

Gleichzeitig und obwohl wir mit jeder Menge Arbeitern Kontakt hatten, blieben unsere Hauptansprechpartner der Gewerkschaftsvertreter und die *shop stewards*. Gemeinsame Aktionen konnten wir nur über sie organisieren (z.B. die Streikbrecher stoppen oder diejenigen Agenturen mit Flugblättern versorgen, die diese beschäftigten), und oft waren sich viele Arbeiter dessen nicht bewußt, daß wir unsere Aktionen mit dem Gewerkschaftsvertreter absprachen (obwohl dies kein Problem für sie darzustellen schien, vermutlich aufgrund ihres Vertrauens zur Gewerkschaft). Tatsache war, daß der Gewerkschaftsvertreter und die *shop stewards* jederzeit dazu bereit waren, den Einsatz zu erhöhen (und das taten sie auch, als beschlossen worden war, die Streikbrecher zu stoppen), und das genügte uns, um mit der Gewerkschaft auf gutem Fuß zu bleiben.

In bestimmten Momenten war uns klar, daß die Gewerkschaft unsere »Erfahrungen« bei direkten Aktionen ausnützte (wie bei dem Sich-unter-den-LKW-Anketten), aber wir waren uns alle dessen bewußt, und insofern wir die Aktionen sowie ihren Zweck gut fanden, waren wir dazu bereit, dieses Gefühl zu ignorieren. Erst nachdem einige Aktionen, die wir vorbereitet hatten (oder bei denen wir sogar schon mittendrin waren), von der Gewerkschaft zurückgepfiffen wurden, wurde die Möglichkeit diskutiert, eigene Initiativen in Angriff zu nehmen, ohne die Zustimmung der Gewerkschaft zu suchen, und sie nur mit den Arbeitern zu diskutieren. Wenn

wir allerdings in Betracht ziehen, daß wir bei einem Kampf, der sich zu keinem Zeitpunkt verallgemeinerte, Außenseiter blieben, hätten derlei Initiativen sich als kontraproduktiv erweisen können. Doch durch die Art und Weise, in der sich die Dinge entwickelten, wurden solche Zwickmühlen unbedeutend.

Auch die Auswirkungen des Kampfs auf die Szene der AktivistInnen hatten ihre Bedeutung. Im Gegensatz zu der Zersplitterung, in der diese sich meist befindet, brachte dieser Kampf viele von ihnen zusammen. Viele der AktivistInnen wollten unbedingt teilnehmen und helfen⁶, und am dritten Tag hielten etwa 30 Leute aus der Szene der Anhänger der direkten Aktion eine ad-hoc-Versammlung ab und beschlossen, durch Brighton zu ziehen, nach Streikbrecher-LKW zu suchen und diese aufzuhalten. Dazu kam, daß viele der Leiharbeiter, die als »Streikbrecher« im zweiten Depot aufliefen, aus der Szene der Anhänger der direkten Aktion kamen. Als sie hörten, was abging, war klar, daß niemand von ihnen als Streikbrecher arbeiten würde, und so weigerten sie sich sofort, die Linien der Streikposten zu durchbrechen. Die Teilnahme von Anhängern der direkten Aktion am Kampf rückte auch einige ihrer Vorgehensweisen in den Vordergrund. Die Bullen kennen ihre Taktiken mittlerweile ziemlich gut, und wenn diese bei den üblichen direkten Aktionen angewandt werden, wird ihre Effektivität nicht so sichtbar. Aber diesmal waren die Bullen völlig überrascht, als sie ähnlichen Taktiken bei einem Arbeiterkampf gegenüberstanden. Man könnte daraus diverse Erkenntnisse ziehen.

Was nun?

Gemessen am Potential des Kampfs war das Ergebnis definitiv ein Sieg für die Arbeiter (auch wenn einige sich wütend darüber äußerten, daß SITA

⁶ Allerdings hörten wir, daß einige Tierrechts-AktivistInnen sich weigerten, sich am Kampf zu beteiligen, weil die Arbeiter 'sexistisch' seien (und vielleicht sogar 'Fleischfresser'). Abgesehen von der Lächerlichkeit solcher moralischer Haltungen wurden solche Dinge durchaus für möglich gehalten (immerhin handelte es sich um einen Betrieb mit etwa 250 Menschen ausschließlich männlichen Geschlechts), doch die Situation im Depot, die wir vorfanden, machte jegliche derartige Spekulation gegenstandslos. Niemand von uns erlebte irgendeine Art von 'Sexismus' oder 'Rassismus'. Ein Aktivist machte die Bemerkung, wenn die anarchistische Buchmesse in London lediglich aus 250 Männern bestünde, würden sexistische Haltungen definitiv stärker aufscheinen, als es uns im Depot entgegentrat.

bis September im Geschäft bleiben soll). Die abschließende Einigung erfüllte einen Großteil der Forderungen, und der Aufbau einer Arbeiterkooperative bleibt eine der möglichen Optionen, obwohl wir das, wie gesagt, für ziemlich unwahrscheinlich halten. Außerdem löst eine solche Entwicklung keines der wirklichen Probleme. Obwohl die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter möglicherweise (zumindest für eine Weile) besser wären, wenn der Aufbau einer Kooperative gelänge, stellt eine solche Lösung im Endeffekt nur die Selbstverwaltung ihrer Ausbeutung dar. Natürlich schafft jeder Kampf sich seine eigene Dynamik und damit seine eigenen Potentiale. Und wenn wir in Betracht ziehen, daß der Kampf der Straßenreiniger nicht inmitten einer verallgemeinerten Krise der Gesellschaft stattfand, die es erlauben würde, daß sich weitere Möglichkeiten eröffnen und radikalere Umwandlungen stattfinden, sind wir versucht zu sagen, daß eine Arbeiterkooperative einen (teilweisen) Sieg der Arbeiter darstellen würde. Aber wenn wir denken, daß eine Arbeiterkooperative keine Aussicht haben kann, so entspringt das nicht einer ideologischen Sichtweise, die mit allem unzufrieden ist, was nicht konkret die Lohnarbeit und das Wertgesetz angreift. Indem sie sie für ihre eigene Entfremdung verantwortlich macht, integriert eine Arbeiterkooperative die Arbeiter als »gleiche« Mitglieder einer kapitalistischen Gesellschaft, in der sie selbst für deren Profite verantwortlich sind. Eine solche Situation würde wahrscheinlich die meisten von ihnen davon abhalten, sich an Kämpfen zu beteiligen, wenn für das Kapital das nächste Mal Veränderungen der Arbeitsbedingungen notwendig werden.

Für uns liegt die hauptsächliche Bedeutung dieses Kampfes darin, daß die Arbeiter sich dafür entschieden, illegale kollektive Aktionen anzuwenden, daß sie sich bis zum Schluß einig blieben, und daß sie ihren Kampf offen hielten für weitere Kreise der Gesellschaft, die schließlich alle zu ihrem Sieg beitragen. Obwohl die Aussichten für wirklich günstige Entwicklungen in diesem Betrieb eher schlecht wirken, bleibt die Frage, inwiefern ihr Kampf andere in der Region oder gar im Vereinten Königreich beeinflussen wird, weiterhin offen. (...) ■

Brighton, Juli 2001

Indonesien Mitte 2001

Nach der Krise ist in der Krise ist vor der Krise

Aus dem nach der Zahl der Bevölkerung viertgrößten Land der Welt haben wir in den letzten Jahren schon oft berichtet, siehe z.B. Wildcat-Zirkular 45 (Juni 1998) oder Wildcat-Zirkular 54 (Oktober 1999). Jetzt, drei Jahre nach dem Sturz des Diktators Soeharto, nach drei Jahren »Reformasi« und wirtschaftlicher und politischer Krise, aber auch vieler Hoffnungen und unglaublich vieler Kämpfe, scheint die Entwicklung vorläufig stecken geblieben zu sein – auf allen Ebenen.

Bis zur Asienkrise wurde Indonesien von den Institutionen des Kapitals für seine Entwicklung hochgelobt, die autoritären und repressiven Verhältnisse unter dem seit Jahrzehnten herrschenden Soehartoregime in Kauf genommen. 1997/98 kommt das Regime durch die mit der Krise einhergehenden Probleme (Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit, Währungsverfall) in ernste Schwierigkeiten. Schließlich bringen Preiserhöhungen für Benzin und Kerosin das Faß zu Überlaufen: Die Reformen fordernde, sich zunehmend radikalisierende Studentenbewegung, in Kombination mit Aufständen gegen Preiserhöhungen führen sogar bei den Eliten zu einem Bekenntnis für Reformen und erzwingen den Rücktritt des Diktators.

Der Demokratisierungsprozess läßt tausend Blumen blühen: eine rege gesellschaftliche Diskussionskultur, ausgedrückt durch eine Vielzahl neuer Zeitungen; tägliche Proteste gegen Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmißbrauch; Gewerkschaften und linke Gruppen schießen wie Pilze aus dem Boden. Trotz der trostlosen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung gibt es eine fühlbare Aufbruchstimmung, vor allem weil die staatlichen Machtorgane (Militär, Polizei) durch Kritik und Proteste in die Defensive gerieten und zurückgedrängt werden konnten. In dieser Stimmung wurde es denkbar, mehr als Reformen oder » Reformasi total« zu fordern. Ein populäres Lied und Slogan heißt: »*Revolusi sampai mati*« (Revolution bis zum Tod).

Drei Jahre sind seit dem Sturz der Diktatur vergangen. Drei Jahre, in denen die Revolution bekanntlich nicht stattgefunden hat. Wie hat sich die Situation entwickelt?

Die Lage

Die Demokratisierung war oberflächlich gesehen erfolgreich. Im Gegensatz zu vielen Befürchtungen gab es bisher weder Militärputsch noch allgemeinen Bürgerkrieg. Das Osttimorproblem wurde an die UN abgegeben. Bei den ersten freien Wahlen gab es keine großen Probleme, vorher waren zahlreiche Parteien entstanden. Gewerkschaften wurden legalisiert, es bildeten sich praktisch täglich neue, sowohl unabhängige, als auch Dachverbände, als auch Ableger von Parteien. Man sollte die Veränderungen aber auch nicht überschätzen, viele Leute haben sich zwar das Mäntelchen *Reformasi* angezogen, aber die Strukturen, sowohl im Staatsapparat, als auch in der Wirtschaft wurden nicht wirklich verändert. Die meisten Positionen, bis hinunter zum Dorfvorsteher oder städtischen Blockwart, werden nicht nur von den gleichen, sondern schlicht von den selben Leuten wie zur Zeit der *Orde Baru* (Neue Ordnung = Soehartoregime) besetzt gehalten.

Die »politische Klasse«, die Elite, bietet ein jämmerliches Schauspiel von ständigen Machtkämpfen, Kungeleien und Intrigen. Dies war vorauszusehen. Im November '99 schrieben wir über die damals frischgebildete Mehrparteienregierung: *»Das verzwickte Problem: Wer kommt jetzt an die Töpfe, ist gelöst mit der schlichten Antwort: Alle. Das neue Kabinett umfaßt nun alle Parteien, Machtfaktionen, ethnische Gruppen und Religionen, die alten Kräfte ebenso wie einige wenige moderne Liberale, Hard-Core Moslems und Katholiken... also das ganze Spektrum der Elite in Jakarta. Ein Kompromiß, der wohl zu groß ist, um lange zu halten einerseits, andererseits aber auch kaum eine Person übrig läßt, die einspringen könnte, wenn dieses Projekt scheitert.«* (Wildcat-Zirkular 54)

Jedem ist klar, daß diese Gestalten nur sich selbst bereichern wollen, die meisten Indonesier beantworten die Frage nach der Ursache der nicht endenden Krise auf allen Ebenen mit den Spielchen der Elite. Zur politischen Krise gehören auch »ethnische« oder »religiöse« Massaker (Molukken, Kalimantan, Sulawesi) sowie das laufende Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten wegen angeblicher Verwicklung in zwei Finanzaffären, deren Dimensionen im Vergleich zu den üblichen indonesischen Korruptionsskandalen eher gering sind. Viele Indonesier sind der Meinung, all dies dient nur dazu, den Präsidenten in Mißkredit zu bringen, den sie noch für einen der Respektabelsten in dieser Schlangengrube halten. Es

gibt linke Aktivisten, die einen Bürgerkrieg zwischen den Anhängern des Präsidenten und denen der *Orde Baru* noch in diesem Jahr für möglich halten.

Ziemlich aggressiv treten z.Z. »Antikommunisten« auf, die wohl von **Golkar** (Regierungspartei unter Soeharto) und Teilen des Militärs angestiftet und finanziert werden, um zu zeigen, daß das Land nach dem Chaos der Demokratie wieder Recht und Ordnung, also Militärherrschaft, braucht. Und in der Tat: bei einer Umfrage unter 600 Indonesiern erklärten 76%, daß sie sich nach der Sicherheit und Stabilität der Soehartozeit (aber ohne dessen Repression) zurücksehnten. Der Kampf gegen den »Kommunismus« ist außerdem ein Vorwand, um Aktivisten der sozialen Bewegungen zu bedrohen und einzuschüchtern. Eine politische Bewegung, die sich auf den Kommunismus bezieht, gibt es in ganz Indonesien nicht, kommunistische Bücher sind weiterhin illegal.

Ein Kommentar aus der **Jakarta Post Online** (14.3.2001) bringt die weitverbreitete Enttäuschung über die politische Elite zum Ausdruck: *»Vielleicht wäre unsere Nation besser dran ohne Führer, die die Menschen als bloße Schachfiguren herumschieben, um ihren Machthunger zu befriedigen, um sich anbeten zu lassen, und um sich mittels Steuern finanzieren zu lassen. Vielleicht braucht diese Nation keine Führer. Vielleicht sind es in Wirklichkeit diese vier Führer (Anm.: die Chefs der größten Parteien, die auch die wichtigsten Staatsposten innehaben) die die Menschen brauchen, um ihrem Leben Bedeutung zu geben. Vielleicht sollte diese Nation aufhören, nach Führern zu suchen und ihre Angelegenheiten selbst regeln.«*

Wenn dem Staat Autorität und Kontrolle schwindet, gewinnen Ersatzverhältnisse noch stärkere Bedeutung, wie der sogenannte Premanismus. Darunter versteht man alle Arten von nicht- oder halbstaatlichem organisiertem Verbrechen. Es gibt z.B. paramilitärische Gruppen der Parteien – vor allem von Soehartos Golkar, aber auch von der Vorzeigereformpartei PDI-P – die Glücksspiel betreiben, Schutzgelder erpressen, Journalisten angreifen, Streiks aufmischen. Diese Gruppen treten oft sehr offiziös auf, mit Uniform, legal aussehenden Ausweisen und mehr. Ihre Geschäftsfelder teilen sie mit Jugendbanden und nach ethnischer Herkunft organisierten Gangs. Allein für Medan (2,5 Mill. Einwohner) wird die Zahl der Preman auf 20 000 geschätzt.

Unternehmen zahlen an solche Preman Schutzgelder, die oft höher sind als die Lohnkosten. Manche Fabriken halten sich ganze Privatarmeen, vor allem solche, die wegen Umweltsauereien mit der Wut der Anwohner rechnen müssen.

Da diese Banden, vor allem die Vorfeldorganisationen der ehemaligen Regierungspartei **Golkar**, zu Soehartozeiten mit Polizei und Verwaltung liiert waren, tun sich die Behörden schwer mit ihrer Bekämpfung. Bus- und LKW-Fahrer in Nordsumatra und Zentraljava, denen Preman das Einkommen abpreßten, blieb nichts anderes übrig, als in den Streik zu treten, um die Sicherheitskräfte zum Eingreifen zu veranlassen, weil diese trotz Beschwerden untätig geblieben waren. Schwindendes Vertrauen in Polizei und Behörden ist auch einer der Gründe für zunehmende Selbstjustiz und Lynchmorde.

Die Reformbewegung konnte vom Kapital nicht in Erneuerung umgesetzt werden: die Bankenreform dümpelt dahin, Korruption ist immer noch Alltag, innenpolitische Spannungen, sowie Streiks und Proteste schrecken Investoren ab, zwischen 1997 und 1999 gingen die Investitionszusagen aus dem Ausland um fast zwei Drittel zurück. Der Vorsitzende des Rats der Indonesischen Unternehmen drohte Mitte 2000: Die häufigen Arbeiterproteste könnten dazu führen, daß mindestens 20 ausländische Industrieunternehmen das Land verlassen, mehrere Firmen hätten die Produktion bereits eingestellt.

Probleme fürs Kapital auch bei der Öl- und Gasförderung, Öl und Gas sind die wichtigsten Exportartikel. Der Direktor des größten indonesischen Rohölproduzenten **PT Caltex Pacific Indonesia** gibt die durch Proteste (mindestens 30 von Jan. bis Okt. 2000) verlorengegangene Fördermenge mit 30 000 Barrel/Tag an. Andere Ölgesellschaften waren ebenfalls von Unruhen betroffen, so daß Indonesien seine OPEC-Quote nicht erfüllen konnte. **ExxonMobil** mußte im März 2001 seine Gasförderung im Aceh einstellen, wegen Übergriffen des Militärs oder der acehnesischen Unabhängigkeitsguerilla.

Indonesien hat die Asienkrise bisher nicht hinter sich gebracht. Im Jahr 1998 fiel das Bruttoinlandsprodukt um 13%, die Inflation erreichte stolze 70%. Dieser drastische Einbruch ist zwar überwunden, 2000 wuchs das BIP um 4,8%, die Inflation war auf moderate 3,8% gesunken, aber für 2001 deuten sich wieder ungünstigere Zahlen an: BIP: +3,5%, Inflation: 9%. Die Währung fiel im April 2001 im Verhältnis zum US\$ auf den

niedrigsten Stand seit September '98 und zwar (typisch!) anlässlich parlamentarischer Auseinandersetzungen um Korruptionsvorwürfe gegen den Präsidenten.

Mit dem Konjunkturreinbruch in den USA und Europa wird die wirtschaftliche Lage in Indonesien noch schwieriger werden. Die **Asian Development Bank** schreibt in ihrem *Outlook 2001*, besonders gefährdet seien Länder, bei denen die Erholung der Wirtschaft sehr von Exporten abhängt, bei denen die Umstrukturierung des Finanz- und Unternehmenssektors nicht bewältigt ist, und wo politische Unsicherheiten herrschen. Zu Indonesien heißt es: »*Obwohl weiteres Wachstum für 2001 und 2002 vorausgesagt wird, werfen Brüchigkeit von Frieden und Ordnung, das hohe Niveau öffentlicher und privater Schulden, das langsame Tempo bei den Regierungsreformen und das schwache Bankensystem einen Schatten auf die Wirtschaftsaussichten.*«

Auch für die Bevölkerung sieht es recht finster aus: Man darf jetzt demonstrieren, sich organisieren und streiken, aber der Lebensstandard ist niedriger als zu Zeiten der Diktatur. Selbstverständlich nicht für alle. Der Vorsitzende eines kürzlich von der Regierung ins Leben gerufenen Expertenteams gegen die Armut sagte, es sei Ironie, daß die Reichen in Indonesien während der Krise reicher geworden seien: »*Diejenigen mit Deviseneinkommen oder einem ausländischen Bankkonto konnten Nutzen aus besseren Wechselkursen ziehen, während einheimische Konten durch die hohen Zinsen fatter wurden.*« Vor allem in Jakarta geben sich diese Krisengewinnler dem Vergnügens- und Konsumrausch hin.

Wer vorher schon arm war, ist noch ärmer geworden. Schon vor der Krise lagen die Löhne unter den Lebenshaltungskosten. Die ArbeiterInnen kompensierten das, indem sie sich z.B. zu mehreren ein Zimmer teilten, oder durch Überstunden oder einen zweiten Job nach Feierabend. Außerdem gab es vor der Asienkrise deutliche Reallohnsteigerungen, in der Industrie um über 30% von 1992 bis 1996 (*ILO, lt. UNIDO stiegen die industriellen Reallöhne von 1990 bis 1995 um über 70%!.*). Das machte natürlich Hoffnung auf mehr, die dann bitter enttäuscht wurde. 1998 fiel das Realeinkommen wegen hoher Inflation und niedriger Lohnsteigerungen um 30-40% im Vergleich zum Vorjahr. Im Januar '97 konnte man für den gesetzlichen Mindestlohn eines Tages 6,3 kg Reis kaufen, im Juni '98 2,6 kg, im Mai 2001 (in Medan) 4,8 kg. Durchschnittlich geben die Indonesier heute 65% ihres Einkommens für Essen aus, 1996 waren es nur

55%. Im Oktober 2000 haben NGOs und Gewerkschaften die Lebenshaltungskosten in Medan detailliert berechnet. Bereits die Kosten für ausreichendes Essen übersteigen den Mindestlohn. Das gilt für den Fabrikarbeitermindestlohn (zu dem es noch ein paar Zulagen gibt), an den sich aber auch nicht alle Fabriken halten. In einigen Bereichen, wie Dienstpersonal und Landwirtschaft, sind die Löhne viel niedriger. Klar, daß es Mindestlohnvorschriften nur im formellen Sektor gibt. Wegen der niedrigen Preissteigerungsrate des Vorjahrs und Lohnerhöhungen hat das Reallohnniveau mittlerweile wieder 80% des Vorkrisenniveaus erreicht. Das ist lediglich ein geschätzter Durchschnittswert, durch die hohe Arbeitslosigkeit sind inzwischen erheblich mehr Menschen als früher ganz ohne regelmäßiges Einkommen. Die **Zentrale Statistikbehörde** gibt die Arbeitslosenquote mit 6,5-7% an (1997: 4,7%), Experten schätzen den Anteil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten auf 40% der Erwerbsbevölkerung.

In Jakarta soll der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze bei 40% liegen. Zu den Armen gehören: 1. Neuzuwanderer vom Land, traditionelle Dritte-Welt-Armut sozusagen (kommen vom Land oder werden von dort vertrieben, landen in städtischen Slums, gelangen nie in den formellen Sektor); 2. Opfer der Modernisierung unter Soeharto, als reihenweise alte Siedlungen plattgemacht wurden, deren Bewohner zwar schon lange, teilweise seit Generationen, ansässig waren, aber keine formalen Landtitel vorweisen konnten; 3. seit der Krise viele entlassene Arbeiter, vor allem aus Fabriken und Bauindustrie.

In der Krise haben die Leute verschiedene Überlebensmechanismen entwickelt. Zunächst durch Verkauf von »Vermögenswerten« und Kreditaufnahme. Es liegt auf der Hand, dass dies auf Dauer nicht funktioniert. Der informelle Sektor hat sich um vier Millionen Personen ausgeweitet (*ILO, Jakarta 1999*). Dabei handelt es sich vor allem um persönliche Dienstleistungen, wie Straßenhandel, Becakfahren oder Prostitution. Auch das läßt sich nicht beliebig ausweiten, da mit steigender Zahl dieser Dienstleister die Einnahmen des Einzelnen sinken.

In Jakarta allein soll es zwei Millionen Straßenhändler geben (*Jakarta Post, 21.5.01*). Sie werden unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Premanismus schwer unter Druck gesetzt, Razzien werden veranstaltet, Waren beschlagnahmt. Es gibt wohl wirklich mafiöse Gruppen, die von den Straßenhändlern Schutzgelder eintreiben und Bullen bestechen. Der

Straßenhandel selber ist aber vor allem eine Überlebensstrategie von Leuten, die in der Krise ihren festen Job verloren haben.

Städtische Arme neigen zu Aufständen, wenn die Lage verzweifelt ist. Das ist sowohl der indonesischen Regierung, als auch den internationalen Kapitalinstitutionen bewußt, bei den Mai-Riots '98 wurde ihnen das zum x-ten Mal vor Augen geführt. Ganz erschrocken stimmte der **IWF** sofort der Rücknahme der von ihm selbst verlangten Kürzungen von Kraftstoffsubventionen zu, im September '98 übte der **IWF** Druck auf die indonesische Regierung aus, die Reispreise zu senken. Im letzten Jahr forderte der **IWF**-Repräsentant in Indonesien die Regierung auf, Subventionsstreichungen für Energie und Kerosin auszusetzen: »Wir wollen keine Instabilität durch Preiserhöhungen.« Auch in diesem Jahr wurden zunächst geplante Subventionskürzungen bei Kraftstoff zurückgenommen, jedenfalls für Privatverbraucher, dann aber doch beschlossen, weil das Defizit im Staatshaushalt wegen Verschuldung und Inflation zu groß geworden war und der **IWF** keine neuen Kredite mehr rausrücken wollte. Die Verschuldung ist allerdings eine Folge der **IWF**-Intervention in der Asienkrise.

Manche arbeitslos gewordenen Städter sind zu ihren Familien aufs Land zurückgekehrt, die Beschäftigtenzahl in Land-, Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft stieg von 1997 bis 2000 um 6 Millionen (dabei muß man beachten, daß die gesamte Erwerbsbevölkerung pro Jahr um mehr als 2 Mill. zunimmt). Trotz der schlechten Lage der städtischen Armen ziehen aber mehr Leute in die Städte als umgekehrt. Der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung stieg von 1995: 35,6% auf 1999: 39,8%. Das kommt schlicht daher, daß auf dem Land die Armut noch größer ist: 60% der Indonesier leben auf dem Land, 70% der Armen und 5/6 der 3 Mill. Straßenkinder (*Garda, 9.5.01*) wohnen auf dem Land. 1998 wurde Indonesien zum weltweit größten Empfänger von Nahrungsmittelspenden, obwohl es eigentlich keinen Mangel an Lebensmitteln gab. Die Spenden wurden (und werden!) benutzt, um die städtischen Slumbewohner zu befrieden. Damit können die einheimischen Bauern natürlich nicht konkurrieren. Der Bericht »*Manufacturing a Crisis: The Politics of Food Aid in Indonesia*« (*Food First, 1999*) beschuldigt die USA, Kanada, Australien, Japan und andere Geberländer, lediglich Absatzmärkte für ihre Weizen- und Reisüberschüsse zu suchen. Außerdem sind die Weltmarktpreise für Reis in den letzten zwei Jahren um fast die Hälfte gefallen. Die bäuerliche Landwirtschaft steht laut Expertenmeinung (*JP, 24.4.2001*) kurz vor

dem Zusammenbruch. Dies wird den Zustrom in die Städte weiter beschleunigen und dort die Zahl der Armen zunehmen lassen.

Die Bewegungen

Kämpfe gibt es viele, sehr viele, in allen Bereichen. Man kommt trotzdem um den Eindruck nicht rum, daß sich der politische Elan von '98 verbraucht hat, vor allem an den Unis ist der Schwung raus. Nicht mal die an einigen Universitäten drastisch gestiegenen Studiengebühren lösten nennenswerte Proteste aus. Religiöse Gruppen spielen wieder eine große Rolle.

Auf dem Land gibt es weiterhin viele Demos und Besetzungen, bei denen es um Grund und Boden geht, der in der Soehartozeit zugunsten von Staatsplantagen oder Fabriken enteignet oder zu Spottpreisen den Bauern zwangsweise abgekauft wurde. Dabei kann es schon mal zu Zusammenstößen zwischen Bauern, die ihr Land zurück haben wollen, und Fabrik- oder Plantagenarbeitern kommen. Die meisten Angriffe auf protestierende Bauern kommen aber von den bezahlten Schlägern der Unternehmen.

Bei den »urban poor« organisieren vor allem NGOs. Typisch für solche Organisationen sind die jungen ehrenamtlichen Aktivisten, meist Studenten. Nachdem sich viele junge Leute in der inzwischen abgeschlafften Studentenbewegung politisiert haben, versuchen sie in anderen Bereichen zu organisieren. Einige dieser NGOs sind eher humanitär, andere setzen auf Schulung und Förderung der Selbstorganisation. In vielen Städten haben sich mit Hilfe solcher NGOs Becak(Fahrradrikscha-)fahrer organisiert.

Das **Wall Street Journal** (24. Mai 2000) thematisiert unter der Überschrift »Indonesia Worker Strikes on Rise, May Slow Recovery« die zunehmenden Arbeitskämpfe in Indonesien, die »*einheimischen und ausländischen Unternehmen schwere Kopfschmerzen bereiten*«. Die Zahl der Arbeitskämpfe soll sich im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt haben (JP, 25.4.00). Aber diese vielen Streiks kommen immer noch nicht zusammen. Wenn in einem Industriegebiet nur wenige hundert Meter voneinander zwei Streiks in ähnlichen Betrieben stattfinden, kommen die ArbeiterInnen nicht auf die Idee, zusammen was zu machen, u.a. deshalb,

weil sie in verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind. Es gibt Dutzende registrierte Gewerkschaftsverbände und hunderte Einzelgewerkschaften.

Inhaltlich haben sich die Arbeiterkämpfe auch nicht weiterentwickelt. Beispiel: Die erfaßten Arbeitsunfälle stiegen zwischen 1995 und 1999 um mehr als 20%, von den ca. 170 000 indonesischen Unternehmen haben nur ca. 1600 Programme zum Schutz der Gesundheit ihrer Beschäftigten, trotz der teilweise fürchterlichen Arbeitsbedingungen sind Forderungen nach Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz immer noch selten.

Ende der 80er Jahre gab es in Südkorea eine Situation, die an Indonesien '98 erinnert. Eine gegen die Diktatur gerichtete Studentenbewegung und Arbeiterkämpfe brachten das System in ernste Schwierigkeiten. Diese revolutionäre Drohung wurde mit Demokratisierung und erheblichen Lohnsteigerungen aufgekauft. Die zunächst radikalen und militanten Gewerkschaften entwickelten sich zu Ordnungsfaktoren. In Indonesien sind die Gewerkschaften noch auf dem Weg zu solchen integrierenden Vermittlungsinstitutionen.

Nach '98 haben sich die Arbeiteraktivisten (meist ehemalige Studenten), die plötzlich nicht mehr im Untergrund waren, erstmal an die neuen Möglichkeiten gehalten. Und sie haben den ArbeiterInnen nix zugetraut. Und Angst gehabt vor einem Rückschlag, wenn man zu schnell vorgeht. Ein selbst miterlebtes Beispiel: Das örtliche Büro eines kleinen Gewerkschaftsverbandes wird von über hundert jungen Arbeiterinnen gestürmt, die streiken wollen und von den Gewerkschaftern Hilfe und juristischen Rat bei der Vorbereitung des Streiks wünschen. Man diskutiert lange, welche Forderungen man aufstellen soll. Es stellt sich heraus, daß die Firma bereits alle gesetzlichen Vorschriften einhält. Schließlich bekommen die ArbeiterInnen den Rat, erstmal eine Gewerkschaft im Betrieb zu gründen. Ohne Gewerkschaft hätten die jungen Frauen wahrscheinlich einfach gestreikt.

Es sind nicht nur die Gewerkschaftsaktivisten, die den ArbeiterInnen nahe legen, die verbesserten rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. In einer Zigarettenfabrik gab es innerhalb von acht Monaten neun Streiks. Die ersten Streiks waren noch spontan und ohne Forderungen. Sie entstanden aus der Wut über Zumutungen der Firma, noch ohne Ziel, wie eine Arbeiterin sagt. Dann wurde die Forderung nach bezahlten freien Tagen aufgestellt. Die aktivsten Frauen trafen sich privat und stellten, in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Rechtshilfeinstitut, für die nächsten Streiks zu-

nächst fünf, dann 15 Forderungen auf, z.B. Überstundenzuschläge, bezahlte Freistellung bei Menstruation, drei Monate bezahlten Schwangerschaftsurlaub, Essensbonus, etc. Solche Forderungen werden als »normatif« bezeichnet, weil damit gesetzliche Vorschriften, die das Unternehmen nicht einhält, eingefordert werden. Sie spielen bei vielen Streiks eine Rolle. Durch die neuen Gesetze, die Streikteilnehmer unter bestimmten Bedingungen vor Entlassungen schützen, hat man die Chance, ein bißchen was durchzusetzen, wenn man sich an die Regeln hält. Immerhin konnten nach dem Kriseneinbruch wieder steigende Arbeiterlöhne erreicht werden. Daß ArbeiterInnen eine kämpferische Stimmung im Betrieb nutzen, um materielle Verbesserungen durchzusetzen, ist angesichts des Elends nur zu verständlich, aber eigentlich sind die Gründe für die Wut viel allgemeiner. Manchmal kann man das an den Forderungen noch erkennen, wenn z.B. die Ablösung eines besonders unverschämten Vorgesetzten verlangt wird, oder das Recht, bei der Arbeit Make-up tragen zu dürfen.

Diejenigen, die radikalere Vorstellungen haben, oder militanter kämpfen wollen, müssen mit Repressionen rechnen und manchmal nicht nur die. Die indonesischen Unternehmen, allen voran jene, bei denen Lohnkosten einen hohen Anteil an den Produktionskosten haben (z.B. Textil- und Schuhfabriken), sind nämlich gar nicht froh über Gewerkschaftsbildung und Streikrecht. Vor 1998 kamen 95% aller Beschwerden ans Arbeitsministerium von Arbeiterseite, heute kommt die Hälfte von den Arbeitgebern. Im März 2001 wurden die streikenden Arbeiter der Autositzfabrik **PT Kadera**, die die Fabrik besetzt hatten, von 500 angeheuertem Schlägern angegriffen, zwei Arbeiter getötet. Es kommt immer wieder vor, daß Gewerkschafter entlassen werden, entweder nur die »Rädelsführer« oder gleich alle Streikteilnehmer. Wenn es militante Aktionen gegeben hat, oder auch einfach nur Blockaden, müssen Gewerkschafter nach wie vor damit rechnen, wegen Anstiftung zu strafbaren Handlungen im Knast zu landen. Und Arbeitsgesetze, die demnächst in Kraft treten sollen, werden es zukünftig noch leichter machen, Rädelsführer zu entlassen.

Internationale Kontakte sind für indonesische ArbeiterInnen schwierig. Fast niemand spricht Englisch, obwohl es großes Interesse am Englischlernen gibt. Deshalb kommt Zusammenarbeit/Diskussion/Solidarität vor allem über internationale Gewerkschaftsverbände oder NGOs zustande, zu deren Bedingungen natürlich. Es gibt etliche Solidaritätskampagnen von politisch Aktiven in den reichen Ländern für die ArbeiterInnen in Indone-

sien (und anderswo), wobei an die Leute in den Industriestaaten meist als Konsumenten (der von den ausgebeuteten Billiglohnarbeitern in der Dritten Welt hergestellten Waren) appelliert wird. Internationale Arbeitersolidarität ist nach wie vor selten.

Eine Protestbewegung gegen die internationalen Kapitalinstitutionen ist erst am Anfang und bisher fast ausschließlich eine Angelegenheit von NGO-Aktivisten.

Schlußfolgerung

Im Juni '98 formulierten wir: *»Aber Not, Elend und enttäuschte Hoffnungen allein reichen nicht, um Revolution zu machen. Notwendig ist ein Prozeß von gesellschaftlicher Diskussion, proletarischer Selbstorganisation und von Kämpfen, auch innerhalb der proletarischen Klasse selber. Wir können hoffen, daß dieser Prozeß im Rahmen der politischen Öffnung in Indonesien vorangeht.«*

Ein Arbeiter hat die Frage, warum es in Indonesien keine Revolution gegeben hat, so beantwortet: Für die Arbeiter hat sich im Alltag erstmal nicht soviel geändert, außer daß sich die Bewältigung des täglichen Lebens wegen der Krise als noch schwieriger als vorher dargestellt hat. »Reformasi« sei doch mehr eine Sache der Elite gewesen. Die Freiheit und Möglichkeiten zu organisieren und zu streiken haben die Arbeiter schon gerne wahrgenommen und genutzt. Aber auch gemerkt, daß sich die Strukturen nicht wesentlich geändert haben. *»Makan dulu, Revolusi nanti.«* (Erst kommt das Essen, dann die Revolution«)

Für das Proletariat hat es keine »Reformasi« gegeben. Im Gegenteil: Es gelingt der herrschenden Klasse bisher, die Kosten der Krise auf die Armen – Arbeiter im formellen und informellen Sektor, Bauern, Arbeitslose – abzuwälzen. Die bezahlen durch einen niedrigeren Lebensstandard, während es sich die Mittel- und Oberschicht sichtbar gutgehen läßt.

Es ist nicht entschieden, wie sich die derzeitigen Blockaden lösen werden. Revolution würde voraussetzen, daß sie auf Akzeptanz stößt, unter den Kollegen, Nachbarn etc. Das wiederum setzt die Entwicklung von Arbeitermacht und Gegenkultur voraus. Diese Entwicklung ist in den letzten drei Jahren nur schleppend vorangegangen, u.a. deshalb, weil in 30 Jahren Diktatur der Antikommunismus Staatsideologie war und den Leuten von klein auf eingetrichtert wurde. Ablehnung von allem, was kom-

munistisch sein könnte, ist in der Bevölkerung weit verbreitet. Und vor allem gibt es noch immer große Angst davor, mit Kommunismus in Verbindung gebracht zu werden.

Falls die Wirtschaftsflaute in den USA, Europa, Japan länger anhält, auf Indonesien durchschlägt und sich dadurch die Lebensbedingungen weiter verschärfen, kann leicht wieder eine explosive Situation wie '98 entstehen. Und dann wird es keine Illusionen in Demokratie oder Reformen mehr geben. Vielleicht gelingt es den Herrschenden ja, die Wut in proletarische Selbstzerfleischung umzulenken, wie so oft in Indonesien. Vielleicht aber auch nicht und der Klassenhaß trifft ausnahmsweise mal die Richtigen. ■ *Welt in Umwälzung, 21.5.2001*

Antifa in Indonesien

Interview mit der Aksi Anti-Fasisme/Rasisme (Antifaschistische und antirassistische Aktion, AFRA), Jakarta

Obwohl es an fast jeder Ecke ein Internetcafé gibt, ist die indonesische Gesellschaft insgesamt immer noch relativ isoliert vom Rest der Welt. Dafür gibt es viele Gründe, die wichtigsten sind die tatsächlich große Abgeschnittenheit während der 30 Jahre Diktatur und die Sprachbarriere. Wenig Ausländer verstehen die Bahasa Indonesia (obwohl leicht zu erlernen) und aufgrund der Armut (die in Dollar gerechnet unvorstellbar groß ist) haben nur sehr wenige IndonesierInnen die Gelegenheit, ein halbwegs brauchbares Englisch zu lernen. Deshalb blüht eine reiche und große Punk-, Hardcore- und Redskin-Szene, die sich vor allem an den Symbolen der Szene in den westlichen Ländern orientiert. In dieser breiten Jugend-Szene bewegen sich erste revolutionäre Organisationsansätze. Die örtlichen Gruppen sind locker zusammengeschlossen im »Jaringan Antifasi Nusantara (Jafnus)« (Antifaschistisches Netzwerk des Archipels).

Dabei ist der Antifaschismus in Indonesien keine modische Attitüde oder eine Ersatzideologie für den fehlenden Klassenkampf, sondern definiert in ganz anderer Dimension wie in Europa die alltägliche Erfahrung von Unterdrückung und Bedrohung durch faschistische Kräfte, die sich aus den alten halbstaatlichen Massenorganisationen der Diktatur und neuen fundamentalistisch-islamischen oder sich ethnisch definierenden Gruppen

zusammensetzt, die allesamt beste Beziehungen zu Polizei- und Militärapparat besitzen.

Die GenossInnen wissen um ihre praktische, politische und theoretische Abgeschnittenheit und wollen das schleunigst ändern. Das folgende Interview mit der AFRA in Jakarta soll genau diesem Zweck dienen: Erstmal die Vorstellung der Gruppe mit dem Ziel, andere Gruppen und Leute zur Kontaktaufnahme und zur Diskussion zu ermuntern. Es geht um die Herstellung einer explosiven Mischung: Nur aus dem Austausch von Erfahrungen und Analysen aus dem **globalen** Klassenkampf kann eine notwendige Erneuerung revolutionärer Theorie und Praxis erwachsen.

Bitte schreibt an:

dislike@mailcity.com oder **berontak_recs@yahoo.com**

in Bahasa Indonesia oder möglichst einfachem Englisch.

Was ist die AFRA? (Selbstdarstellung)

Die AFRA ist eine Organisation, deren Mitgliedschaft offen ist für alle, nicht beschränkt in Bezug auf Religionszugehörigkeit, Abstammung, Geschlecht oder politische Einsichten. Die AFRA ist unabhängig und nicht an andere Massenorganisationen gebunden, wie etwa politische Parteien oder NGOs. AFRA arbeitet manchmal mit solchen Organisationen zusammen, aber auf vorübergehender oder taktischer Ebene.

Die AFRA ist eine Widerstandsorganisation, geboren aus einem gemeinsamen Verständnis darüber, daß die Entwicklung der Situation und die Bedingungen im Land immer düsterer werden und für die Leute immer schlechter. Das Regime der kapitalistischen, feudalen und militärischen Machthaber hört nicht auf, Maßnahmen zu ergreifen, die gegen die Menschenrechte gerichtet sind und das Leben der kleinen Leute kaputt machen. Das Volk hat eine Veränderung zum Besseren erhofft, wie es erst mal von den Machhabern versprochen worden ist. Aber es wird immer deutlicher, was daraus geworden ist. Die horizontalen Konflikte zwischen Gruppen innerhalb der Gesellschaft geschehen weiterhin und werden nie abschließend gelöst. Wo gibt es ein Leben in Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand?

Angesichts dieser Situation und dieser Bedingungen steht die AFRA untrennbar als Teil des Volkes für Anstrengungen, Bewußtsein und Stärke von unten aufzubauen, und will auf dieser Ebene einen Prozeß von gemeinsamem Lernen, um

wirkliche Veränderungen zu bewirken, in denen Menschenrechte, Gerechtigkeit und Wohlstand hochgehalten werden.

Für eine soziale Gesellschaft mit Gerechtigkeit, Wohlstand, Absicherung und ohne Unterdrückung kämpfen wir gegen

- Kapitalismus, der die Quelle aller Ungerechtigkeiten und undemokratischen Zustände im Leben der Menschen darstellt. Deshalb wendet sich die AFRA gegen alle Formen der Ausbeutung durch die Kapitalisten: der ArbeiterInnen, der Bauern, der städtischen Armen, einschließlich der Ausbeutung von Kunst und Kultur, die in der Gesellschaft entstehen. Wir unterstützen alle Formen von Underground-Kunst wie Punk, Skinhead und Hardcore, wenn sie gegen den Kapitalismus kämpfen.

- Feudalismus. Die AFRA kämpft gegen jede Form von Feudalismus, der, wie wir meinen, immer einen Prozeß produziert, in dem eine wirkliche Befreiung des Menschen bestraft wird. Der Kult um das Individuum, Paternalismus, die Kultur des Gehorsams, die die Menschen zu Sklaven macht und die Fähigkeit zur Kritik im Denken verschwinden lässt – all das wird aus den feudalistischen Verhältnissen geboren. Deshalb muß der Feudalismus verschwinden.

- Faschismus – wir wenden uns immer gegen die Unterdrückung eines Menschen oder einer Gruppe durch andere Menschen oder andere Gruppen.

- Militarismus. Wir bekämpfen den Militarismus. Alle Ebenen des Lebens (Gesellschaft, Ökonomie, Politik) müssen von der Einmischung durch die Militärführer befreit werden, die jederzeit mit ihrer absoluten (bewaffneten) Gewalt eingreifen können.

- Imperialismus oder Kolonialismus, die Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes ist ein Teil der kapitalistischen Ausbeutung. Deshalb sind wir gegen alle Formen von Kolonialismus auf dieser Welt. Wir unterstützen parteiisch Befreiung, die von kolonialisierten Völkern gefordert wird oder für die sie kämpfen. Das meinen wir im Sinne internationaler Solidarität, die von uns sehr unterstützt wird.

- Diskriminierung. Wir sind gegen jede Art von Unterdrückung durch Diskriminierung oder anhand von irgendwelchen Unterschieden, die sich gegen Menschen oder Gruppen richtet. Dazu gehört:

- Rassismus. Gegen alle Unterschiede entlang von Abstammung oder Hautfarbe, einschließlich aller Unterschiede, die irgendeine Gruppe benachteiligen oder Versuche, entlang von Abstammung, Religion, Rasse, Gruppenunterschieden oder Streit zwischen Richtungen Konflikte zu schüren.

- Sexismus. Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte von Männern und Frauen und gegen Patriarchat oder Dominierung durch Männer.

- Homophobie. Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte für Schwule und Lesben und gegen deren Unterdrückung und Diskriminierung.
- (Staats-)Gewalt: Wir sind gegen alle Formen gewalttätiger Unterdrückung durch den Staatsapparat, etwa Schlagstockeinsatz oder Schußwaffengebrauch gegen Demonstrationen oder die Unterdrückungsmethoden, mit denen der Staatsapparat versucht bzw. versucht hat, die Probleme im Aceh oder in Osttimor zu beenden. Wir denken, daß alle Probleme, die es gibt, demokratisch und öffentlich angegangen werden müssen.
- Vorgehensweisen, die den Deckmantel der Religion benutzen, um die Gewalt gegen das Volk zu verlängern. Für uns beinhaltet Religion eigentlich die Forderung nach Wohlfahrt und Frieden für die Menschen, aus der Religion kommt viel Enthusiasmus für die Befreiung der Menschheit von allen Formen der Unterdrückung. Religion darf nicht zum Werkzeug für Menschen werden, die gierig nach herrschaftlicher Gewalt sind.
- Gegen alle Formen der Zerstörung der Umwelt, vor allem, die aus dem Kapitalismus als gefräßiges System resultieren. Der Kapitalismus orientiert sich nur am Geld und deshalb beutet er die Umwelt aus ohne Rücksicht auf die weitere Erhaltung der Natur. Wir unterstützen alles, was der Erhaltung der Natur auf unserer Erde nützt.

Interview mit der AFRA

Wie lange gibt es die AFRA schon?

Im Unterschied zur Wildcat ist die AFRA noch jung. Seit dem 26.6.1999.

Wie seid Ihr organisiert?

Gewiß haben wir keine Organisationsstruktur, in der es einem Einzelnen oder einer Gruppe allein möglich ist, seine Fähigkeiten und Wünsche zu den Wünschen der Gemeinschaft zu machen (Zentralismus).

Wer organisiert sich in der AFRA?

Diesbezüglich sind wir nicht beschränkt... Männer, Frauen, 15 jährige, Künstler, Punks, Kleinhändler oder städtische Arme.

Wie groß ist die AFRA?

Bei unseren Aktionen machen schon eine Menge Leute mit, jedenfalls genug, daß wir zum Spuk geworden sind für alle Kapitalbesitzer, Militärs und die radikalen Intellektuellen, die nur auf einen Sitz im Parlament scharf sind.



Warum sieht man bei der AFRA so wenig Frauen?

Weil hier die gesellschaftliche Kultur etwas anders ist als in Europa. In Indonesien ist die Gesellschaft noch immer schwer mit der Wertschätzung feudaler Verhältnisse beladen, einschließlich der Frage des Geschlechts. Hier haben Frauen kein Recht, so frei zu sein, wie sie es wünschen. Sie haben nicht die Freiheit, sich zu organisieren, wie sie es wollen, oder sich das Leben selbst zu gestalten, zum Beispiel dürfen sie abends nicht das Haus verlassen.

Was sind Eure Ziele?

1. Eine Veränderung herbeiführen, die von ganz unten, aus den Graswurzeln, kommt.
2. Gemeinsam ein neues Bewußtsein bauen, das Gleichheit hervorbringt.

Welche Diskussionen werden bei Euch geführt?

Themen, die mit den Schritten in Richtung Veränderung der gesellschaftlichen Situation zusammenhängen, wie etwa das Problem der Theorie des Materialismus, der Dialektik und Geschichte ebenso wie das der Kunst, die auf der Seite des Volkes steht, bzw Kunst als Propaganda.

Wie sind Eure Beziehungen zu anderen Organisationen?

Unsere Beziehungen zu anderen Organisationen sind nur taktischer Natur. Eine Bedingung unter anderen ist, dass sie das gleiche wie wir wollen und immer einen hohen Wert auf Menschlichkeit und Demokratie legen.

Woher kommt die Krise in Indonesien?

Weil das feudalistische, kapitalistische und militaristische Regime so mächtig ist. Um sein Monopol im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Terrain zu behalten. Es handelt sich um eine multidimensionale Krise im gesellschaftlichen Leben.

Warum die Geldkrise?

Es gibt ein Defizit im Staatshaushalt, das sich immer weiter aufbläht, Auslandsschulden, Privatschulden, Intervention von Monopolen und dem Staat in die Wirtschaft.

Und die politische Krise?

Weil die Möglichkeiten, sich zu organisieren, beschränkt sind. Es gibt weder Organisationsfreiheit noch Pressefreiheit und dazu die Heiligsprechung der Staatsideologie Pancasila («Einheit in Vielfalt«, Korporatismus, Religion. Red). Die Leute werden blind gemacht gegenüber den politischen Problemen.

Gab oder gibt es keine Entwicklung in Indonesien?

Während der Zeit der Orde Baru gab es sowas wie Aufbau, allerdings nicht nachhaltig oder von unten. Aufbau nur soweit es Soeharto oder seinen Freunden diente. Diese Art von Entwicklung führte nicht zu einem Wachsen der wirtschaftlichen Basis der Leute. Zum Beispiel die Autobahnen und Hochhäuser...

Seit dem Sturz Soehartos gab es nur im politischen Bereich Veränderungen. Und selbst da nur äußerlich, weil es immer noch die gleichen Beschränkungen gibt und

Verbote von Ideologien, z.B. des Marxismus-Leninismus. Im wirtschaftlichen Bereich hat es keine nennenswerten Veränderungen gegeben seitdem.

Zum Faschismus: Wer sind die Faschisten und warum gibt's Faschismus?

Naja, da gibt es Zivilisten, die für die Zwecke gewisser Parteien organisiert werden oder für die Zwecke des Militärs. Rt/Rw (Verwaltungseinheiten auf Straßen- oder Blockebene) funktionieren als Kontrollorgan für die Preman, wo diese organisiert und bewaffnet werden. Darüber hinaus gibt es Organisationen in der Gesellschaft, die auf der Religion beruhen und ebenfalls oft zum Ort von faschistischer Organisation werden.

Zum Rassismus: Gegen wen, durch wen? In welchen Schichten der Gesellschaft? Und warum?

Gegen wen und von wem? Es gibt Krieg zwischen Gruppen, Krieg zwischen Stämmen, wie etwa zwischen den Dajak gegen die Maduresen vor kurzem im Gebiet Sampit, Kalimantan. Oder von Pribumi (Javanesen) gegen die Nicht-Pribumi (chinesischer Abstammung).

Warum? Weil es Unterschiede in Bezug auf wirtschaftliche, politische und Entwicklungsverhältnisse gibt, die nicht verschwinden. Und es gab die Umsiedlung (Transmigrasi) an Orte, von denen viel versprochen worden war, was ja auch zum Krieg zwischen den Dayak und den Maduresen geführt hat.

Der Rassismus heute scheint schlimmer geworden zu sein im Vergleich zur Zeit des Soeharto-Regimes.

Den Rassismus in Indonesien gibt es deshalb, weil es Ungleichheiten gibt auf der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ebene. Der Rassismus hier ist gemacht mit dem Ziel, die Probleme zuzudecken und die Gewaltherrschaft aufrechtzuerhalten. Zum Beispiel die Unruhen in Kalimantan, in die die Dayak und die Maduresen, Alteingesessene und Zuwanderer, verwickelt sind. Das ist von der Elite künstlich hervorgerufen mit politischen Mitteln, indem man gesellschaftliche Schwierigkeiten vor Ort analysiert und ausgenutzt hat.

Wie wichtig sind die Gewerkschaften in der gesellschaftlichen Veränderung? Wie wichtig sind die Kämpfe von Arbeitern, Bauern, Studenten, städtischen Armen?

Das Bewußtsein der ArbeiterInnen ist derzeit im Wesentlichen noch normativ (d.h. an die Gesetze gebunden, Red), außerdem noch nicht frei vom zu großen Einfluß, den die Gewerkschaften als Agenten des Kapitals bei den ArbeiterInnen spielen.

Deshalb erreicht der Kampf der Arbeiter, der ja eigentlich, soweit aus den Arbeitern selbst geboren, ein Kampf um Befreiung, Freiheit und gegen die Zwangsarbeit ist, nicht die Ebene des revolutionären Kampfes.

Die Bauern kämpfen um die Rückgabe ihres Landes, das ihnen von kapitalistischen Kräften oder dem Militär geraubt worden ist. Und sie kämpfen um das Recht, es bearbeiten zu dürfen. Die Studenten kämpfen für Demokratie. Die städtischen Armen kämpfen um ein menschenwürdiges Leben und um Sozialversicherungen.

Habt Ihr sowas wie ein Aktionsprogramm für die nächste Zeit?

Unter anderem Diskussionen, eine Bühne für gute Kunst und Massenaktionen.

Wie wichtig schätzt Ihr die internationale Bewegung ein für die Situation in Indonesien?

Die internationalen Bewegungen, wie gegen die Schulden oder Anti-IWF-Bewegung sind sehr wichtig. Sie nehmen großen Einfluß auf die ökonomischen Bedingungen in Indonesien, weil die Interventionen von IWF und Weltbank in der Politik der indonesischen Regierung eine riesige Rolle spielen. Zum Beispiel die Kürzungen der Subventionen für Benzin und Kerosin zum Kochen, die zu allgemeiner Verteuerung der Lebenshaltung geführt haben, oder die Subventionskürzungen bei der Ausbildung.

Für die AFRA ist die internationale Bewegung wichtig, weil sie gegen den Kapitalismus selbst ist. Allerdings, die objektive Situation im (eigenen) Land ist natürlich wichtiger.

Wie ist für Euch das Verhältnis von politischem Kampf, alternativer Kunst und alternativer Ökonomie?

Das Problem ist, dass der indonesische Staat in alle Felder interveniert, Ökonomie, Soziales, Kultur und Politik. Das bringt alles zusammen, weshalb das in der Verbindung der drei Ebenen (Politik, Kunst, Alternativökonomie) ein einziger Kampf ist.

Was wünscht sich die AFRA von der internationalen linken und revolutionären Bewegung?

Den Aufbau von Solidarität in jeder Beziehung.

Welche Beziehungen wollt ihr mit Organisationen oder Bewegungen im Ausland?
Gegenseitige Information, Diskussion und Solidarität.

Anfang Juni 2001

Es ist der Kapitalismus, der kriminell ist!

Solidarität mit Werner Braeuner

PRESSEERKLÄRUNG

Besetzung des Informations- und Dokumentationszentrums der Deutschen Botschaft in Paris CIDAL

(Centre d'information et de documentation de l'ambassade d'Allemagne)

Heute, am 9. Juli 2001, haben wir das Informations- und Dokumentationszentrum der Deutschen Botschaft in Paris in der rue Maribeu 24, im 16. Arrondissement, für eineinhalb Stunden besetzt, um gegen die übertriebene Medienhetze und die Lügen des Gerichts gegen Werner Braeuner zu protestieren.

Werner Braeuner, 46 Jahre alt, arbeitsloser Ingenieur seit 8 Jahren, wird am 3. August 2001 um neun Uhr im Saal 104 des Gerichtes in Verden / Niedersachsen, Johanneswall 6, vor Gericht gestellt werden. (Weitere Termine: 7., 9., 13. August). Er ist angeklagt, am 6. Februar 2001 den 63-jährigen Verdener Arbeitsamtdirektor Klaus Herzberg getötet zu haben. Letzterer hatte ihm die Arbeitslosenhilfe gestrichen, Werner Braeuners einzige Einnahmequelle.

Vor etwa einem Jahr hat Werner Braeuner eine Weiterqualifizierungsmaßnahme begonnen. Nach fünf Monaten beschließt er, die Maßnahme abzubrechen, da er ungefähr die Hälfte der Zeit der Weiterqualifizierung mit Nichtstun verbringen muß. Enttäuscht über die niedrige Qualität der Ausbildung informiert Werner Braeuner den Arbeitsamtsdirektor Klaus Herzberg über seinen Entschluß mittels zweier Briefe, die er gleichfalls der Öffentlichkeit zugänglich macht. Obwohl Werner Braeuner ausführlich auf die Gründe seiner Entscheidung in den Briefen eingeht, streicht ihm Klaus Herzberg die Arbeitslosenhilfe. Anfang Februar 2001 erhält Werner Braeuner den amtlichen Bescheid, daß ihm die weitere Auszahlung der Arbeitslosenhilfe verwehrt wird. Werner Braeuner denkt über Selbstmord nach, beschließt jedoch letztlich am 6. Februar 2001 Klaus Herzberg vor seinem Haus aufzusuchen. Der Wortwechsel schlägt in eine körperliche

Auseinandersetzung um, Werner Braeuner schlägt mit einem am Tatort vorgefundenen Gegenstand auf Klaus Herzberg ein, letzterer stirbt an den Folgen seiner Verletzungen. Erschrocken von den weitreichenden Folgen seines Handelns stellt sich Werner Braeuner sofort nach der Auseinandersetzung der Polizei und gesteht den Tathergang. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft und wartet auf seinen Prozeß.

Seit langem ist Werner Braeuner in der französischen Arbeitslosenbewegung bekannt. Er begreift sich selbst als einen undogmatischen Anarchisten und bezieht sich in seiner politischen Haltung insbesondere auf die Arbeiten Erich Neumanns, Max Webers und Friedrich Nietzsches. Er setzt sich für die soziale und wirtschaftliche Selbstorganisation, für die Reduzierung der Arbeitszeit, ein Existenzgeld unabhängig von Arbeit, Alter und Geschlecht von monatlich 1000 Euro, für eine Gesellschaft freier Individuen ohne Arbeitszwang ein. Werner Braeuner hat sich in seinem politischen Handeln niemals der Rot-Grünen Regierung in Deutschland angebidert. Sein kritischer Standpunkt gegenüber den Kompromissen der deutschen Grünen mit der Öllobby und mit dem sozialdemokratischen Entwicklungs- und Akkumulationsmodell vermag die Ruhe zu erklären, die sich um seinen Fall in der Öffentlichkeit entfaltet.

Die Geschichte Werner Braeuners ist die Geschichte vieler Arbeitsloser. Die Machtinstanzen versuchen heute vielfach, den Arbeitslosen Scheinmaßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosenstatistiken aufzuzwängen, die oftmals schlimmer als die Arbeitslosigkeit selbst sind: Berufswiederbildungsmaßnahmen, die nichts mit dem gewünschten und angestrebten Berufswunsch des Arbeitslosen zu tun haben, schlecht-bezahlte Jobs, die nicht dazu ausreichen, menschenwürdig zu leben, lächerliche Weiterbildungen... Diese Logik setzt sich in Frankreich im Namen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit (in Wahrheit des Kampfes gegen die Arbeitslosen) durch, mittels der massiven Umsetzung von Maßnahmen wie PARE, und nach der gleichen Logik verschärfen in Deutschland die staatlichen Instanzen die Kontrolle und die Repression gegen Arbeitslose.

Die deutschen Justizbehörden geben sich nicht damit zufrieden, Werner Braeuner wegen Totschlags anzuklagen. Sie klagen ihn an, Klaus Herzberg absichtlich getötet zu haben, was die zu erwartende Haftstrafe verdoppeln wird, sie fordern eine Verurteilung zu lebenslänglicher Haft. Diese Anklage von seiten des Staatsanwaltes, gestützt durch die Hetze der Medien, basiert auf einer Lüge. Wenn Werner Braeuner seine Tat geplant

hätte, hätte er sie sicherlich auf eine andere Art und Weise durchgeführt! Werner Braeuner hat aus Hoffnungslosigkeit und aus Überlebenswillen gehandelt, er konnte seine Wut nicht im Zaume halten, aber ohne die Absicht gehabt zu haben, Klaus Herzberg töten zu wollen. Die Gründe seiner Wut sind nachvollziehbare Gründe!

Es ist der Kapitalismus, der kriminell ist!
Solidarität mit Werner Braeuner!

GRUPPE UNKONTROLLIERBARE ELEMENTE, Paris

ADRESSEN:

- Werner Braeuner, JVA Verden, Stifthofstraße 10, 27283 Verden,
e-mail: werner_braeuner@hotmail.com
- Unterstützer von Werner Braeuner:
<http://www.werner.braeuner.freeservers.com>
und e-mail: solidaritat@hotmail.com
- Finanzielle Untertützung für Werner Braeuner: Konto M.Brennecke,
Kreissparkasse Achim, BLZ 29152670, Konto: 100680, Stichwort:
Werner Braeuner
- Anwalt von Werner Braeuner: RA Michael Brennecke, Obernstraße 63,
28832 Achim, Tel: 04202-96850, Fax: 04202-968528,
e-mail: katz-und-brennecke@t-online.de